

Nr. 2/95

CUBA LIBRE

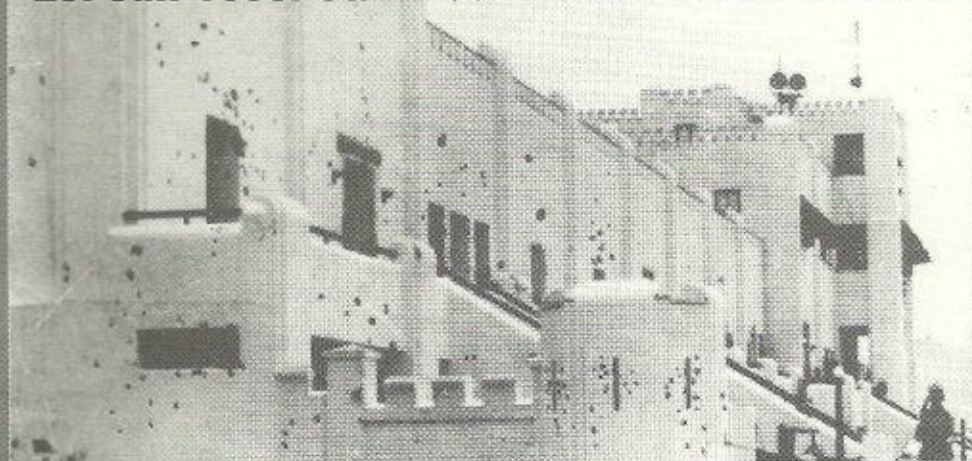
Juni '95

DM 6,-



M-26

26. Juli 1953: Sturm auf die Moncada-Kaserne



CUBA-USA

Mumia Abu Jamal

Bundestreffen
der Cuba-Solidarität



Editorial

10. Oktober 1995 -
Internationaler Aktionstag gegen die Blockade!
Da muß Druck gemacht werden!

Ein Höhepunkt der vielfältigen Aktivitäten in der Solidaritätsbewegung unseres Landes soll in diesem Jahr mit den geplanten Aktionen zum 10. Oktober gestaltet werden. Das war die einheitliche Willenserklärung auf dem Bundestreffen der Cubasolidarität Ende Mai. Dies entspricht auch den Grundvereinbarungen des Ersten Weltkongresses im letzten Jahr in Havanna, das den 10. Oktober, den Tag des Beginns des revolutionären Kampfes des Cubanischen Volkes (1868), als Weltweiten Tag der Solidarität mit Cuba proklamiert hat.

Über die Formen und Möglichkeiten, die sich anbieten, müssen wir uns jetzt verständigen! Sicher ist, daß sich angesichts der geplanten neuerlichen Verschärfungen der verbrecherischen US-Blockade, die ja auch von unserer eigenen Regierung auf deren Weise mitgetragen wird, unsere Aktionen entschieden gegen diese wirtschaftlichen Erdrosselungsversuche richten müssen. Die Blockade muß fallen, damit Cuba langfristig überleben kann! Dazu gehört auch die Streichung aller Schulden, die die BRD-Regierung aus von ihr selbst gebrochenen Warenaustauschgeschäften konstruiert hat!

Der 10. Oktober selbst, ein Dienstag, sollte unbedingt für regionale Aktionen in möglichst vielen Orten genutzt werden. Wo eignen sich US-Einrichtungen zu Adressaten unseres Protesten, wie können wir Bundestagsabgeordneten unsere Forderungen vermitteln, wie die Bevölkerung informieren? Alle nur vorstellbaren Möglichkeiten sollten überprüft werden. Zentral wird es entweder am 7. oder am 17. Oktober eine Veranstaltung/Demo geben, die Planungen haben begonnen. Aber, machen wir uns nichts vor, mit einer zentralen Sache alleine ist wenig Druck zu machen. Viele verschiedene, autonom und doch koordiniert vorbereitete Aktionen für die gemeinsamen Forderungen sind dazu notwendig! Nutzen wir dazu die Strukturen des Netzwerk Cuba Informationsbüros, sprechen wir aber auch alle anderen Gruppen und Organisationen an, die sich der Internationalen Solidarität der Völker widmen.

Seinen Kampf um Selbstbestimmung
und Würde kämpft Cuba für alle Völker
der Erde!

Also laßt uns alle unsere Kraft hineinlegen in diese Aktivitäten. Immerhin ist - rufen wir uns nochmals die Proklamation des Welttreffens ins Gedächtnis - dieses Jahr 1995 das Gedenkjahr des cubanischen Freiheitskämpfers und Internationalisten José Martí. Einige Strophen aus dem von ihm verfaßten Text der „Guantanamo“, (entnommen aus der aktuell erschienenen Broschüre der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba über José Martí) sollen daher auch diese Gedanken abschließen: ★

Ich bin ein Mensch, aufrecht und wahr,
unter Palmen bin ich zu Haus,
und ich werf meiner Verse Schar,
eh ich sterbe, aus mir heraus.

Ich komme von überallher
und gehe überallhin,
ich bin Kunst unter Künsten so sehr,
wie ich Berg in den Bergen bin.

...

Des verwundeten Adlers Drift
sah ich hoch im heiteren Blau
und sterben am eigenen Gift
die Viper in ihrem Bau.

Wohl weiß ich, wenn sich die Welt
ermattet zum Schlaf niederlegt,
daß unter der Stille Zelt
sich murmelnd der Bach bewegt.

...

Marianne Schweinesbein

Impressum:

Herausgeber:

Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V. in Zusammenarbeit mit der Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba
Zülpicher Straße 7
50674 Köln
Tel./FAX: 0221 / 24 05 120
E-MAIL: FGKUBA@LINK-K.gun.de

Konten:

Bank für Gemeinwirtschaft Bonn,
BLZ 380 101 11
Kto.-Nr.: 120 299 990 0
Post giro Köln
BLZ 370 100 0
Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507

Redaktion:

Heinz W. Hammer, Harry Hoppe, Manfred Sill,
Marianne Schweinesbein, Gaby Ströhlein
ViSdP: Marianne Schweinesbein

Druck:

Drucktechnik Odenthal,
Zeißstraße 66a, 22765 Hamburg,
Tel./FAX: 040/393 201

Gestaltung, Satz, EBV: schriftbild

Zeißstraße 66a, 22765 Hamburg, Tel.: 390 06 40

CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr

Jahresabo: DM 20,-
Einzelheft: DM 6,-
Abo-Preis pro Ausgabe:
DM 5,- + Porto
Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor
Jahresende zum Jahresende

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden



aktuell

»Senator No« - Jesse Helms	6
Aufruf der Freundschaftsgesellschaft	10
US- Karawane	10
Abkommen Kuba-USA	11
Migrationsbeziehungen	12
Fidel in Kopenhagen	12
UNO-Sozialgipfel	14
Leserbrief an die FR	14
100. Todestag von Martí	16

solidarität

cubanische GewerkschafterInnen in der BRD	17
Mumia Abu-Jamal	17
V. Bundestreffen der Cuba-Solidarität	18
Intern. Jugendfestival in Cuba	20
USA:	
Interview mit I. Muhammed (NAPO)	23

lateinamerika

Mexico:	
Interview mit R. Romero (MLN/M)	20
Bücher zu Chiapas	24
Basken in Cuba	22

ökonomie

Strukturwandel in Kuba	25
------------------------	----

kultur

Cuba-Film für Frauen	29
Casa del Caribe	30
Kölner Initiative für Santiago	31
Film über Che	32

projekte

Bohemia	33
Centro Felix Varela	34

aus der fg

21. Bundesdelegiertenkonferenz	35
Satzung der FG	37
Brigade José Martí	39

rubriken

Impressum	3
editorial	3
kuba kurz	39
Reisen	41

„SENATOR NO“ - JESSE HELMS



Foto: U. Rządkowski

Jesse Helms kann über Kubas Zukunft entscheiden. Nicht ganz allein, gewiß, die Regierungsform der USA besteht aus „checks and balances“, also haben der Präsident, sein Außenministerium mit Secretary of State Christopher sowie der restliche Kongreß auch etwas zu sagen. Doch in Fragen der Außenpolitik ist der Senat die wichtige Kammer, die Macht hat im wesentlichen dessen Außenpolitischer Ausschuß. Und seitdem die Republikanische Partei die volle Kontrolle des Kongresses erreicht hat ist ihr neuer Vorsitzender ein außerordentlich mächtiger Mann. Auch, was Kuba betrifft.

Senator Helms ist schon 74, doch der große, dünne, etwas gebückte Mann ist zäh wie die Lehmerde in den Baumwoll- und Tabakgebieten von North Carolina, wo er herkommt. Und giftig wie die Milliarden von Camels, Salems, Marlboros und ähnlichen Genußmitteln, die dort hergestellt wurden.

Um es gleich vorwegzunehmen, Jesse Helms mag Fidel Castro nicht. Es gibt allerdings recht viel, was Helms nicht mag, und mit recht vielen im Capitolgebäude zu Washington teilt er seine Abneigungen; zur Zeit

haben sie die Mehrheit. Der Wahlausgang im November war gewissermaßen die Krönung seiner jahrelangen Mühen.

Wie sein zeitweiliger Freund und Verbündeter Ronald Reagan fing er als lokaler Sportreporter an, wurde zum Zeitungs- und Rundfunkjournalisten, der sehr früh merkte, wieviel er, ein etwas ungelinker Typ, mit dem geschriebenen oder dem ins Mikrophon sarkastisch gesprochene Wort erreichen konnte.

Bei der Wahl von Willis Smith in den Senat 1950 war Helms, mit 29 Jahren,

maßgeblich beteiligt an einer Kampagne, die als eine der schmutzigsten der Geschichte gilt. Gegen den etwas liberalen Universitätsrektoren Frank Graham wurden mitunter solche Flugblätter verteilt: „AUFWACHEN, weiße Menschen, ehe es zu spät ist. Vielleicht haben Sie nie wieder diese Chance. Möchten Sie, daß Neger neben Ihnen, Ihrer Frau und Ihren Töchtern in den Werken und Fabriken arbeiten...Ihre Meister und Aufseher werden?...Die gleiche Toiletten benutzen!...Frank Graham tritt für die Vermischung der Rassen ein...Sind Sie dafür?...Wenn ja, stimmen Sie für Frank Graham. Wenn aber nicht, unterstützen und wählen Sie WILLIS SMITH als SENATOR. Er wird die Traditionen des Südens aufrechterhalten.“ Ein Flugblatt zeigte ein Foto von Grahams lächelnder Frau, allein mit einem Afroamerikaner - tanzten die etwa?

Helms leugnete noch, daß er jene Kampagne leitete, solche Texte schrieb, oder das Foto selbst verfälschte (im Original standen mehrere Menschen zusammen). Jedenfalls siegte Smith und nahm Helms als Ersten Sekretär mit nach Washington.

Als Smith starb, wurde Helms Exekutivdirektor der Bankiersgesellschaft in North Carolina, eine nützliche Verbindung, die er bis heute pflegt. Damit wurde er Chefredakteur von deren Zeitschrift und ein wichtiger, gefürchteter Leitartikler, bekannt für seine Bemühungen, lieber ein Privatschulsystem aufzubauen als schwarze und weiße Kinder gemeinsam in öffentlichen Schulen zu unterrichten, wie es der Oberste Gerichtshof 1954 forderte. Als Präsident Eisenhower Militär einsetzen mußte, um neun schwarze Schüler unverletzt in eine „weiße“ Oberschule zu eskortieren, schimpfte Helms:

„Was jetzt in Amerika geschieht, stimmt genau überein mit den Voraussagen von Karl Marx...Das krächzende Lachen, das Sie hören, hat einen russisches Akzent...“

In den 1960ern zog es Helms zum Fernsehen, wo er die scharfen Leitartikel fortsetzte; er war einer der ersten, der einen direkten, volkstümlichen, zuschauerorientierten Fernsehstil entwickelte, mit jeweils einer einfachen Botschaft. Und was für welche! Gegen die „Integration der Rassen“ oder Gleichheit für Afro-Amerikaner (wobei er sich ständig ihren Freund nannte); gegen Gewerkschaft-

ten, zahnlos und zahm wie die meisten auch waren; gegen Sozialismus und die allgegenwärtig, überall drohenden Kommunisten (die wohl in North Carolina fast in einer Telefonzelle Platz gehabt hätten); gegen die vielen Sünden der neuen, bösen Zeiten: Schwangerschaftsunterbrechung, Homosexualität, außerehelichen Sex, Feminismus, Pornographie (oder was er darunter verstand). Und vor allem für Gott, natürlich seinen fundamentalistischen Gott, nur christlich (also mit klar anti-semitischer Richtung). Und das hieß, wieder gemeinsames Beten in den Schulen, obwohl dies vom Obersten Gerichtshof als verfassungswidrig verboten worden war.

Ein solches Programm appellierte an die primitivsten Gefühle jener einfachen Menschen, die eine Verschlechterung ihres Lebens spürten und die Schuld gern auf die andersdenkenden, oft andersfarbigen, unbegreiflichen Typen, reich oder arm, in den Großstädten des Nordostens und an der Westküste schoben. Gleichzeitig garantierte es die finanzielle Unterstützung durch mächtigen Geldquellen wie etwa die Tabakkonzerne, die Erdöl-Hunts (oft als Modell für die Dallas-Ewings vermutet) und die rechtsradikale Coors-Bierfirma. Helms errichtete einen zunehmend stärkeren politischen Apparat, kandidierte und gewann einen Sitz im Senat im Jahr 1972 - mit Hilfe der üblichen Andeutungen über den Gegenkandidaten.

Er wurde bald als „Senator No“ bekannt, denn schon als Neuling nutzte er seine Taktik, die aus unzähligen negativen Tricks bestand; er verstand es, eine Nominierung oder einen Gesetzentwurf wochenlang aufzuhalten, abzuschwächen oder zu verhindern. Auch wenn er wußte, daß er die Abstimmung verlieren würde, machte er sich im Senat unbeliebt, doch gefürchtet, indem er seine Abtreibungsverbote, die Wiedereinführung des Schulgebets oder das Kürzen der Lebensmittelhilfe für die Armen als Zusatz zur ganz anderen, wichtigen Entwürfen anheftete und die Abstimmungen der Gegner zum Zwecke der politischen Erpressung zählte. Er kämpfte unentwegt gegen eine Verlängerung des fairen Wahlrechtsgesetzes und die Festlegung eines Nationalfeiertages zu Ehren von Martin Luther King; wo andere Südstaaten senatoren merkten, daß durch das ge-

nannte Gesetz von 1965 auch Afroamerikaner nun abstimmen konnten, und sich danach richteten, blieb Helms stur: nur für Weiße. Kurz vor der Abstimmung zum King-Feiertag, die er nicht mehr stoppen konnte, ließ er 350 Seiten von FBI-Material gegen King auf die Schreibtische von sämtlichen 100 Senatoren legen.

Helms wechselte 1979 zum Außenpolitischen Ausschuß des Senats über und erweiterte seine Interessengebiete. Seine starke Unterstützung für den Vietnamkrieg war nicht mehr so relevant, also versuchte er, die USA aus der UNO zu holen und setzte sich für die Apartheid-Regime in Rhodesien und Südafrika ein. Der Afrika-Experte Gerald Bender bemerkte: „Daß der Präsident (Reagan), der so gut wie nichts über Afrika weiß, die Stichworte von Mr. Helms annimmt, der noch weniger darüber weiß, ist nicht nur absurd, sondern höchst gefährlich.“ Der ideologische Stabschef in Helms' Washington-Büro, ein gewisser James P. Lucier, erklärte: in Südafrika seien „dreieinhalb Millionen zivilisierter Männer von neun Millionen Aborigenen-Invasoren und zwei Millionen anderer farbiger Bürger umringt“. Die Rassentrennung „entspringt den höchsten Motiven der christlichen Mildtätigkeit“ und „es ist leicht, Kannibalen und Wilde zu überzeugen, daß Sozialismus Überfluß liefern wird, ohne die Notwendigkeit, ihn zu verdienen.“

Wohl ebenso gefährlich waren Helms' Beziehungen zur Weltliga der Antikommunisten, einem Sammelsurium von Organisationen der äußersten Rechten, das derart profaschistisch und antisemitisch wurde, daß sogar die John-Birch-Society und die Moon-Kirche, die die Liga mitbegründet hatten, wieder auszogen. Helms nicht! Er war Ehrenredner bei ihren Welttreffen in Taipeh und Washington. Für einen Präsidenten dieser Liga und dessen Zeitschrift („Journal of Social and Political Affairs“) schrieb er im Januar 1976 einen Artikel über sein großes neues Interesse, Lateinamerika. Nach Reisen durch Südamerika gab er bekannt, daß Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay und Chile, damals alles Militärdiktaturen, den Werten der USA am ehesten entsprächen. Besonders Chile hatte es ihm angetan; er wurde „über allen Massen beeindruckt“ als er eine offene Bibel auf Pinochets Schreibtisch erspähte; er schlussfolgerte, daß Chile

Christentum vor Atheismus gewählt habe. „Ein Land, das an Gott glaubt, wird immer bereitwillig Opfer bringen, um eine große und mächtige Nation aufzubauen“. Die amerikanischen Grundwerte seien „positive Werte - der Wert des Individuums, die Bedeutung der Familie, das Recht, Eigentum zu besitzen und zu genießen, eine Orientierung zur spirituellen Anschauung und ein Verständnis für die Tradition...Das Recht auf Eigentum, zum Beispiel, ist eins der fundamentalsten der Menschenwerte...(in jenen Ländern) sind solche Rechte restauriert, wenn auch manche weniger wichtige Rechte - eine freie Presse oder demokratische Verfahren, in verschiedenem Maße suspendiert wurden.“

Zentralamerika lag noch näher. Abgesehen von Panama, dessen Rechte in der Panamakanalzone er jahrelang bekämpft hatte, waren es Nikaragua und El Salvador, die ihn sehr beschäftigten. Er unterstützte Somoza bis der Diktator aus dem Lande floh, dann tat er alles, um die Contras gegen die Sandinistas zu stärken. Nach der dortigen „Wende“ stoppte er trotzdem die versprochene Geldhilfe für die neue Regierung; sie war ihm nicht weit rechts genug.

Helms stand immer rechts von den Präsidenten, auch von Nixon und Reagan, bei allen Gipfelschritten zur Sowjetunion und sogar der harten Taktik in Lateinamerika (und Südafrika). In El Salvador, wo die USA ihren Mann Duarte finanzierte und förderte, setzte sich Helms trotzdem für Roberto D'Aubuisson ein, den Gründer der ARENA-Partei, der dafür bekannt wurde, daß er Kreuzverhöre mit einem Gasbrenner führte, und der hinter dem Mord am Erzbischof von San Salvador stand. Helms lud D'Arbuisson nach Washington ein und soll ihm Geldquellen in den USA vermittelt haben.

Noch ein Prominenter, den Helms nach Washington und in sein Privathaus einlud, für den er (vergebens) versuchte, die Ehrenbürgerschaft der USA zu erreichen, war der Schriftsteller Alexander Solshenyzin, mit dem er sich trotz Sprachbarriere gut verständigen konnte. Das gleiche galt für die ebenfalls mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Mutter Teresa, deren USA-Besuch 1981 von einem von Helms' „Instituten“ finanziert wurde, wofür sie Reden gegen die Schwan-

gerschaftsunterbrechung schwang.

Als einer der ersten entdeckte Helms, wie wichtig Fernsehen war - und der Computer. Immer wieder ließ eine seiner Organisationen Hunderttausende von persönlich gehaltenen Briefen verschicken, jeweils zu einem anderen Thema. Immer war die

Lage für gottesfürchtige Patrioten äußerst bedrohlich, die roten Teufel hätten die USA fast überrannt, die Medien wären längst in deren Händen, es sei deshalb höchste Zeit, mit Briefen und Postkarten die laschen Abgeordneten und Senatoren unter Druck zu setzen - und vor allem, Geld in recht großen Mengen der Jesse-Helms-Kampagne direkt oder einem der Institute und Firmen, die er begründen ließ oder mit denen er sich verband, zukommen zu lassen.

Als besorgte, ja verängstigte Bürger der Kleinstädte und Dörfer in den USA immer mehr Hoffnungen verschwinden sahen, baute er auf ihre Vorurteile - gegen Schwarze, gegen Juden, gegen Ausländer, gegen Linke - und auf ihren traditionell religiösen Glauben und Patriotismus, um Bewegungen zu unterstützen, die ihnen am Ende mehr schadeten als alle heraufbeschworenen Gefahren. Denn Jesse Helms und der große Apparat, der ihm viermal siegen ließ und zuletzt den ganzen Kongreß scharf nach rechts mitbog, blieben ihren engen Verbindungen mit den Geldleuten immer treu, auch deren Opposition zu allem Sozialen, von Fürsorgehilfe für die Armen bis zu den Rechten der Gewerkschaften. Helms' Heimatstaat North Carolina hat den kleinsten Prozentsatz an organisierten Arbeitern im ganzen Land, und Helms will es weiter so halten.

Am liebsten soll Kuba auch so werden, es blieb ihm Feind Nummer Eins. Es erübrigt sich zu sagen, daß seine Kuba-Politik so extrem war wie keine andere. „Ob Castro in vertikaler oder horizontaler Stellung Kuba verläßt ist mir gleich, doch muß und wird er Kuba verlassen“, giftete Helms, und entwarf am 9. Februar ein neues Gesetz, noch härter gegen den Kuba-Handel, das jedes Land, jede Firma, jeden Menschen bestrafen will, der versucht, mit Kuba auch nur zu verhandeln. Im Repräsentantenhaus hat der Abgeordnete Torricelli (ein Demokrat) einen ähnlichen Entwurf eingebracht, der die Einzelheiten für

Beziehungen mit einer „Regierung ohne Fidel oder Raul Castro“ regelt, die den USA freie Hand bei der Verteilung von „Unterstützung“ sichert, die Komitees zur Verteidigung der Revolution auflöst, Privateigentum schützt - und dann erst Handel und Investitionen der USA zuläßt. Diese Entwürfe haben schon Aufregung in Kanada, Europa und Lateinamerika aufgelöst.

Die kürzliche Vereinbarung der USA mit Kuba, Kubaner betreffend, die auf See aufgelesen werden, sieht Helms dagegen als Beispiel von Bill Clintons linkem Verrat - eins von vielen. Er war es auch, der Clinton warnte, North Carolinas Militärstützpunkte „ohne Leibwächter“ zu besuchen - was hart am Rande des Kriminellen grenzte.

Das ist nicht völlig neu. Helms hat immer die Hilfe des Ku-Klux-Klan, der „Weißen Bürgerräte“ und anderer Terrororganisationen zugelassen, fast offen begrüßt, ohne sich dabei völlig festzulegen. Die Explosion in Oklahoma-City ist noch nicht eindeutig als Auswuchs der Milizgruppen bewiesen worden, die schwerbewaffnet in etlichen Bundesstaaten gegen die „linke“ Regierung, die UNO, und alle ihre genannten und ungenannten Feinde Feldübungen durchführen. Doch deren geistige Anregung für die Täter scheint eindeutig zu sein. Diese wiederum sind, soweit man weiß, nicht mit Helms' vielen Organisationen und Instituten verbunden. Doch in mehrererlei Hinsicht decken sich die Ziele und Ideen, denn sie entspringen und fördern den gleichen blinden, fanatischen Haß gegen alles, was nicht in ihre enge, dunkle Gedankenwelt hineinpaßt. Die Extremisten sind nun zu weit gegangen - nicht allein in Oklahoma, wie es scheint. Doch wegen des dortigen Terrorakts beginnen wohl manche Amerikaner, die es bisher nicht taten, langsam über echte Freunde und Feinde zu nachzudenken. Werden Abraham Lincolns berühmte Worte doch noch zur Geltung kommen? „Alle Leute kann man manchmal irreführen, manche Leute kann man immer irreführen - doch alle Leute immer irreführen, das schafft man nicht!“ Vielleicht können die Helms eines Tages doch noch gestoppt werden.

Und was Kuba betrifft, es ist zunächst klar, daß Jesse Helms ganz allein das Schicksal der Insel nicht entscheiden kann, wohl auch nicht mit der ganzen USA-Regierung. Denn

Solidarisch handeln – Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für die cubanische Basisindustrie, z. B.:

- Druckindustrie
- Textil
- Ernährung
- Industriegase
- Landwirtschaft

Wer schafft die Ersatzteile nach Cuba?

Wir suchen ständig Cuba-FahrerInnen, die bereit sind, Briefe und Ersatzteile für Betriebe und Institutionen in Havanna im Handgepäck mitzunehmen.

Vorraussetzungen sind lediglich: etwas Zeit, einige Sprachkenntnisse und Engagement.

Bitte meldet Euch bei uns.

Infos bei:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax (0 61 51) 6 40 66
E-Mail: Taller@link-f.comlink.de



Spendenkonto:
Postgiro Frankfurt am Main
BLZ 500 100 60
Konto 48 78 02-6 03

Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht

auch die Kubaner haben ein Wort dazu zu sagen - ob mit wirtschaftlichen oder wenn dazu gezwungen, wie schon mal mit militärischen Mitteln. Kuba ist nicht North Carolina.

Bill Rogers
(Informationen aus: „Hard Right; The Rise of Jesse Helms“ von Ernest B. Furgurson, W.W.Norton & Co., New York, 1986)

JORGE MAS CANOSA

„Jorge Mas Canosa ist ein Mann von enormem Ehrgeiz, der kein Geheimnis aus seinem Wunsch macht, der nächste kubanische Präsident zu werden.“ So stand es in einem Papier des Strategic Studies Institute des USA Army War College (Militärhochschule), das 1993 veröffentlicht wurde.

Der doggen-ähnliche Typ, 55 Jahre alt, kam 1960 ohne Geld nach Miami, arbeitete in einer Reihe von Stellen, wurde US-Soldat und gründete dann eine Baufirma, MasTec, die Telefonkabel verlegte und ihm ein Vermögen einbrachte - zumal er die richtigen Beziehungen spielen lassen konnte. Man schätzt sein Vermögen jetzt auf über 80 Millionen Dollar netto.

Mit Hilfe von Geld und Beziehungen schuf Mas Canosa 1981 auf Bitte der Reagan-Regierung eine Stiftung,

Cuban American National Foundation, und wurde dadurch zum einflußreichsten Mann unter den 1,5 Millionen Kubano-Amerikanern. Wie Larry Rohter in der New York Times von 8.Mai 1995 schreibt, bestimmt Mas Canosa den Inhalt der Funk und Fernsehsendungen der US-Regierung nach Kuba, übt maßgebliche Kontrolle aus über das - von der Regierung finanzierte - Ansiedlungsprogramm für Kubaner in den USA und pflegt seit Jahrzehnten enge Beziehungen mit den Präsidenten und dem Kongreß.

Seine Stiftung, die angibt, 50.000 Mitglieder zu haben, besitzt ein Komitee für Politische Aktion, das bisher mehr als eine Million Dollar an Kandidaten für Kongreß und das Weiße Haus ausgegeben hat, Demokraten wie Republikaner. Ihre Macht liegt mehr noch darin, daß sie viele Wahlstimmen der Kubaner kontrolliert, vor allem in Florida, das in Wahlkämpfen an vierter Stelle unter den Bundestaaten steht (hinter Kalifornien, New York und Texas). Daher haben Politiker Angst vor ihr - und vor Mas Canosa. Er pflegt besonders gute Beziehungen zu Jesse Helms, dem neuen Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Senats. Wie die New York Times berichtet: „Bei einer emotionellen Kundgebung in Miami am 17. April zum Gedenken an den 34. Jahrestag der Schweinebuchtinvasion, lobte Mr. Helms in höchsten Tönen Mr. Mas Canosa und die Stiftung und an der Seite von Mr. Mas Canosa befürwortete er deren

Aufruf zu einer Flottenblockade gegen Kuba.“

Mit dem Weißen Haus sind die Beziehungen jetzt keinesfalls so gut, besonders seit Präsident Clinton bekanntgab, daß kubanische „Boat people“ zurückgeschickt werden. Regierungsbeamte sagten, weder Mr. Mas Canosa noch andere kubano-Amerikaner wurden konsultiert. Es wird vermutet, daß Clintons Team feststellte, sie würden 1996 sowieso kaum Unterstützung von Wählern erhalten, die Mas Canosa beeinflusst; er neigt immer mehr zur neuen Mehrheit der Republikaner im Kongreß, und sie setzen nunmehr auf Stimmen von Nicht-Kubanern in Florida, zumal Mas Canosas Ruf nicht überall gut ist. Er ist ein jähzorniger Typ, und ist von daher in etliche Klagen verwickelt, darunter eine Klage wegen Verleumdung, die er gegen den eigenen jüngeren Bruder verlor.

Offensichtlich plant Canosa für die Zeit nach 1996 - ohne Clinton, wie er hofft - und führt jetzt schon so etwas wie eine Exilregierung. Er gibt besuchenden Staatsoberhäuptern Orden, schreibt eine neue Verfassung und warnt andere Regierungen, daß sie später bestraft werden, wenn sie Handel mit Kuba führen. Dazu kommentiert ein Journalist das alte Sprichwort: „Die Küken soll man nicht zählen bevor sie schlüpfen!“

Bill Rogers
(größtenteils aus „International Herald-Tribune“, 9.5.1995)

Ich bestelle das 15-Wochen-Soli-Abo der jungen Welt für insgesamt 90 Mark:

Name _____

Str.Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Die 90 Mark
 liegen dieser Bestellung als Verrechnungsscheck bei
 können einmalig von meinem Konto

Nummer _____

Geldinstitut _____

BLZ _____
 abgebucht werden.

Unterschrift _____ Datum/2. Unterschrift _____

Das Abo der jungen Welt geht

an mich oder

als Geschenk oder Spende an:

Name _____

Str.Nr. _____

PLZ/Ort _____

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich bei Ihnen widerrufen.

Mein Abo gilt bis zum 29.7.1995 und wandelt sich in ein reguläres Abo mit monatlichem Zahlungszeitraum (45 Mark, ermäßigt 30 Mark) um, wenn ich es nicht bis zum 8.7.95 (Poststempel) schriftlich kündige. Die Umwandlung erfolgt nur, wenn die JW über den 29.7.1995 hinaus erscheint.

INFO & ACTION
 Berlin
 688
 34-334

Spendenkonto
 JW-Mitarbeiter-Innenverein,
 Postbank Berlin,
 BLZ 100 100 10,
 Kto. 598514-108

Den / die Coupons/ schicke ich an das junge Welt-Aktionsbüro, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin oder faxe ihm an die Nummer (030) 688 34-343.

Ich möchte für die JW aktiv werden

Name _____

Str.Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

und zwar

will ich Plakate kleben

durch Verteilen von Werbemittel

als Helfer bei Veranstaltungen oder Aktionen

als Zeitungsverkäufer

als Ansprechpartner und Koordinierungsstelle für andere Helfer in meinem Ort

durch die Produktion von Werbemittel, denn ich habe Kontakt zu einer Druckerei, die Euch unterstützen möchte.

Dafür brauche ich von Euch sofort oder zum (Termin) _____ folgende Materialien:

geliefert an obenstehende Adresse oder nachfolgende Anschrift

Ich habe weitere eigene Ideen:

Aufruf der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V.

★ Nicht genug, daß Cuba unter den schweren wirtschaftlichen Bedingungen ums Überleben kämpft, muß die US-Regierung zu der von ihr verhängten umfassenden Blockade gegen Cuba noch eins draufsetzen.

Diese Blockade soll, nachdem sie bereits vor einigen Jahren durch das Toricelli-Gesetz verschärft wurde, noch einmal mehr verschärft werden.

Jesse Helm, Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Beziehung, will Cuba endültig den Gar aus machen. Die Vorlage dieses drakonischen Gesetzes, das selbst in den USA widersprüchlich diskutiert wird, soll im Oktober dieses Jahres durchgedrückt werden.

Dieses Gesetz, sollte es beschlossen werden,

- verbietet in den USA jeglichen Import von Waren, die Zucker- und Melasseanteile enthalten, aus Ländern, die cubanischen Zucker kaufen;

- reduziert die US-Hilfsbeiträge für alle Institutionen, die Cuba humanitäre Unterstützung gewähren und zwar um die Summe, die dem Wert der Hilfeleistungen entsprechen;

- gibt US-Bürgern, deren Grundbesitz und Güter nach dem Sieg der Revolution beschlagnahmt wurden, die Möglichkeit, gegen jedes ausländische Unternehmen, bzw. Person vorzugehen, die mit Cuba Geschäftsverbindungen unterhalten und dabei aus dem beschlagnahmten Besitz Nutzen ziehen. Außerdem können diese ausländischen Bürger und ihre Familienangehörigen ggfs. aus den USA ausgewiesen werden. Dieses US-Klage-recht wird auch US-Cubanern zugesprochen, die im Moment der Konfiszierung nicht im Besitz der US-Staatsbürgerschaft waren.

Das sind nur einige Beispiele aus dem barbarischen Gesetzentwurf, der sich zynischerweise „Gesetzentwurf über Freiheit und demokratische Solidarität mit Cuba“ nennt.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese neuerlichen Erpressungsversuche, die eine gleichermaßen verachtende Haltung gegenüber dem cubanischen Volk und seinen legitimen Rechten, wie gegenüber der nationalen Souveränität von Drittländern zum Ausdruck bringt.

Wir rufen alle auf, Cuba gerade jetzt wieder verstärkt zu unterstützen, sowohl politisch als auch materiell.

Beteiligt Euch an den Aktionen zum 10. Oktober, dem weltweiten Tag der Solidarität mit Cuba!

Verhindert die erpresserischen Maßnahmen des Helms-Gesetzentwurfes!

Die völkerrechtswidrige, über 30 Jahre andauernde Blockade muß endlich fallen!

Wir fordern die Bundesregierung zur völligen Streichung ihrer zu Unrecht erhobenen Schuldforderungen gegenüber Cuba auf! Wir fordern die Aufnahme normale Handelsbeziehungen zwischen BRD und Cuba!

Angesichts der bis jetzt schon durch die Blockade verursachten, gravierenden Versorgungsprobleme bitten wir um Unterstützung für unsere Partnerschaft mit dem Nationalen Asthmazentrum in Havanna. Spendenkonto: 1.202.999.900 bei BfG Bonn, BLZ 380.101.11, Stichwort ASTHMAZENTRUM

Die Solidarität mit Kuba geht in den USA weiter!

Während aus den USA zwar ständig Meldungen in unseren Medien erscheinen, die die Befürchtungen erwecken, daß unter Federführung des Rechtsaußen Helms eine noch aggressivere Politik gegen Kuba eingeleitet werden soll, so bleibt die Arbeit der nordamerikanischen Solidaritätsbewegung mit Kuba weitgehend unbeachtet.

Nach der internationalen Solidaritätskarawane im Oktober/November '95 (siehe Foto), hat die US-Solidaritätsbewegung vom 7.-14. April eine Arbeitsbrigade nach Kuba geschickt. Vom 23.-30. Juni wird erneut eine Jugendbrigade in Kuba arbeiten, feiern und sich über die Situation im Land informieren.

Peter Nowak



Foto: U. Rządkowski

Normalisierung der Migrationsbeziehungen?

Die beiden Regierungen von Cuba und den USA verkündeten am 2. Mai 95 zeitgleich in Havanna und Washington die Unterzeichnung des ersten gemeinsamen Abkommens in der Migrationsfrage. Es dürfte überhaupt die weitestgehenden Verhandlungsergebnisse zwischen Cuba und den USA in den letzten Jahrzehnten beinhalten.

Für annähernd 20.000 der seit dem letzten Herbst von den USA in der Militärbasis Guantanamo internierten „balseros“, deren Fälle nunmehr von den nordamerikanischen Einwanderungsbehörden bearbeitet werden sollen, dürfte dies die begehrte Einreise in die USA bedeuten; Hinderungsgründe sind für die US-Behörden lediglich früher begangene Straftaten oder Geisteskrankheit. Die USA schaffen sich damit eine heikle Problematik vom Hals, für die sie bisher keine Lösung parat hatten. Für die ca. 2.000 CubanerInnen, die sich in Guantanamo zur Rückkehr nach Cuba entschlossen haben, ist damit der Weg zurück ebenfalls offen.

Die bereits im September 94 erzielten Verhandlungsergebnisse, nach denen die USA künftig jährlich 20.000 Visa erteilen und Cuba seine Küsten überwacht, um illegale Ausreisen zu verhindern, werden beibehalten und

ergänzt durch eine Übereinkunft, daß die USA ab sofort illegale Emigranten, die sie aufgreifen, wieder zurück nach Cuba schicken werden.

„Die Cubaner müssen verstehen, daß der einzige Weg, in die Vereinigten Staaten zu kommen, der mittels eines Visaantrages an die nordamerikanische Interessenvertretung in Havanna sein wird,“ äußerte Janet Reno, Generalstaatsanwältin der USA am 2. Mai bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus in Washington.

Der Präsident des Cubanischen Parlaments, Ricardo Alarcon, sieht die Bedeutung des Abkommens darin, daß sich erstmals seit 1959 eine Normalisierung in der Migrationsfrage abzeichnet, das der Vorzugsbehandlung für illegale cubanische Emigranten ein Ende setzt, die Beendigung einer „Politik der Ungleichbehandlung, die von den Vereinigten Staaten feindselig benutzt wurde als Propaganda-

Waffe gegen Cuba.“... „Wenn dieses Abkommen vollständig verwirklicht wird, so setzt dies die volle Normalisierung der Migrationsbeziehungen zwischen den beiden Ländern voraus,“ so ergänzte er und betonte auch, daß die Übereinkunft „eine Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit“ Cubas durch die USA bedeutet. Es leitet ein „gemeinsames Handeln der beiden Regierungen“ ein, um im Bereich ihrer bilateralen Beziehungen Normalität zu erreichen. Dies wiederum ließe auch andere Abkommen auf anderen Gebieten vorstellbar werden.

Die Töne aus Washington sind nicht so moderat, wenn Generalstaatsanwältin Reno betont, daß trotz der Bedeutung der Übereinkunft, die Vereinigten Staaten „weiterhin beabsichtigen, einen friedlichen Übergang zur Demokratie in Cuba zu fördern,“ und daher auch die seit 30 Jahren verhängte Wirtschaftsblockade aufrechterhalten werden. Auch wenn sie hinzufügte, daß die nordamerikanische Regierung trotzdem „sorgfältig und angemessen“ auf jeden Schritt antworten wird, den die cubanischen Behörden „in Richtung einer politischen und wirtschaftlichen Öffnung“ gehen, so darf man nicht außer Acht lassen, daß das Abkommen getroffen wurde, unmittelbar vor der Debatte im Kongreß über den Helms-Entwurf. Einen 2.400 Seiten umfassenden Entwurf für ein Gesetz zur drastischen Verschärfung der Handelsblockade gegen Cuba!

Marianne Schweinesbein
(Quellen „el país“, 3.5.95)

Rede des Präsidenten des Staats- und Ministerrates der Republik Cuba Dr. Fidel Castro Ruz auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen 12. März 1995

Herr Präsident, Exzellenzen,

„Traum ist das ganze Leben, und die Träume sind Träume,“ sagte vor Jahrhunderten der berühmte spanische Dramatiker Calderón de la Barca.

Ungeachtet der ehrenwerten Absichten der hier Anwesenden: In einer Welt, in der die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer

werden, in der die einen Länder immer niedrigere Preise für ihre Rohstoffe und Basiserzeugnisse erzielen und die anderen ihre Fertigprodukte immer teurer verkaufen, in der die Auslandsverschuldung der am wenigsten vom Glück begünstigten Staaten unaufhörlich weiterwächst und bereits die unvorstellbare Zahl von 1,5 Billionen US-Dollar erreicht hat, in der die Bevölkerung in den ärmsten

Gebieten explosionsartig wächst, in der es eine steigende Kapitalflucht von den armen in die reichen Länder gibt, in der es gerade dort, wo Experten am stärksten benötigt werden, einen ständigen Abzug von gut ausgebildeten Fachkräften gibt, in der die Frauen, die indianische Bevölkerung, die Schwarzen und sonstigen Ethnien diskriminiert werden, in der unter den blindwütigen Dschungelgesetzen

Normalisierung der Migrationsbeziehungen?

Die beiden Regierungen von Cuba und den USA verkündeten am 2. Mai 95 zeitgleich in Havanna und Washington die Unterzeichnung des ersten gemeinsamen Abkommens in der Migrationsfrage. Es dürfte überhaupt die weitestgehenden Verhandlungsergebnisse zwischen Cuba und den USA in den letzten Jahrzehnten beinhalten.

Für annähernd 20.000 der seit dem letzten Herbst von den USA in der Militärbasis Guantanamo internierten „balseros“, deren Fälle nunmehr von den nordamerikanischen Einwanderungsbehörden bearbeitet werden sollen, dürfte dies die begehrte Einreise in die USA bedeuten; Hinderungsgründe sind für die US-Behörden lediglich früher begangene Straftaten oder Geisteskrankheit. Die USA schaffen sich damit eine heikle Problematik vom Hals, für die sie bisher keine Lösung parat hatten. Für die ca. 2.000 CubanerInnen, die sich in Guantanamo zur Rückkehr nach Cuba entschlossen haben, ist damit der Weg zurück ebenfalls offen.

Die bereits im September 94 erzielten Verhandlungsergebnisse, nach denen die USA künftig jährlich 20.000 Visa erteilen und Cuba seine Küsten überwacht, um illegale Ausreisen zu verhindern, werden beibehalten und

ergänzt durch eine Übereinkunft, daß die USA ab sofort illegale Emigranten, die sie aufgreifen, wieder zurück nach Cuba schicken werden.

„Die Cubaner müssen verstehen, daß der einzige Weg, in die Vereinigten Staaten zu kommen, der mittels eines Visaantrages an die nordamerikanische Interessenvertretung in Havanna sein wird,“ äußerte Janet Reno, Generalstaatsanwältin der USA am 2. Mai bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus in Washington.

Der Präsident des Cubanischen Parlaments, Ricardo Alarcon, sieht die Bedeutung des Abkommens darin, daß sich erstmals seit 1959 eine Normalisierung in der Migrationsfrage abzeichnet, das der Vorzugsbehandlung für illegale cubanische Emigranten ein Ende setzt, die Beendigung einer „Politik der Ungleichbehandlung, die von den Vereinigten Staaten feindselig benutzt wurde als Propaganda-

Waffe gegen Cuba.“... „Wenn dieses Abkommen vollständig verwirklicht wird, so setzt dies die volle Normalisierung der Migrationsbeziehungen zwischen den beiden Ländern voraus,“ so ergänzte er und betonte auch, daß die Übereinkunft „eine Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit“ Cubas durch die USA bedeutet. Es leitet ein „gemeinsames Handeln der beiden Regierungen“ ein, um im Bereich ihrer bilateralen Beziehungen Normalität zu erreichen. Dies wiederum ließe auch andere Abkommen auf anderen Gebieten vorstellbar werden.

Die Töne aus Washington sind nicht so moderat, wenn Generalstaatsanwältin Reno betont, daß trotz der Bedeutung der Übereinkunft, die Vereinigten Staaten „weiterhin beabsichtigen, einen friedlichen Übergang zur Demokratie in Cuba zu fördern,“ und daher auch die seit 30 Jahren verhängte Wirtschaftsblockade aufrechterhalten werden. Auch wenn sie hinzufügte, daß die nordamerikanische Regierung trotzdem „sorgfältig und angemessen“ auf jeden Schritt antworten wird, den die cubanischen Behörden „in Richtung einer politischen und wirtschaftlichen Öffnung“ gehen, so darf man nicht außer Acht lassen, daß das Abkommen getroffen wurde, unmittelbar vor der Debatte im Kongreß über den Helms-Entwurf. Einen 2.400 Seiten umfassenden Entwurf für ein Gesetz zur drastischen Verschärfung der Handelsblockade gegen Cuba!

Marianne Schweinesbein
(Quellen „el país“, 3.5.95)

Rede des Präsidenten des Staats- und Ministerrates der Republik Cuba Dr. Fidel Castro Ruz auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen 12. März 1995

Herr Präsident, Exzellenzen,

„Traum ist das ganze Leben, und die Träume sind Träume,“ sagte vor Jahrhunderten der berühmte spanische Dramatiker Calderón de la Barca.

Ungeachtet der ehrenwerten Absichten der hier Anwesenden: In einer Welt, in der die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer

werden, in der die einen Länder immer niedrigere Preise für ihre Rohstoffe und Basiserzeugnisse erzielen und die anderen ihre Fertigprodukte immer teurer verkaufen, in der die Auslandsverschuldung der am wenigsten vom Glück begünstigten Staaten unaufhörlich weiterwächst und bereits die unvorstellbare Zahl von 1,5 Billionen US-Dollar erreicht hat, in der die Bevölkerung in den ärmsten

Gebieten explosionsartig wächst, in der es eine steigende Kapitalflucht von den armen in die reichen Länder gibt, in der es gerade dort, wo Experten am stärksten benötigt werden, einen ständigen Abzug von gut ausgebildeten Fachkräften gibt, in der die Frauen, die indianische Bevölkerung, die Schwarzen und sonstigen Ethnien diskriminiert werden, in der unter den blindwütigen Dschungelgesetzen

des Marktes Chaos und Anarchie herrschen, in einer solchen Welt kann es keine soziale Entwicklung geben.

Wo Menschlichkeit fehlt, kann es keine Menschenrechte geben. Wo Egoismus herrscht, keine Solidarität. Wo sich die Konsum- und Verschwendungsgesellschaften als Modell für eine Bevölkerung durchsetzen, die bereits auf über 5,7 Milliarden Menschen angewachsen ist, kann es keine Umwelt geben, die noch zu schützen ist, keine natürlichen Ressourcen, die noch nicht verseucht oder erschöpft sind, und auch keine Möglichkeit einer sozialen Entwicklung.

Wo Rüstungswettlauf und Waffenhandel weitergehen, obwohl der Kalte Krieg zu Ende ist, wo nicht ein Pfennig der Gelder, die gestern wie heute für Waffen vergeudet werden, für den Fortschritt der Menschheit eingesetzt wird, wo sich die militärischen Blöcke auf irrationale Art ausweiten, wo ausgeklügelte Waffen weiter hergestellt und perfektioniert werden, dort kann es keine soziale Entwicklung geben. Mit Hegemonialan-

sprüchen, mit Interventionen jedweder Art und unter jedwedem Vorwand, die nur in den kleinen Ländern und nur in der Dritten Welt stattfinden, ohne Achtung des geheiligten Rechtes eines jeden Staates auf völlige Unabhängigkeit und Gleichgerechtigkeit in den internationalen Beziehungen, kann es weder Frieden noch soziale Entwicklung geben. Das wäre eine Lüge, reiner Betrug.

In den unterentwickelten Ländern opfert der Neoliberalismus, der der heutigen Welt als Modedoktrin aufgezungen wird, gnadenlos die Ausgaben für Gesundheitsversorgung, Bildung, Kultur, Sport, soziale Sicherheit, preisgünstigen Wohnraum, Trinkwasser und sonstige Grundbedürfnisse der Bevölkerung. Er macht somit soziale Entwicklung unmöglich.

Die Tatsache, daß es in den industrialisierten Ländern arme Menschen gibt, ist schlicht eine Schande: daß die Arbeitslosigkeit nicht eingedämmt werden kann und mit dem technischen Fortschritt zunimmt, ist ein Beweis für die Irrationalität des herrschenden Systems. Die unaufhaltsame Ausweitung des Drogenkonsums, des Fremdenhasses und der Gewalt zeigt seine moralische Verkommenheit.

Cuba, ein Land, das in krimineller Weise mit einer Blockade belegt wird, weil es die Vorstellungen seines mächtigen Nachbarn im Norden nicht teilt, und das überdies aufgrund des

Zusammenbruchs des sozialistischen Lagers und der Sowjetunion 70% seiner Importe eingebüßt hat, dieses Land hat keine einzige Schule geschlossen, kein Krankenhaus, kein Altenheim, keinen Kindergarten. Obwohl wir ein armes Land sind, gehören wir heute zu den Staaten der Welt mit dem höchsten Pro-Kopf-Anteil an Lehrern, Ärzten, Kunst- und Sportdozenten. In Cuba liegt die Kindersterblichkeit bei unter 10 pro Tausend Lebendgeburten. Es gibt keine Analphabeten und die Lebenserwartung beträgt mittlerweile 75 Jahre.

Wir haben eine Erfahrung gemacht: Wir können sprechen. Das, was wir, die hier versammelt sind, wollen, ist möglich, aber es erfordert mehr als Versprechungen, Resolutionen und Erklärungen. Es erfordert politischen Willen und es erfordert Gerechtigkeit, nicht nur innerhalb jedes Landes, sondern auch unter allen Ländern. Die Reichtümer der Welt müssen besser unter den Nationen und innerhalb der Nationen verteilt werden. Es muß eine echte Solidarität unter den Völkern entstehen. Nur so könnten unsere Träume von heute zur Wirklichkeit von morgen werden.

Vielen Dank.

(Quelle: Botschaft der Republik Cuba, Bonn, 21.3.95)

Lateinamerika Nachrichten

die Monatszeitschrift zu
Lateinamerika

nächste
Themenschwerpunkte:

Nr. 250 / April
(Über)leben in
lateinamerikanischen Städten

Nr. 251 / Mai
Jüdisches und
antifaschistisches Exil in
Lateinamerika

Nr. 252 / Juni
Flucht und Exil von Nazis

Einzelheft 6,- DM, Jahresabo 60,- DM

Lateinamerika Nachrichten
Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin

ak Zeitung für Linke

Das Forum für linke Debatte und Praxis

***Jenseits von Dogmatismus und Anpassung
an den Zeitgeist. Erscheint seit 1971***

**Kostenloses Probeexemplar bestellen bei Hamburger Satz-
und Verlagskooperative, Schulterblatt 58 B, 20357 Hamburg**
Tel.: 040/ 43 53 20, Fax.: 040/ 439 42 65 oder per
e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

ak erscheint vierwöchentlich und ist in allen linken Buchläden und
Zeitungskiosken erhältlich. Jahresabo DM 90,-; Einzelpreis DM 7,50. 36 Seiten.

**CUBA
LIBRE**

Der UNO-Sozialgipfel - eine späte Nachbetrachtung

Wer erinnert sich noch an den UNO-Sozialgipfel, der im März in Kopenhagen tagte? Längst ist schon der Umweltgipfel in Berlin in Vergessenheit geraten, der ein Monat danach stattfand. Nur die Tatsache, daß Fidel Castro in Kopenhagen für Aufsehen sorgte, läßt mich noch einmal in den Zeitungen wühlen. Dabei interessierte sich die Presse nicht für die kurze Rede von Castro, wohl aber die Tatsache, daß er im Smoking und nicht in Uniform auftrat.

Der Gipfel von Kopenhagen reiht sich in eine Serie ähnlicher Großereignisse ein, die seit einigen Jahren für kurze Zeit das Medieninteresse auf sich ziehen.

Dabei werden die Mächtigen der Welt ebenso in den Mittelpunkt gestellt, wie die sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NRO). Das waren ursprünglich Gruppierungen, die mit Protest und teilweise sogar Widerstand darauf aufmerksam machen wollten, daß die Verantwortlichen für Hunger, Verelendung und Umweltverschmutzung nicht durch schöne Worte aus der Verantwortung entlassen werden können. Einer der Höhepunkte dieser Gegenbewegung

war zweifellos das Treffen von Weltbank und Internationalem Währungsfond 1988 in Westberlin.

Mittlerweile hat sich die Bedeutung der NRO völlig verändert. Statt Widerstand haben sie sich meist auf Lobbyarbeit verlegt. Dabei spielt sicherlich die nicht unberechtigte Hoffnung eine Rolle, etwas von dem Medieninteresse abzukriegen. Eine Reihe von SpezialistInnen tourt heute durch die Welt von Gipfel zu Gipfel, vom Bevölkerungsgipfel in Kairo, nach Kopenhagen, nach Berlin und dort hieß es für nicht wenige: Auf Wiedersehen beim Frauengipfel in Peking. Nur kommen die meisten vor lauter Gipfeltouren nicht mehr in die Niederungen der heimischen Stadtteile, wo sie einst als NROs ihren Ausgangspunkt hatten.

Wie das Lateinamerika-Komitee-Nürnberg in einer Gipfelnachbereitung schrieb, ist in Kopenhagen selbst die Weltbank erstmals als NRO aufgetreten. Eine Verkehrung der Realität. Eine supranationale Organisation, die vielen Trikontländern Elend und sozialen Kahlschlag diktiert, mischt sich unter diejenigen, die einst angetreten sind, die Macht der Weltbank zu begrenzen.

Die TAZ lag wohl nicht so falsch mit ihrer Einschätzung des Kopenhagengipfels: „Die Delegierten haben lediglich ein laues Lüftchen zu Wege gebracht.“ Wer sich an die Ergebnisse des 1. Umweltgipfels von Rio erinnert, wird das nur bestätigen.

Diese Gipfel verkleistern natürlich die Machtstrukturen auf der Welt. Hunger und Elend sind keine Naturgesetze. Sie sind die Folge eines kapitalistischen Wirtschaftssystems, daß sich seit über 500 Jahren mit Kolonialismus und Neokolonialismus gegen die Länder des Trikont stabilisiert hat. Dagegen helfen keine allgemeinhin Beschwörungen. Dagegen hilft nur der Kampf gegen diese Machtstrukturen. Die kubanische Revolution und in der Folge die revolutionären Erhebungen in den verschiedensten Ländern Afrikas, Asiens und Amerikas haben viel mehr für die Lösung der sozialen Frage gebracht, als dutzende solcher Gipfel. Wenn Fidel Castro auch angesichts der gegenwärtigen Situation in der Welt Teilnehmer des Gipfels war, so werden seine Worte vom internationalen Solidaritätstreffen im November in Havanna weiterhin ihre Gültigkeit haben: „Wir sind die Rebellen der Neuen Weltordnung und wir sind stolz darauf“.

Peter Nowak

Wir veröffentlichen einen ausführlichen Leserbrief, der sich auf einen Kommentar der FR zu Fidel Castros Frankreichbesuch bezieht.

Betrifft: Leserbrief mit der Bitte um Veröffentlichung zum Kommentar: Ein Kubaner in Paris vom 16.3.1995

Wer ist weltfremd? Danielle Mitterrand oder der Autor dieses Kommentars? Oder hat der Autor in der Schule nicht aufgepaßt und die Bedeutung der Begriffe Demokratie, Menschenrechte nicht richtig verstanden oder aber auch eine andere Definition erklärt bekommen?

Das klingt sehr hart und polemisch. Ist es auch, denn ich bin es langsam Leid mir immer erzählen zu lassen, was Demokratie und Menschenrechte bedeuten. Vor allem, wenn man mit eigenem Verhalten, damit meine ich nicht das Verhalten des Autors, das kenne ich nicht, dafür seinen Kommentar, sondern das Verhalten dieser Gesell-

schaft und ihrer Repräsentanten, nicht gerade glänzen kann (Man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man im Glashaus sitzt). Saddam Hussein bekommt alles bis zur Giftgasfabrik, der andere, Fidel Castro, nicht einmal das Milchpulver. Ist das keine Heuchelei? Seitenlang könnte diese Heuchelei weitergehen.

Wie sieht es mit den Begriffen Demokratie und Menschenrechte in unserem Land aus? In der FR vom 18.5.1995 kann man von einer Prügelorgie der Polizei gegen Kurden auf dem Campus der Frankfurter Uni lesen. Hat man jemals eine ähnliche Nachricht und Bilder aus Kuba gehört oder gesehen? Nicht einmal in der Hochzeit der Auseinandersetzung mit den balseros (Bootsflüchtlinge) hat man diese Bilder zu sehen bekommen. Hier scheinen diese Bil-

der zum Bestandteil der Begriffe Demokratie und Menschenrechte zu gehören. Hier ist es wohl selbstverständlich. Wenn so etwas in Kuba passieren würde, Welch ein Aufschrei. Auch dieses Beispiel könnte beliebig ergänzt werden. Mißt man noch mit einem, den selben Maß? Wohl kaum.

Es ist in Kuba nicht alles Schwarz oder Weiß. Es gibt viele Grautöne. Aber so zu tun, als ob in Kuba alles Schwarz und hier alles Weiß ist, halt ich einfach für unverschämt. In Kuba ist nicht alles Gold was glänzt, aber ich finde, es kann sich sehen lassen und hält jeden Vergleich stand. Glauben Sie denn im Ernst, daß in Kuba keiner seine Meinung sagen kann/darf. Wer in Kuba gewesen ist, der weiß, daß die Kubaner ein sehr kritisches und meckerndes

Volk ist. Ich habe keine/n getroffen, der sich nicht über irgend etwas beschwert. Aber sie wissen auch was die Revolution ihnen gebracht hat. Und das möchten sie nicht verlieren. Wie ist es sonst zu erklären, daß Kuba nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa, mit allen seinen direkten Konsequenzen für Kuba (Handel, Energie), nicht auch zusammengebrochen ist? Nur weil dort ein greiser Diktator und seine Diktatur herrscht? Nur weil nicht sein kann was nicht sein darf? Das greift zu kurz. Die Kubaner möchten vor allem ihren eigenen Weg gehen und nicht von irgend jemand gesagt bekommen, was sie zu tun haben. Auch Kuba hat einen Anspruch auf Souveränität. Aber welches Land hat das schon? Kuba wird sich da nicht beirren lassen. Auch nicht durch so einen Kommentar, wie er in der FR vom 16.3.95 stand, den ich wie folgt ergänzen wollte:

Ich weiß zwar nicht, was Herr Castro Herrn Mitterrand im Elysee-Palast gesagt hat. Aber ich finde, man muß nicht einmal die Phantasie beanspruchen, um sich den Inhalt vorzustellen. Es genügt nur eine Aufzählung von bekannten Fakten, um vielleicht das Schweigen des Elysee-Palastes zu erklären. Mir fällt prompt ein, daß es zur Zeit schwierig ist, einen Nachfolger für Herrn Mitterrand zu finden, der nicht in irgendein Korruptions- oder anderen Skandal verwickelt ist. Dann wurden vor kurzem 2 Afrikaner rücklings bei einer Wahlveranstaltung von Le Pen, von dessen Ordner, erschossen. Auch ist noch nicht so lange her, da haben Mitglieder des französischen Geheimdienstes ein Greenpeace-Schiff in Neuseeland in die Luft gesprengt. Bei diesem Attentat wurde ein Mensch ermordet. Hoch lebe die Demokratie und die Menschenrechte! Mit solchen Assen in der Hand, kann man sehr gut Lehrstunden in Sachen Demokratie und Menschenrechte halten. (Nicht zu früh freuen, denn Herr Kohl hätte nicht viel andere Asse in der Hand). Eines dieser Asse in den Händen des Herrn Castro - Welch ein Aufschrei! Der UN-Sicherheitsrat hätte bestimmt schon eine Invasion der Insel allen Übels beschlossen. Mich wundert es nicht, daß Herr Castro, keine zahlreiche Verwandtschaft seines Geistes, an der Seine gefunden hat. In einer Gesellschaft, nicht nur in der französischen, in der die Begriffe Moral und

Ethik, Demokratie und Menschenrechte, zu Floskeln degradiert worden sind, aber stets bereit sind, auf die, die nicht gehorchen wollen mit dem Zeigefinger zu zeigen. Diesen Fehler mit Kuba haben schon einmal die „weltfremde“ Danielle Mitterrand, ihr Mann und Regis Debray, ehemaliger Mitkämpfer des Che, begangen. Sie setzten sich vehement für die Freilassung des politischen Häftlings Nr. 1 des „Castroregimes“, Herrn Valladares, ein. Den Berichten der Menschenrechtler zu folge, war er zu Unrecht im Gefängnis. Schwere Folter wurde er ausgesetzt. Die Franzosen, nicht nur sie, waren von den Berichten so beeindruckt, daß sie einen Rollstuhl ans Flugzeug, das Valladares nach Paris flog, brachten. Und siehe da, Herr Valladares kam die Gangway hinunter, als ob nichts geschehen wäre. Vielleicht noch so ein Wunder der kubanischen Medizin? Ich kann den Schmerz nach empfinden, den viele haben mögen, wenn sie feststellen, wieviel Sympathie und Hoffnung einem Mensch, Castro, nicht nur in seinem eigenen Land, sondern in der ganzen Welt (Europa ist nur ein Teil dieser Welt und auch hier kann er sich sehen lassen) entgegen gebracht wird. Mitterrand und Kohl müßten erblassen vor Neid. Mitterrand hat sich, angesichts seiner schweren Krankheit und dadurch bedingt sein baldiges Ende als Präsident, es nicht nehmen lassen, sich an der Seite Castros zu zeigen. Aber nicht nur das. Er verurteilte noch ein Mal die verbrecherische Blockade der USA (übrigens von internationalen Instanzen verurteilt, trotzdem existiert sie noch: das ist Demokratie) und gab Kuba einen Kredit über 200 Mio. DM. Herr Castro hat im Gegenzug zugesagt, eine internationale Menschenrechtskommission in Kuba zu empfangen, um mit ihr jeden vorgebrachten Fall einzeln zu prüfen. (El Pais 17.3.95).

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Hauptteil als Leserbrief abdrucken könnten. Außerdem wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie in Sachen Kuba etwas sachlicher berichten würden und wenn Ihnen dabei ein anderer Wortschatz einfallen würde. Jede / r der in Kuba war und sich mit den Menschen dort unterhalten hat, dem fallen die Worte Diktator und Diktatur in diesem Zusammenhang nicht mehr ein. Dessen bin ich sicher.

Hochachtungsvoll
Manuel Parrondo

CIEM



„Ciém, Boletín informativo“
auch in der BRD zu beziehen!

Die zweimonatlich erscheinende Broschüre „Economía Cubana“, mit aktuellen Artikeln (in spanischer Sprache) zu Fragen der Ökonomie, herausgegeben vom CIEM (Zentrum für Weltwirtschaftsforschung) in Havanna, als Informationsbulletin, ist ab sofort auch außerhalb Cubas zu abonnieren. InteressentInnen wenden sich bitte an das Netzwerk-Cuba-Informationsbüro, Tel. 0228-241505. Dort sind auch alle bisher erschienen Artikel auf einer Diskette erhältlich.

Inhalt der Ausgabe Jan/Feb 95:

La economía cubana en 1994. Carlos Lage
Coyuntura, reformas y perspectivas de la economía cubana. Alfonso Casanova y Juan Triana
El empleo. Próximo desafío. Angela Ferriol
El mercado informal de divisas en Cuba. Tania García

José Martí - zum 100. Todestag

★ **B**iographisches, Lyrik und Prosa aus einigen Werken José Martí's (in Original und dt.Übersetzung) und - von besonderer Bedeutung, der Versuch einer - historischen wie aktuellen - Würdigung, all das vereint diese kleine Broschüre.

José Martí, als vorausschauender Politiker und Revolutionär, als Hoffnungsträger der Völker Lateinamerikas, der in unseren Metropolen weitgehend unbekannt ist, den verschiedenen Facetten der Persönlichkeit José Martí's versuchen sich die AutorInnen behutsam anzunähern bis hin zu der Frage nach seiner Bedeutung heute, in den aktuellen Auseinandersetzungen um die Blockade, um die „neue Weltordnung“ ...

Bemerkenswert noch, daß das durchaus anspruchsvolle Büchlein gerade nicht von professionellen Kennern cubanischer Historie und Literatur erstellt wurde, sondern daß sich dafür einige sehr aktive Mitglieder der Aachener Gruppe der Freundschaftsgesellschaft zusammengefunden haben, um sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Erfolgreich.

José Martí:

Mit allen für alle

Kubaner!

Für das leidende Kuba das erste Wort. Kuba sollte der Altar sein, auf dem wir unser Leben opfern, und nicht der Sockel, auf dem wir uns erheben. Und nun, da ich seinen über alles geliebten Namen heraufbeschworen habe, werde ich die Liebe meiner Seele über diese großzügigen Hände ausgießen, die ganz sicher im rechten Augenblick, herbeieilen, um mir Kraft zu verleihen für die Agonie des Ertrichtens; jetzt, da ich über unsere Köpfe hinwegblicke und das Herz ganz aus mir herausgerissen habe, werde ich für die keinen egoistischen

Dank haben, die glauben, in mir die Tugenden zu sehen, die sie in mir und jedem Kubaner wünschen; weder dem herzlichen Carbonell noch dem tapferen Rivero sage ich Dank für die wunderbare Freundlichkeit der Worte und das Feuer der großzügigen Liebe; sondern allen Dank meiner Seele sage ich ihnen, und damit den vielen, die Hand angelegt haben beim Aufbau für dieses Volk der Liebe, das sie im Angesicht des habgierigen Herrn aufgerichtet haben, der uns nachstellt und uns entzweit; für dieses Volk der Tugend, in dem sich die freie Kraft unseres fleißigen Vaterlands zeigt; für dieses gebildete Volk, bei dem der

Tisch zum Nachdenken neben dem zum Geldverdienen steht, und der Donner Mirabeaus neben der Kunst Rolands, was für die Hochmütigen dieser Welt ausreichende Antwort ist; für diese mit Helden umgebenen und auf Herzen errichteten Tempel. Ich umarme alle, die zu lieben verstehen. In meinem Herzen trage ich den Stern, trage ich die Taube.

Nicht die ständige Achtung vor einer Idee, der man nicht abschwören kann, ohne sich zu entehren, hat uns hier gewissermaßen und gegen unseren Willen zusammengeführt, auch nicht die immer bereitliegende und manchmal vorschnelle Antwort der Herzen des Vaterlands für einen nach Ruhm Strebenden oder für einen auf Macht Versessenen, oder für einen Helden, der die unangebrachte Todessehnsucht nicht mit dem höheren Heldentum verbindet, diese zu unterdrücken, oder für einen Bedürftigen, der unter dem Deckmantel des Vaterlands die Hand nach Almosen ausstreckt. Nicht der, der

kommt, wird sich jemals durch Schmeichelei erniedrigen, nicht dieses edle Volk, das ihn empfängt, das Volk unterwürfiger und dulddender Menschen. Meine Brust schwillt vor Stolz, und ich liebe mein Vaterland von jetzt an noch mehr, und ich glaube von jetzt an noch mehr an seine geordnete und lichte Zukunft, an eine Zukunft, in der die ernste Gefahr von ihm genommen ist, unbesonnen im Namen der Freiheit denen zu folgen, die sich sein Verlangen nach ihr zunutze machen, im selber Vorteil daraus zu ziehen; an die Republik der offenen Augen, die weder wahnwitzig noch ungebildet ist, glaube ich mehr denn je, seit ich, durch die geheiligten Gedanken, vereint jetzt und später, vereint, solange der Patriotismus vorhanden ist, die Kubaner, die ihre offene und freie unverhüllte Meinung über alle Dinge stellen, und einen Kubaner, der sie respektiert...

Für Wahrheiten arbeiten wir, nicht für Träume. Für die Befreiung der Kubaner arbeiten wir, nicht für ihre Einpferchung. Für die Berücksichtigung der Interessen und Rechte der treuen Einwohner Kubas in Frieden und Gleichheit arbeiten wir...

(aus einer Rede, gehalten im Cubanischen Lyzeum, Tampa, 26.11.91)

Kubanische GewerkschafterInnen auf Besuch in der BRD

Anfang März unternahm eine kubanische Gewerkschaftsdelegation eine Rundreise durch verschiedene Städte der BRD. Veranstaltungen gab es u.a. in Berlin und in Bischofferode, jener Kaligrube, die vom westdeutschen Kapital plattgemacht wurde und deren Belegschaft vor zwei Jahren mit ihren Widerstandsaktionen Schlagzeilen machte.

In Berlin informierten im Haus der Deutschen Postgewerkschaft Ernesto Morejon Ruiz von der Nationalen Leitung der Kulturgewerkschaft, Lena Margarita Sardá, die Generalsekretärin der kubanischen MetallarbeiterInnengewerkschaft und Pedro Noel Carillo Alfonso von der Internationalen Abteilung der kubanischen CTC über die Situation auf ihrer Insel.

Einige Tage später nun fand die gleiche Veranstaltung in Bischofferode statt. Der dortige Betriebsratsvorsitzende lieferte seinen Gästen einen ungeschminkten Bericht über 5 Jahre real existierenden Kapitalismus. Andere Kumpels beteiligten sich an der Debatte. „Wir sind nicht gescheitert, weil wir es nicht geschafft haben, sondern weil wir den Kapitalinteressen im Weg standen“, meinte einer. Das war auch gleichzeitig ein Ansporn an die kubanischen Gäste, alles zu tun, um ihren Land ein solches Schicksal

zu ersparen. Denn, wenn schon im imperialistischen Kernland BRD der Siegeszug des Kapitals so brutal ist, was würde erst Kuba, einem Trikontland, blühen.

Das war natürlich für die kubanische Delegation klar. Schließlich wird Kuba seit 30 Jahren vom Imperialismus bekämpft. Carillo Alfonso erklärte, daß die Karibikinsel vor der Alternative stünde, sozialistisch zu bleiben oder zur Kolonie der USA herabzusinken.

Allerdings betonte er, daß auch Kuba heute auf kapitalkräftige Investitionen angewiesen sei. Doch das Land traue dem Kapital nicht. So behalte die Regierung 51% der Gesellschaftsanteile und die Personalpolitik liege in den Händen einheimischer GeschäftsführerInnen. Allerdings waren die auch schon für die Entlassung von 3000 bis 4000 Beschäftigten allein in der Elektroindustrie Havannas verantwortlich. Die Betroffenen bleiben Gewerkschaftsmitglieder, erhalten ihre Gehälter weiter und die Gewerkschaft ist verpflichtet, ihnen neue Arbeitsplätze zu besorgen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich selbstständig zu machen oder in die Landwirtschaft zu gehen.

Eine besondere Note brachte der Ex-Betriebsratsvorsitzende von Bi-

schofferode Heiner Brodhuhn in die Debatte. Er monierte erregt, daß es in Kuba keine freien Wahlen gebe und bezweifelte die Überlebensfähigkeit der Insel. Er verließ nach seinem Statement den Raum. Die Antwort der kubanischen GenossInnen interessierte ihn nicht. Trotzdem erläuterten sie noch einmal das kubanische Wahlsystem und betonten, daß alle KandidatInnen von der Basis nominiert und auch wieder abgewählt werden können, wenn sie diese nicht vertreten.

Das hätte CDU-Mitglied Brodhuhn möglicherweise bitter in den Ohren geklungen. Schließlich wurde er ja als Betriebsratsvorsitzender abgewählt, weil er sich während der Arbeitskämpfe in Bischofferode von einem Fernsehteam interviewen ließ, den Aufkleber der Christlichen Arbeitnehmer immer im Bild, und gegen angebliche 'linksextreme Trittbrettfahrer' hetzte. Gemeint waren Einzelpersonen, Parteien und Organisationen, die den Kampf der Kumpels in Bischofferode unterstützten. Auf Personen wie Brodhuhn kann Kuba gerne verzichten.

Peter Nowak

Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

Stoppt den geplanten US-Justizmord am 17. August um 22.00 Uhr!

Mumia Abu-Jamal, 43 Jahre, Afroamerikaner.

Mumia Abu-Jamal, Journalist, Präsident der 'Association of Black Journalists' in Philadelphia, mehrfacher Preisträger für seine berufliche Tätigkeit.

Mumia Abu-Jamal, Gründungsmitglied der örtlichen Black Panther Party 1970.

Mumia Abu-Jamal, am 9. Dezember 1981 Zeuge, wie sein Bruder brutal von Streifenpolizisten zusammengeprügelt wurde. Nach dem Versuch, seinem Bruder zu Hilfe zu kommen, lag Jamal mit einem Lungensteckschuß im Rinnstein und ein Polizist tot auf der Straße.

Das Opfer wurde kurzerhand zum Täter erklärt und Jamal in einem zwei Tage (!) dauernden Schauprozeß von einer fast ausschließlich mit Weißen besetzten Jury zum Tode verurteilt.

Seitdem haben die Anwälte Jamals diverse Falschaussagen, die zu seiner Verurteilung führten, aufgedeckt, immer wieder die Neuaufnahme des Verfahrens beantragt - ohne Erfolg.

Mumia Abu-Jamal sitzt - ungebrochen - seit 10 Jahren in der Todeszelle.

Im letzten US-Wahlkampf ist der damalige Anwärter und nunmehr Amtsinhaber des Gouverneurspostens von Pennsylvania, Thomas Ridge, mit dem Versprechen gewählt worden, die Todesstrafe rigoros anzuwenden. Hierbei hat er - bereits im Wahlkampf - ausdrücklich Jamal genannt.

Er hat sein Wahlversprechen wahrgemacht. Mumia Abu-Jamal soll am Donnerstag, d. 17. August um 22.00 Uhr hingerichtet werden.

Das Verbrechen: Er ist schwarz, militant und unbeugsam. Er trägt den

Ehrentitel „Voice of the Voiceless“ („Stimme der Unterdrückten“).

Noch ist (wenig) Zeit, den Henkern in den Arm zu fallen!

Die Internationale Kampagne „Freedom Now!“ ruft zu den unterschiedlichsten Aktionsformen auf. Es haben bisher u.a. in New York, Toronto, Amsterdam und in einigen Städten der BRD Demonstrationen stattgefunden.

Der Bundesvorstand der Freundschaftsgesellschaft solidarisiert sich vorbehaltlos mit Mumia Abu-Jamal. Der BV hat bei seiner Sitzung am 10. Juni die von der Kampagne „Freedom Now!“ in moderatem Ton erbetenen Protestschreiben an den belasteten Staatsanwalt, seine Vorgesetzten sowie den Gouverneur Ridge gefaxt.

Der Bundesvorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e.V. ruft alle Mitglieder, Regionalgruppen

und weitere Freundinnen und Freunde auf:

Tut das in Euren Kräften Stehende, um den Justizmord an Mumia Abu-Jamal zu verhindern!

Bitte wendet Euch unbedingt wegen aktueller Informationen und Aktionsmöglichkeiten an die Kampagne „Freedom Now! -

Mumia Abu-Jamal“, c/o Archiv, Postfach 150323, 28093 Bremen, Tel.: 0421 - 55 40 29, Fax: 0421 - 55 59 18.

Schreibt an Mumia Abu-Jamal: # AM - 8335, SCI Greene 1040 East Roy Furman Highway, Waynesburg, PA 15370, USA.

Fax-Nr. von Gouverneur Thomas Ridge: 001 - 717 - 785 - 5369

hwh

Das nunmehr schon 5. bundesweite Treffen vom 26. bis 28. Mai 95 in Darmstadt spiegelte in Verlauf und Inhalten die Vielfältigkeit der Gruppen wieder, die in der Solidaritätsbewegung mit Cuba aktiv sind. 59 verschiedene Initiativen und Organisationen waren diesmal vertreten, ein Ausdruck dessen, daß der Vernetzungsprozeß sich von Treffen zu Treffen breiter - und damit erfolgreicher - gestaltet. Auch das internationale Interesse nach grenzübergreifenden Kontakten wächst, wie die Teilnahme von mehreren VertreterInnen aus Österreich, Luxemburg und den Niederlanden zeigte; daß die Zusammenarbeit sich sogar über die Weltmeere hinweg intensivieren sollte, nämlich mit den Cuba-AktivistInnen in Nordamerika, das war das große Anliegen von Pastor Lucius Walker, USA, ebenfalls Teilnehmer des diesjährigen Bundestreffens. TeilnehmerInnen aus Cuba waren: Raúl Valdés Vivó, Mitglied des Zentralkomitees der

V. Bundestreffen der Cuba-Solidarität 95

5 Jahre Vernetzungsprozeß der Cuba-Solidaritätsgruppen in der BRD (und 5 Jahre Taller de la Solidaridad)

Partei, Deborah Azcuy Carillo, Vertreterin des Institut für Völkerfreundschaft, ICAP, René Gonzalez Gonzales, Mitglied der Nationalen Leitung des Jugendverbandes UJC und Maria Rojas, Vertreterin des Lateinamerikanischen und Caribischen Treffens der Völker Lateinamerikas. Aus der Botschaft in Bonn konnten Botschafter Rodney Lopez Clemente, Marcelino Medina und Anna Belkis, aus der Berliner Außenstelle der Botschaft Osvaldo García und Tahiri Mas begrüßt werden.

Dem Arbeitscharakter der Konferenz zufolge gab es außer dem Referat des Netzwerk-Vorstandes, das sich hauptsächlich auf die Entwicklungen im Zeitraum seit dem letzten Treffen bezog, nur einen ausführlicheren Redebeitrag, nämlich von Raúl Valdéz. Da dieser bereits für Freitag abend angesetzt war, mußten ihn viele, die erst Freitag spät abends oder am Samstag morgen ankommen konnten, verpassen. Schade.

Viel Zeit blieb dafür für die Arbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen, und die wurde auch intensiv genutzt, wie die ausführlichen Berichte am Sonntag vormittag zeigten. Eine zentrale Rolle bei den meisten AGs spielte die Frage: Wie gestalten wir den Internationalen Protesttag gegen die Blockade, am 10. Oktober 95, bei uns in der BRD? Einhellige Tendenz war die Durchführung einer zentralen Aktion, die aber in ihrer (Medien)Wirksamkeit durch verschiedene regiona-

le Aktivitäten verstärkt werden soll. Zu Aktionsformen und Termingestaltung (der 10.10. selbst ist ein Dienstag) gab es zahlreiche konkrete Vorstellungen und Vorschläge, von Demo über Solikonzert bis zu Tribunal in Bonn, Berlin, usw., usf., die lebhaft und auch kontrovers diskutiert wurden. Noch auf der Konferenz wurde daher eine offene Arbeitsgruppe für die weiteren Vorbereitungen initiiert. Die jeweiligen Termine der AG sind über das Netzwerk Cuba Informationsbüro zu erfragen (Tel. 0228-241505). Schön, wenn es uns gelänge, den 10. Oktober in diesem José-Martí-Jahr wirklich zu einem aussagekräftigen Höhepunkt unserer Solidarität mit Cuba zu gestalten!

Kultureller Höhepunkt dieses Wochenendes aber waren die Musiker der cubanischen Band „Sol y Son“, die den Samstag abend zur mitreißenden „Noche Cubana“ machten, und die Wogen der Tanzbegeisterung hochschlagen ließen. Ein gelungene Geburtstagsfeier auch für „Taller de la Solidaridad“.

Hervorzuheben sind abschließend noch eine prima Organisation vor Ort, sowohl was Schlafplätze und Verpflegung, wie auch das Kontaktbüro des Netzwerk- anbelangt, wo Computer und Kopierer immer gefragt waren und alle neuen Materialien von Netzwerk und anderen Gruppen zu finden waren. Weiter so!

Marianne Schw

Abschlußberklärung

des V. Bundestreffens der Cuba-Solidaritätsgruppen vom 26.-28. Mai 1995 in Darmstadt

Im 36. Jahr der cubanischen Revolution versuchen das cubanische Volk und seine Regierung, in Würde und Souveränität die Errungenschaften seiner Revolution zu bewahren und zugleich die durch die Zerstörung der sozialistischen Staaten Osteuropas

weggefallenen Handelspartner durch die ökonomische Integrierung in die unipolare Welt zu ersetzen.

Über die Probleme und Gefahren dieser Politik, zu der es keine Alternative gibt, sind sich die verantwortlichen cubanischen Stellen durchaus

bewußt. Cuba ist willens und in der Lage, seine Revolution aus eigener Kraft und mit der Unterstützung der internationalen Solidarität zu verteidigen.

Wir stellen fest, daß trotz aller Anstrengungen der cubanischen Regierung mit Unterstützung der Bevölkerung es nach wie vor maßgebliche ewiggestrige Kräfte in den USA und der BRD gibt, die an der „Politik des Aushungerns“ der cubanischen Bevölkerung festhalten.

Diese Politik kommt zum Ausdruck durch die Vorlage des erreaktionären Kongreßabgeordneten Jesse Helms namens „Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act of 1995“. Die Zusammenfassung des 2.500-Seiten-Werks hat er selbst geliefert: „Lassen Sie mich Klartext reden, entweder verläßt Castro Cuba in vertikaler oder in horizontaler Position. Das liegt an ihm und dem cubanischen Volk. Aber er muß und wird Cuba verlassen. Es ist Zeit, die Schrauben anzuziehen, nicht sie zu lockern.“

Die deutsche Bundesregierung hält - trotz zwischenzeitlich bekannt gewordener, scheinbar moderater Töne - an ihrem Vertragsbruch bezüglich der DDR-Cuba-Verträge fest und boykottiert nach wie vor die Milchpulverlieferung für Cubas Kinder. Die deutsche Bundesregierung verfolgt mit ihren unterschiedlichen Methoden eine offensichtliche Doppelstrategie. Letztendlich hält sie daran fest, sich an - wie Fidel Castro es beim Welttreffen der Cuba-Solidarität im November '94 formuliert hat - dem Wirtschaftskrieg gegen Cuba zu beteiligen!

Wir fordern die US-Regierung unter ihrem Präsidenten William Clinton auf,

* unverzüglich die Völker- und menschenrechtswidrige Blockade gegen Cuba aufzuheben;

* unverzüglich das sog. 'Torricelli-Gesetz' aufzuheben;

* jegliche Ambitionen des Abgeordneten J.Helms und anderer zur nochmaligen Verschärfung der Blockade abzuwehren;

* den völkerrechtswidrig besetzten US-Stützpunkt in Guantánamo aufzulösen sowie

* endlich die in den letzten Jahren gefaßten UNO-Beschlüsse zu realisieren und allgemeine, von gegenseitigem Respekt geprägte, Verhandlungen über normale zwischenstaatliche Beziehungen mit dem souveränen Cuba aufzunehmen.

Wir fordern die deutsche Bundesregierung unter ihrem Kanzler Helmut Kohl auf,

* unverzüglich die Verträge zwischen der DDR und Cuba auf den Gebieten Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Kultur anzuerkennen, fortzuführen bzw. wieder aufzulegen.

Wir stellen fest, daß sich die Bundesregierung insbesondere durch ihre einseitigen Aufkündigung dieser Verträge (insbesondere sei hierbei der Vertrag Futterhefe gegen Milchpulver für Cubas Kinder) aktiv an der Aushungerungspolitik gegen das cubanische Volk beteiligt und dies in eklatantem Widerspruch zur Einforderung ebendieser Regierung der Menschenrechte weltweit steht;

* ihren nicht geringen Einfluß auf die US-Regierung geltend zu machen, um die o.g.. Forderungen durchzusetzen;

* ohne Vorbedingungen gleichberechtigte und normale Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der BRD und Cuba aufzunehmen sowie staatliche Entwicklungshilfepolitik mit Cuba zu leisten.

Solidarität mit dem cubanischen Volk! Schluß mit der Blockade durch USA, EU und BRD!

Das cubanische Volk hat im Laufe der Geschichte seiner Revolution Großartiges geleistet. Einzigartig sind die seit 1959 erreichte soziale und medizinische Sicherheit sowie kulturelle und politische Selbstbestimmung für ein Land des Trikont. Selbst unter den Bedingungen der doppelten Blockade und der damit verbundenen 'periodo especial en tiempos de paz'.

Am 19.Mai jährte sich zum 100. Mal der Tod im Kampf des Volkshelden José Martí. In seinem Sinne kämpft Cuba heute um die Wahrung der nationalen Würde und Souveränität bei gleichzeitiger ökonomischer Einbindung in die unipolare Welt, zu der es derzeit keine Alternative gibt.

Im Rahmen dieser Anstrengungen bedarf Cuba auch weiterhin der weltweiten Solidarität gegen die barbarische Blockade, gegen ideologische

Subversion und Infiltration, gegen jede Art von äußerer Aggression.

Wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des V.Bundestreffens der Cuba-Solidarität in der BRD, erklären von unserer Darmstädter Konferenz unsere uneingeschränkte Solidarität mit dem cubanischen Volk, seiner Regierung und dem comandante en jefe Fidel Castro Ruz. ★

Bei unserer Konferenz haben wir beraten, wie wir die politische und materielle Solidarität mit dem revolutionären Cuba weiterentwickeln können.

Wir versichern dem cubanischen Volk, daß wir in diesem Jahr, neben den vielfältigen regionalen Aktivitäten der autonomen Solidaritätsgruppen, im Sinne der Vereinbarungen des 1.Welttreffens der Cuba-

Solidarität vom November 1994 in Havanna in geeigneter Form öffentlichkeitswirksame Aktionen entwickeln werden

Insbesondere am 10.Oktober, dem Tag des Beginn des zehnjährigen Krieges um die Unabhängigkeit unter Céspedes vor 100 Jahren, der zugleich den Beginn des Kampfes des cubanischen Volkes um nationale Befreiung und Unabhängigkeit markiert und der seinen siegreichen Abschluß am 1.Januar 1959 fand und beim 1.Welttreffen der Cuba-Solidarität im November 1994 zum Weltweiten Tag der Solidarität mit Cuba erklärt worden ist, werden wir uns mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen einreihen in den internationalen Protest gegen die Blockade und die internationalen Solidaritätsbekundungen mit dem cubanischen Volk.

Wir versichern Euch, liebe cubanische Freundinnen und Freunde, daß wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen, sondern das in unseren Kräften Stehende tun werden, um unseren Beitrag zur baldigen Beendigung der Blockade zu leisten.

Cuba no está sola! Viva la Solidaridad Internacional! Hasta la Victoria siempre!

Darmstadt, d. 28.Mai 1995

Die über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des V.Bundestreffens der Cuba-Solidarität in der BRD, Vertreterinnen und Vertreter von 59 Solidaritätsgruppen und -initiativen.

Internationales Jugendfestival in Cuba!



Einladung an die Jugend der Welt

Die Jugendlichen und Studierenden Cubas, VorkämpferInnen an der Seite ihres Volkes mit einer unendlichen Fröhlichkeit und einer tiefen Verpflichtung gegenüber ihrer Geschichte, ihren Errungenschaften und Träumen, im Bewußtsein der gewaltigen menschlichen und politischen Bedeutung, die die Internationale Solidarität mit unserem Land und die Kriegserklärung gegen die Blockade darstellt, wünschen den Meinungsaustausch über aktuelle und für Jugendliche in-

teressante Themen mit Jugendlichen aus aller Welt und möchten mit Euch die Tribüne, die Arbeit, den Tanz, die Musik und das aufrichtige Lächeln teilen.

Wir laden ein

die Jugend- und Studentenorganisationen und Freundschaftsgesellschaften, nationale und internationale Organisationen,

diejenigen, die sich die Jugendlichkeit bewahrt haben und an der Seite der Cubanischen Jugend stehen,

diejenigen, die sich unabhängig von verschiedenen Weltanschauungen oder unterschiedlichem Glauben gegen die Blockade Cubas wenden und die das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, Souveränität und Unabhängigkeit bejahen,

zur Teilnahme am Festival Juvenil Internacional „Cuba Vive“, vom 1. bis 7. August 1995 in Havanna und anderen cubanischen Provinzen.

In der Hauptstadt Havanna findet vom 1. bis zum 7. August 1995 ein internationales Jugendfestival statt unter dem Motto „CUBA VIVE“. Die Jugendorganisation UJC, die StudentIn-

nenorganisationen und die „José Martí“-Pioniere laden Jugendliche aus aller Welt ein, mit ihnen zu diskutieren, Cuba kennenzulernen, gemeinsame Aktionen zu machen und auch zusammen zu tanzen und zu feiern.

Das Programm wird nicht nur in Havanna stattfinden, sondern 3 Tage lang gleichzeitig in verschiedenen Provinzen, wo es Debatten zu unterschiedlichen Themen geben wird: Pinar del Rio - Beschäftigungssituation, Stadt Havanna - Kultur und nationale Identität, Provinz Havanna - Kindheit und Erziehung, Matanzas - Entwicklung und Umwelt, Villa Clara - Demokratie und Partizipation, Cienfuegos - Gesundheitswesen und Isla de la Juventud - Junge Frauen.

Für die TeilnehmerInnen wird ein Aufenthaltspaket für die 8 Tage des Festivals angeboten, sowie verschiedene Möglichkeiten eines Anschlußaufenthaltes.

Weitere Informationen über das Netzwerk Cuba Informationsbüro: Tel. 0228-241505

Während einer fünfwöchigen Rundreise durch die BRD und die Ex-DDR berichteten Vertreter von Befreiungsbewegungen aus den USA über ihren Kampf. Dieses Interview war leicht verändert in der jungen Welt vom 12.5.1995 abgedruckt

Interview mit Ricardo Romero von Movimiento Liberacion Nacional - Mexico (MLN/M)

Warum ist Ihnen ein mexikanischer Präsident lieber als ein US-amerikanischer?

▼ Das Movimiento Liberacion Nacional-Mexico fordert die Wiedervereinigung der im letzten Jahrhundert

von den USA eroberten Gebiete mit Mexiko. Welches sind die Gründe?

▲ Die USA kamen zu den mexikanischen Menschen und ihrer Nation ab Anfang des letzten Jahrhunderts. Schließlich waren 50% des mexikanischen Territoriums von den USA besetzt und das mexikanische Volk von-

einander getrennt. Zu den von den USA besetzten Gebieten Mexikos gehören Neu-Mexiko und Kalifornien. Seither setzten die Menschen in diesen Gebieten den Widerstand gegen die Eroberung fort. In Mexiko wird die Forderung nach Wiedervereinigung nicht von bürgerlichen Kreisen oder dem Kapital gefordert, sondern lediglich von Teilen der Linken. Für uns ist klar, daß wir keine Vereinigung mit dem gegenwärtigen Mexiko wollen, sondern eine soziale Revolution und der Sturz des Systems die Voraussetzung dafür ist.

▼ Nun gibt es einen inner-mexikanischen Rassismus gegen die indigene Bevölkerung. Auf welches Mexiko bezieht ihr Euch?

▲ In Mexiko leben Menschen verschiedener Hautfarben und Herkunft.

Wir akzeptieren, wie die Mehrheit in Mexiko, nicht die spanische Vorherrschaft. Für uns ist das Ziel eine Gesellschaft ohne Rassen, wo die indigenen Traditionen eine große Rolle spielen. Schließlich kommt der Name 'Mexico' aus dieser Tradition.

▼ Wie seht ihr den Kampf der EZLN in Chiapas?

▲ Wir haben positive Beziehungen zur EZLN. Zur Zeit wird von ihnen am Aufbau einer nationalen Bewegung gearbeitet, die ebenfalls MLN heißt. Wir begrüßen das, nehmen aber selber nicht an dieser Bewegung teil, weil wir nicht in Mexiko sondern in den von den USA besetzten Gebieten leben.

▼ Wie ist Euer Verhältnis zu anderen politischen Kräften in Mexiko?

▲ Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit Gruppen ab, die mit der mexikanischen Regierung und deren Partei, der PRI zusammenarbeiten. Das schließt die Zusammenarbeit mit der Kommunistischen oder Sozialistischen Partei Mexikos aus, die länger mit der PRI zusammengearbeitet haben. Mit der Oppositionspartei PRD gibt es hingegen Kontakte, vor allem mit dem Sektor der unabhängigen Linken.

▼ Habt ihr außer der Wiedervereinigung mit Mexiko gegenwärtig noch andere politische Ziele?

▲ Wir sind aktiv in den sozialen Auseinandersetzungen unserer Menschen involviert. Schließlich sind 60% der mexikanischen Menschen in den USA Analphabeten. Wir bauen Schulen und Universitäten auf, wo unsere Jugend die Wahrheit über ihre Geschichte und unseren Kampf erfährt. Dort werden auch Schriften aus der marxistischen und anticolonialen Bewegung gelesen. Jedes Jahr nehmen über 100 Jugendliche daran teil. Außerdem kämpfen wir aktuell gegen eine von Rechtsradikalen initiierte Bewegung, die die englische Sprache durch einen Verfassungszusatz zur einzigen in den USA machen will. In 25 Staaten gibt es schon Unterstützung für diese Forderung. In 17 weiteren läuft die Kampagne.

Außerdem kämpfen wir gegen die Präposition 187, deren Annahme den Ausschluß von MigrantInnen der 1. Generation von allen Sozialleistungen bedeuten würde. D.h. sie dürften keine Schulen mehr besuchen, bekämen keine Gesundheitsversorgung mehr. In einer Volksabstimmung wurde die Bestimmung mehrheitlich angenommen. Jetzt liegt das Ganze

bei der Justiz, da ist aber nicht viel zu erwarten.

▼ Welchen Eindruck hast Du auf Deiner Rundreise von den deutschen Linken?

▲ Ich habe unterschiedliche Spektren der Linken kennengelernt und die große Uneinigkeit bemerkt. Dabei ist mir bis heute unklar, was die Linken von den radikalen Linken eigentlich trennt. Außerdem habe ich den Eindruck von der deutschen Linken, daß sie meint, das Gewicht der gesamten Welt auf ihren Schultern zu tragen. Es gibt hier kaum die Gewißheit, daß Euer Kampf erfolgreich sein wird, die Zuversicht des Sieges fehlt völlig.

▼ Was ist deine Meinung über Kuba?

▲ Seit über 30 Jahren ist Kuba eine große Quelle der Hoffnung auf unseren Kontinent. Wir sind überzeugt, daß es auch momentan seinen Kurs des Sozialismus und des Antimperialismus fortsetzen wird. Wir unterstützen Kuba mit unseren Mitteln, u.a. mit Brigaden. Die größte Unterstützung für Kuba ist aber der revolutionäre Kampf in unseren Ländern.
Mit Ricardo Romero sprach Peter Nowak

„ICAP Boletín“ kann abonniert werden!

Für nur 12 Dollar jährlich kann die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift des ICAP derzeit zum Subskriptionspreis abonniert werden. Sie enthält Artikel und Stellungnahmen über aktuelle Vorgänge in Cuba. Es werden auch Reden darin veröffentlicht, die in der Granma aus Platzgründen nicht veröffentlicht werden können.

Weitere Informationen über: Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba oder Netzwerk Cuba Informationsbüro

Arbeitsbrigaden der FG Berlin-Cuba:

Die Teilnahme an Arbeitsbrigaden in Pinar del Rio bietet die Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba an. Die BrigadistInnen arbeiten im Heilpflanzen- und Gemüseanbau. Die Teilnahme an einem Vorbereitungstreffen in Berlin ist Voraussetzung für eine Beteiligung an der Brigade

Weitere Informationen über:
FG Berlin-Cuba e.V.,
Grimmstr.6,
10967 Berlin.

Interview mit Inigo Elkoro

Warum gibt es baskische Deportierte in Cuba?

Inigo Elkoro ist Mitarbeiter der baskischen Gefangenenhilfsorganisation Gestoras Pro Amnistia und einer der AnwältInnen des Kollektivs der baskischen politischen Gefangenen.

CL.: Wieviele politische Gefangene gibt es im spanischen Staat?

In.: Aktuell gibt es 522 baskische politische Gefangene, weitere 63 befinden sich in den Gefängnissen des französischen Staates und einer, Benjamin Ramos Vega, ist in Deutschland inhaftiert. Die galizischen politischen Gefangenen sind derzeit neun und die katalanischen sind zwei. Darüberhinaus gibt es 55 Gefangene, die vom Sondergericht Audiencia Nacional mit der GRAPO/PCE(r) in Verbindung gebracht werden. Bemerkenswert ist die Existenz von 224 Gefangenen, die aufgrund ihrer Weigerung, Militär- und Zivildienst zu leisten, inhaftiert sind. Die meisten dieser „Insumisos“ sind Basken.

CL.: Auf einer Informationsveranstaltung in Berlin habe ich gehört, daß es außerdem BaskInnen gibt, die deportiert werden. Kannst Du mir das erklären?

In.: Das ist ein sehr komplexes Thema. Ursprünglich waren die Deportationen eine häufig angewendete administrative Maßnahme der verschiedenen französischen Regierungen, die im Zusammenhang stand mit den Konflikten und Kriegen, die Frankreich mit seinen ehemaligen Kolonien ausgefochten hat. Die neueren Deportationen setzten 1984 ein und richteten sich ausschließlich gegen in Frankreich lebende baskische Flüchtlinge aus dem spanisch besetzten Teil Euskadis. Der politische Kontext war der Beginn einer neuen Ära der polizeilichen Zusammenarbeit mit der Regierung Mitterands und den spanischen Behörden. In diesen Zusammenhang gehören ebenfalls die Festnahme und Inhaftierung baskischer Flüchtlinge in Frankreich, die 28 Morde der Todesschwadronen GAL im französischen Euskadi und die Auslieferungen - all dies waren Teile ei-

ner Strategie mit dem Ziel, dem baskischen Unabhängigkeitskampf ein Ende zu setzen. Den Deportationen lag eine Übereinkunft der Regierungen Spaniens, Frankreichs und des jeweiligen Aufnahme Staates zugrunde und sie waren immer mit wirtschaftlichen Gegenleistungen verbunden. Die Maßnahme wurde gegen 53 Personen angewendet, die sich heute in verschiedenen Ländern Afrikas und Lateinamerikas befinden. Das Besondere dieser Maßnahme ist ihre Illegalität und die Situation der Nichtexistenz, die den Deportierten aufgezungen wird. Sie besitzen in den meisten Fällen keine Papiere und keine Arbeitserlaubnis, sie haben keinen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und sind in der Regel strengster polizeilicher Überwachung unterworfen. In der Dominikanischen Republik beispielsweise stehen sie unter Hausarrest.

CL.: Du hast erwähnt, daß es auch auf Cuba Deportierte gibt. Wie ist ihre Situation und warum hat sich Cuba darauf eingelassen?

In.: Es läßt sich eigentlich nicht sagen, daß Cuba zu den Ländern gehört, die gegen Geld baskische Deportierte aufnehmen. Cuba hat ausschließlich der Aufnahme von bereits in einen Drittstaat deportierten BaskInnen zugestimmt und nur, wenn die Deportierten in diesem Staat politische (wie in Panama) oder gesundheitliche (wie in Cabo Verde) Probleme hatten. Cuba hat die Deportationen nicht unterstützt, sondern im Gegenteil versucht, einen Raum anzubieten, wo ihre traumatischen Folgen abgemildert werden konnten. Die Insel ist ein Ort, wo die Deportierten eine viel größere Bewegungsfreiheit besitzen und außerdem arbeiten können und Papiere haben. In Cuba befindet sich eine größere Gruppe Deportierter, die

zuerst in Panama waren, außerdem vier, die auf eigene Initiative von Cabo Verde kamen und zwei mit gesundheitlichen Problemen, einer aus Cabo Verde und einer aus Togo.

CL.: Wie ist die aktuelle Situation der baskischen Unabhängigkeitsbewegung und wie ist ihr Verhältnis zu anderen linken Bewegungen im spanischen Staat?

In.: Die baskische Linke läßt sich nicht auf eine Partei eingrenzen, sie ist mehr. Wir sind eine linke, progressive Befreiungsbewegung, die sich in verschiedenen Kämpfen ausdrückt. Diese unterschiedlichen Sektoren sammeln sich in der „abertzalen“ (fortschrittlich-nationalistisch) Linken, deren Ziel die Befreiung des Baskenlandes, ihre Unabhängigkeit vom französischen und spanischen Staat ist, verbunden mit einer Entwicklung zu einer solidarischen und gerechten Gesellschaft. Das ist der Inhalt der Konfrontation mit den Besatzungsmächten. Momentan konzentrieren wir die Kräfte darauf, die Selbstbestimmung des baskischen Volkes zu erreichen. Diese sozialen Bewegungen haben ihre politische Vertretung in der Partei Herri Batasuna (Einheit des Volkes), die zu den Wahlen antritt und als Vertreterin der Nationalen Baskischen Befreiungsbewegung (MLNV) in den Institutionen fungiert. Die Antwort des Staates und der sogenannten „demokratischen Parteien“ (die PSOE, die Vereinigte Linke IU und der Kommunistischen Partei PCE, die Volkspartei PP und die baskischen Parteien EA, PNV) besteht in der Repression. Folter, Knast, Entführungen, Morde, soziale Kontrolle und Bedrohungen aller Art... Der Staat hat keine Antwort auf diese Realität. Die bewaffnete baskische Befreiungsorganisation ETA hat mehrfach Verhandlungen angeboten, die der Staat ablehnt. Der spanische Staat ist ein Puzzle verschiedener Völker. Die GalizierInnen, KatalanInnen wollen die Unabhängigkeit vom spanischen Staat und kämpfen auch dafür. Mit einigen dieser Sektoren hält die Abertzale Linke normale, teilweise gute Beziehungen. Im restlichen Staatsgebiet gibt es gute Beziehungen zu linken und fortschrittlichen Bewegungen, nicht aber zu den traditionellen linken Parteien aufgrund deren Anstrengungen, den baskischen Befreiungskampf zu bremsen.

Mit Inigo Elkoro sprach Peter Nowak

Während einer fünfwöchigen Rundreise durch die BRD und die Ex-DDR berichteten Vertreter von Befreiungsbewegungen aus den USA über ihren Kampf. Das vorliegende Interview war in leicht veränderter Form auch in der jungen Welt 17.5.95 abgedruckt.

Interview mit Ishmael Muhammed von der New African Peoples Organisation (NAPO)

Warum fordern Sie heute noch einen unabhängigen schwarzen Staat in den USA?

Frage: Deine Organisation, die NAPO, tritt für einen unabhängigen schwarzen Staat auf dem Territorium der Südstaaten der USA ein. Kannst Du diese Forderung erklären?

I.M.: 1968 trafen sich auf Initiative der Malcolm X Society schwarze Nationalisten aus ganz Amerika in Detroit. Dort proklamierten sie die Existenz einer schwarzen Nation in Amerika, die sie 'The Republic of New Africa' bezeichneten. Dieser Staat umfaßt die Territorien von Alabama, Louisiana, Mississippi, Georgia und South Carolina, den Schwarzen Belt, wo die schwarze Bevölkerung die Mehrheit stellt. Die Geschichte der schwarzen Nation in den USA begann mit dem Kampf gegen die Sklaverei vor 400 Jahren. In den zwanziger Jahren unterstützte die Kommunistische Partei der USA die Forderung nach einem eigenen schwarzen Staat.

Frage: Ist Jahrhunderte nach der Kolonisation und der gewaltsam durchgesetzten Einordnung in kapitalistische Verhältnisse der Rückgriff auf afrikanische Geschichte nicht reaktionär?

I.M.: Der Kapitalismus bedeutet für die Neu-Afrikanischen Massen nur eine noch größere Verelendung. Sie werden nicht in die kapitalistischen Strukturen einbezogen, sondern vegetieren in den Ghettos. Die rassistische Unterdrückung hat diese Menschen zur New Afrikan Nation zusam-

mengeschweißt. Die Forderung nach einer eigenen Nation ist also ganz aktuell.

Frage: In den letzten 25 Jahren gelangten auch Schwarze in hohe Positionen in den USA. So war z.B. der Oberbürgermeister von Philadelphia, der das Anwesen der Move-Bewegung bombardieren ließ, ein Schwarzer. Was bedeutet da noch das Konstrukt der Schwarzen Identität?

I.M.: Wir unterscheiden zwischen Amerikanern verschiedener Hautfarben wie diesem Oberbürgermeister von Philadelphia und zwischen Neu-Afrikanern. Es gab in der Geschichte immer Schwarze, die sich den Kolonisten, den Ausbeutern zur Verfügung stellten. Sie wurden von den Unterdrückten immer bekämpft. Wir bekämpfen auch heute den Kapitalismus, egal welche Hautfarbe der Kapitalist hat. Ebenso bekämpfen wir den Sexismus bei Männern aller Hautfarbe.

Frage: In Euren Erklärungen zeichnet ihr ein harmonisches Bild von den schwarzen Communities. Die Verwicklung der einflußreichen 'Nation of Islam' (NOI) in den Mord an Malcolm X wird nicht erwähnt. Werden hier nicht die Widersprüche ausgeblendet?

I.M.: Der Hauptfeind für uns ist der US-Imperialismus. Malcolm hatte den gleichen Feind. Er tat nichts, um die Nation of Islam gegen sich aufzubringen. Die Konflikte wurden vom FBI inszeniert, so wie später die Konflikte innerhalb der Black Panther Party. Malcolm hat mehrmals versucht, mit der NOI-Führung zu einem Ausgleich zu kommen. Wer auch immer ihn ermordete, die US-Behörden sind die

Verantwortlichen für diesen wie für viele andere Morde an New Afrikans.

Frage: Bekämpft ihr auch den Antisemitismus von Organisationen wie der NOI?

I.M.: Wir bekämpfen jede Form von Rassismus und Antisemitismus. Allerdings sind wir Antizionisten. Unserer Meinung nach ist auch die NOI antizionistisch und nicht antisemitisch.

Frage: Welches Verhältnis hat die NAPO zu Kuba?

I.M.: Wir haben eine unverbrüchliche Solidarität mit Kuba. Kuba hat Assata Shakur und anderen neu-afrikanischen GenossInnen Asyl gegeben. Wir haben direkte Beziehungen zu Kuba; z.B. veranstaltet unsere Frauenorganisation zusammen mit der kubanischen Frauenorganisation Konferenzen zu Fragen des Frauenrechts. Auch auf anderen Gebieten haben wir gute Kontakte zu kubanischen Organisationen. Mitglieder unserer Organisation haben schon mehrmals an internationalen Brigaden in Kuba teilgenommen.

Zur Zeit sind wir besorgt über die Fähigkeit der USA, die Blockade gegen Kuba aufrechtzuerhalten und zu verstärken. Wir führen einen Kampf dagegen.

Frage: Was habt ihr für einen Eindruck von der BRD-Linken auf Eurer Rundreise gewonnen?

I.M.: Was mir aufgefallen ist, daß unter den radikalen Linken eine große Abneigung besteht, sich zu organisieren. Bei aller Kritik an bisherigen Organisationskonzepten in der Linken kann doch nicht übersehen werden, daß Organisierung auch etwas Positives im politischen Kampf ist.

Mit Ishmael Muhammed
sprach Peter Nowak

Ein Buch als Solidaritätsaktion für die Zapatistas

★ Zur Zeit ist es wieder etwas ruhiger geworden um Chiapas, die Provinz im südlichen Mexiko, wo das Militär versucht, den Aufstand der Zapatistas militärisch zu zerschlagen. Das nachlassende Medieninteresse heißt natürlich nicht, daß sich in Chiapas selber die Situation beruhigt hat. Nur werden auch in der hiesigen Solidaritätsszene nur einige SpezialistInnen die Situation weiter verfolgen. Wenn wieder Massaker der Armee oder Siege der Guerilla zu vermelden sind, wird das Interesse natürlich sprunghaft steigen.

Das kurze Interesse, das der Kampf der Zapatistas hierzulande erfahren hatte, schlug sich in einer Reihe von Büchern nieder, die auf den Markt kamen. Zwei sollen hier kurz vorgestellt werden.

Gerade rechtzeitig hat der Verlag Libertäre Assoziation ein Lesebuch über den Aufstand in Chiapas auf den Markt gebracht. Es enthält Quellen und Dokumente über die Rebellion und deren Vorgeschichte, sowie Essays, Reportagen, Bildergeschichten und Legenden von Menschen, die bisher niemals im Licht der Weltöffentlichkeit gestanden haben.

Es war der auch für Menschen aus der Solidaritätsszene überraschende Aufstand am 1. Januar 1994, der den Blick auf die politische Situation im „Mexiko des Kellers“ gelenkt hat, einem Land, das „Tradition und Elend anhäuft“, wie der EZLN-Commandante Marcos in seiner metaphorischen Sprache schreibt.

Es ist die Stärke des Buches, daß die HerausgeberInnen ihre „produktive Verunsicherung nicht gleich wieder in die vertraute Form fester Theoretisierungen, Einschätzungen gießen wollten“, wie sie selber im Vorwort schreiben. Gut auch, daß die Versuche der HerausgeberInnen ihre Verunsicherung in Worte zu fassen, auf einige Seiten beschränkt blieben. So kann das dem Vorwort angehängte Postskriptum (1) unter der Überschrift *Marcomania* nur satirisch begriffen werden. Die Frage ob Marcos nun Subcommandante, Sub oder Sup genannt werden soll, hat eben so viel Erkenntniswert, wie folgender Satz: „Marcos ist ein Schwuler in San Francisco, Schwarzer in Südafrika, Asiat in Europa, Chicano in San Isidro, Anarchist in Spanien, Palästinenser in Is-

rael, Indigena in den Straßen von San ChristóbalJude in Deutschland, Feministin in politischen Parteien.....“ Und so geht es noch einige Aufzählungen weiter. Die Alternative zu fester Theoretisierung muß ja nicht platte Verallgemeinerung sein.

Die *Topitas* (span. kleine Maulwürfe), wie sich das HerausgeberInnenkollektiv nennt, haben mit ihrem Buch zwei Ziele:

Informationen über die Hintergründe des Aufstands zu liefern und und gleichzeitig die Aufständischen finanziell zu unterstützen. Alle Autorinnen und Autoren verzichten auf Honorare zugunsten des Medienfonds *Zapatistas*.

Die scheinbare Ruhe um Chiapas hat beide Anliegen noch aktueller gemacht.

Topitas, ¡Ya basta!
Der Aufstand der Zapatistas;
Verlag Libertäre Assoziation,
Hamburg Dezember 1994,
364 Seiten, br, 28 DM

Die 'Aktion' ist eine Zeitschrift für Politik, Literatur und Kultur und wird in der Edition Nautilus in Hamburg vierteljährlich herausgegeben. Das Heft 129/152 steht unter dem Motto „VIVA ZAPATA“ und enthält neben einem langen Interview mit Subcommandante Marcos, Reden und Artikel zum Aufstand. Das umfangreiche In-

terview, das Marcos der mexikanischen Studentin Marta Duran gab, gibt über Allgemeindarstellungen hinaus guten Einblick, sowohl in sein Denken als auch in die Ziele und Vorstellungen der EZLN.

Der Herausgeber der 'Aktion' Lutz Schulenburg macht keinen Hehl aus seinen Sympathien für den zapatistischen Aufstand und spart dabei auch nicht mit Pathos, wenn er die Aufständischen gleich zu Vorböten des Sturms gegen die herrschenden Verhältnisse macht. Das ist leider unter den gegenwärtigen Umständen ein Wunschtraum. Allerdings hat Schulenburg wohl recht mit folgender Einschätzung: „Diejenigen, die mit den Verhältnissen der gegenwärtigen Welt nicht einverstanden sind, sollten sich ermutigt und angespornt fühlen, immer wieder von Neuem zu beginnen, um an ihrer sozialen Veränderung mitzuwirken.“

Schulenburgs Pathos ist auf jeden Fall sympathischer als der Zynismus den z.B. konkret-Herausgeber Gremilitza dem zapatistischen Aufstand gegenüber an den Tag legte. Angesichts der gegenwärtigen Weltlage sei dieser Aufstand aussichtslos und hätte daher besser unterbleiben sollen, so Gremilitza in einem konkret-Kommentar.

Die Menschen in den Trikontländern richten sich aber nicht nach den Ratschlägen der hiesigen Linken. Die ist allerdings durchaus nicht auf einen bloßen BeobachterInnenstatus festgelegt. Schulenburg hat Solidaritätsaktionen mit initiiert und ein Teil der Einnahmen der 'Aktion' gehen ebenfalls an die EZLN.

„VIVA ZAPATA!
Gespräche mit
Subcommandante Marcos in
Chiapas,
Aktion, Heft 1/1995,
Edition Nautilus,
82 Seiten, 12 DM

Peter Nowak

Im folgenden Artikel analysiert H.J. Burchardt die ökonomischen Entwicklungen in Cuba aus seiner Sicht. Wir regen an zu einer weiteren Diskussion seiner Einschätzungen und zum Teil durchaus schlüssigen Thesen.

Strukturwandel in Kuba

Ein wirtschaftspolitisches Szenario

Hans Jürgen Burchardt

In seinem Beitrag *Das Volk, nicht die Herrschaftsform verdient Unterstützung* glaubt Martin Franzbach, die Gretchenfrage zu Kuba gefunden zu haben: „Was ist verteidigungswert am kubanischen System?“ (Argument 204, 263) Aber es ist keine Frage nach Kuba, sondern nach sich selbst: Wie groß ist der Revisionsbedarf der eigenen politischen Konzeption, wie hoch ist der empirische Gehalt Kubas zur Verteidigung alter Positionen? Dafür, daß solche Fragen überhaupt gestellt werden müssen, ist der Schuldige rasch benannt: es ist der „(post-)stalinistische Überwachungsstaat“, dessen Amtsapparat „jede Emanzipation und Beteiligung des Volkes verhindert“ (ebd., 264, 268). Dank seiner brauchen alte Analysedefizite auch heute nicht aufgearbeitet werden, und Unstimmigkeiten zwischen eigener Theorie und vorfindbarer Praxis finden eine schnelle Auflösung: Das Volk verdient heute die Unterstützung, nicht - wie früher - die Herrschaftsform, und schon ist die 1989 aus den Fugen geratene Welt wieder geordnet. Nicht mehr das kubanische System, das eigene Konzept bleibt verteidigungswert. Es muß sich allerdings Naivität und Ignoranz vorwerfen lassen: In der neueren entwicklungspolitischen Diskussion wird die Rolle eines funktionsfähigen Zentralstaats als Entwicklungsagentur längst betont und seine Abwesenheit häufig beklagt. Und auch die Transformationsprozesse Osteuropas zeigen, daß nach dem Verschwinden der alten Herrschaftsformen in den betroffenen Ländern weder eine Garantie noch eine Hoffnung auf die gewünschte baldige „Emanzipation und Beteiligung des Volkes“ entsteht. Im Gegenteil: Der Zusammenbruch von Strukturen schwächte viele Gesellschaften so nachhaltig, daß demokratische

Entwicklungen erst den Neuaufbau der verlorengegangenen Funktionsfähigkeit voraussetzen.

Warum sollte Kuba diesen Fehlern nahefeiern? Seine Herrschaftsform ist beides: Ein Teil des Problems und ein Teil seiner Lösung. Der Staatsapparat befindet sich in dem existentiellen Konflikt, zur Realisierung der nötigen Transformationen seine Funktion radikal verändern zu müssen. Einerseits muß er seinen Machteinfluß eigenständig beschneiden, um mehr Autonomie zu gewähren. Andererseits muß er Machteinfluß wahren, um den Umbruch zu regulieren und die sozialen Komponenten zu sichern. Das Dilemma liegt dabei in dem politischen Willen und den widersprüchlichen Interessen, die über diesen Balanceakt entscheiden. Gelingt er nicht, werden die Krisenphänomene so an Schärfe gewinnen, daß eine friedliche Transformation mit der Partizipation aller sozialer Gruppen unmöglich wird.

Die Zukunft Kubas wird vor allem von der Gestaltung des Strukturwandels der Wirtschaft abhängen. Ich versuche im folgenden, die wichtigsten Etappen des kubanischen Umbruchs in ihrer widersprüchlichen Komplexität zu skizzieren und mögliche Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen.

Abbruch und Einbruch

Bevor das kubanische System vor fünf Jahren in seine größte Existenzkrise rutschte, hatte es sich zum Sozialstaat gemausert. Dies verdankte es besonders dem Handel mit den Ostblockländern, durch den die Insel überproportional hohe Einkünfte erzielte. Erst aber die egalitäre Verteilungsphilosophie der Revolution garantierte eine Allokation, die diese

Mittel ausreichend für soziale Sektoren zur Verfügung stellte. Die Vorleistungen für diese Unterstützung hatten allerdings einen hohen Preis: Sie bestanden aus Rohstofflieferungen und verfestigten Kubas Rolle als vom Außenhandel abhängiges Entwicklungsland.¹⁾ Eine Folge dieser falsch verstandenen Form „gerechten Handels“ war die Vernachlässigung der nationalen Agrar- und Konsumgütersektoren. ★

Durch den Zusammenbruch des RGW-Handels verlor Kuba drei Viertel seiner Importe und Absatzmärkte, sowie sämtliche Handels- und Entwicklungskredite. Die katastrophalen Folgen der Außenhandelskrise wurden hinreichend beschrieben.²⁾ Ihre wahre Dimension ist aber durch Zahlen schwer zu erfassen. Die Geschichte kennt kaum eine ökonomische Depression, deren vergleichbares Ausmaß nicht zum Zusammenbruch des betroffenen Regimes geführt hat. Bei der explosiven Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre geht man z.B. „nur“ von Einbrüchen von 30 Prozent aus. Der irreversible Zusammenbruch der Handelsbeziehungen und die Feindseligkeiten der USA, die Kuba mit ihrer offensichtlich imperialistischen Blockade weiter destabilisieren, haben die Entwicklungschancen der Insel auf ein Minimum zusammengestutzt. Zusätzlich muß ein doppelt schweres Erbe bewältigt werden: Die Ressourcenknappheit der Unterentwicklung und die Anpassungsschwierigkeiten des Zentralstaats an die neuen Umstände. Kuba machte sich auf, seine Zukunft im eigenen Land zu suchen.

Von den Trampelpfaden in die Sackgasse

Die Regierung reagierte 1990 mit einem Notstandsprogramm auf die veränderte Lage. Ähnlich einer Kriegswirtschaft mit staatlich kontrollierter Allokation und totaler Güterrationalisierung, handelte es sich dabei weniger um eine politische Strategie. Vielmehr wurde eine Programmatik formuliert, die den jeweiligen Gegebenheiten angeglichen werden konnte: Die sozialen Errungenschaften, die egalitäre Einkommensverteilung, die innere Stabilität und die nationale Souveränität sollten als „sozialistisches Prinzip“ bewahrt wer-

den. Ein einzelnes Segment der Wirtschaft sollte durch marktorientierte Liberalisierungen an die Weltwirtschaft angepaßt werden, um die verlorengegangenen Importe durch eine neue Devisenerwirtschaftung zu substituieren. Die monostrukturelle Binnenwirtschaft, ihr planwirtschaftliches Lenkungssystem und die Sozialsysteme blieben unangetastet. Sie sollten nach erfolgter Weltmarktintegration durch die Umleitung der erzielten Devisen subventioniert werden. Diese Lösung entsprach den hierarchisch verlaufenden Entscheidungsstrukturen und Kontrollfunktionen des Realsozialismus: Sie konnten die Abgrenzung eines (Devisen-) Sektors tolerieren und regulieren, mußten aber eine übergreifende Strategie der horizontalen Vernetzung aus Angst vor Machtverlust und Destabilisierung verneinen. So entschloß man sich, die schon in den siebziger Jahren in Lateinamerika als strukturelle Heterogenität beschriebene und gescheiterte Entwicklungsstrategie der dualen Wirtschaft in Kuba wiederauferstehen zu lassen: Die Transformation eines einzelnen Wirtschaftssegments sollte die ehemalige Funktion der RGW-Subventionen auf einem niedrigeren Niveau ersetzen und so das Überleben des Gesamtsystems garantieren.

Die 1992 durch eine Verfassungsänderung zugunsten ausländischen Privateigentums beschleunigte Deregulierung des Devisensektors ist unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten sogar recht erfolgreich. Durch ein investitionsgünstiges Klima wurden bis Ende 1994 über 160 Joint-Ventures in Kuba angesiedelt, mit denen die dringend benötigten Direktinvestitionen und neue Märkte erschlossen werden sollen. Kontinuierliche Gewinnsteigerungen einzelner Branchen oder die Anzahl ausländischer Firmenvertretungen, die sich in den letzten zwei Jahren verdreifachte, sind weitere Anzeichen dafür. Ein Großteil der Investitionen konzentriert sich bekanntermaßen auf die Tourismusindustrie. Die verfügbaren natürlichen Ressourcen, vor allem aber lukrative Gewinne (von jährlich über 30%) und kurze Amortisationszeiten sorgten hier für einen Boom, die den Tourismus zur zweitgrößten Deviseneinnahmequelle werden ließen. Die sozialen Auswirkungen des entwicklungspolitisch umstritte-

nen Tourismus sind aber auch in Kuba sichtbar: Das egalitäre Wertesystem bröckelt überall dort, wo die miserabel versorgte Bevölkerung täglich mit dem reichhaltigen Angebot des prosperierenden Sektors konfrontiert wird. War schon die wachsende Prostitution Ausdruck dieser Widersprüche, haben die Plünderungen von Touristenanlagen im August letzten Jahres den sozialen Sprengstoff, der dort im Verborgenen liegt, erstmals offen freigelegt.

Nicht erst seit den August-Unruhen wird die Weltmarktöffnung Kubas deshalb mit Bedenken kommentiert. Vom Ausverkauf des Sozialismus ist da meist die Rede. Derartige Kritik greift zu kurz, denn die wachsende soziale Polarisierung der Gesellschaft ist eben nicht nur Ergebnis der Integrationsversuche in den kapitalistischen Weltmarkt, sondern gleichzeitig der Ausdruck des Scheiterns einer unzureichenden Strategie, die aus dem Realsozialismus selbst kam und vollständig seiner eigenen Logik und Funktionsweise entspricht. Sie erlaubt zwar innerhalb der monolithischen Verknüpfung von Politik und Ökonomie kontrollierbare Aufsplittungen, läßt aber eine strukturelle Transformation nur zögerlich und reaktiv zu. So wurden die Leitsektoren der kubanischen Wirtschaft, die Landwirtschaft und die Zuckerindustrie, auch nach Importverlusten von 80 Prozent aller Einsatzfaktoren nicht umstrukturiert. Die zentralisierten Staatsbetriebe arbeiteten schon vor der Krise überwiegend unrentabel. Trotzdem wurde versucht, durch Massenmobilisierungen von Arbeitskräften und durch Subventionen, die in drei Jahren das Staatshaushaltsdefizit verdoppelten, diese sozialistische Produktionsform zu retten. Aber die Nutzung der zu großen Anbaufläche wurde unmöglich und führte zu enormen Produktionseinbrüchen.

Diese Reformunwilligkeit hatte zusammen mit anderen Ursachen fatale Auswirkungen:

1. Die Erträge der *zafra* (Zuckerernte) sanken 1993 um 40 Prozent auf nur 4,2 Millionen, um im letzten Jahr nur noch knapp die 4-Millionen-Tonnen-Grenze zu erreichen. Die überlebenswichtigen Deviseneinnahmen stürzten um ein weiteres Viertel ab, und konnten erst im letzten Jahr aufgefangen werden.

2. Das 1989 mit großem propagandistischem Aufwand eingeleitete *programa alimentario*, das die Hälfte der Lebensmittelimporte durch Eigenproduktion ersetzen wollte, schlug fehl. Da Kuba auf keine landwirtschaftliche Selbstversorgung zurückgreifen konnte, führte dies zu einer traumatischen Versorgungskrise.³⁾ Die Regierung antwortete auf die Güterverknappung mit einem Einfrieren von Preisen und Löhnen. Der entstehende Liquiditätszuwachs schuf einen Geldüberhang, der sich noch Mitte letzten Jahres auf 14 monatliche Durchschnittsgehälter pro Kopf belief. Diese rückgestaute Inflation wurde ausschließlich durch die Notendruckpresse finanziert. Sie nährte eine rasch größer werdende Schattenwirtschaft, den „*mercado negro*“. Bedrohlich wachsend, wurden auf ihm nach offiziellen Schätzungen schließlich 60 Prozent der Warenzirkulation informell abgewickelt. Soziale Gleichheit war hier ausgehebelt, das Wenige wurde nicht mehr gerecht verteilt, sondern war Ergebnis illegaler Aktivitäten. Soziale Gräben öffneten sich und beschleunigten den Differenzierungsprozeß der kubanischen Krisengesellschaft.

Kubas erster Versuch der Anpassung scheiterte. Und dies, obwohl die versprochene Vermeidung jeglichen Sozialabbaus gelang⁴⁾, die wirtschaftliche Katastrophe abgefedert wurde und die politische Stabilität erhalten blieb. Aber ein Sinken der Importkapazität unter die Zwei-Milliarden-US-Dollar-Grenze begann, auch die minimalste Funktionsfähigkeit der Wirtschaft zu gefährden und zwang die Regierung, eine ökonomische Notbremse zu ziehen. Der wegen chronischen Devisenmangels bevorstehende Kollaps konnte durch die spektakuläre Dollarlegalisierung im Spätsommer 1993 nochmals abgewendet werden. Die Abschöpfung illegal zirkulierender Dollars und die Zulassung privater Geldtransfers aus dem Ausland versorgte den Staat mit frischem Kapital.⁵⁾ Als Preis dafür brach die Revolution erstmals mit ihrem Egalitätsprinzip: Das Privileg des Devisenbesitzes hängt seitdem häufig von Familienbanden ab.⁶⁾ Der schon auf dem Schwarzmarkt zerriebene Anspruch der sozialen Gerechtigkeit wurde von der Regierungspolitik offiziell eingeschränkt.

Krise als Chance?

Die neuen Reformen wurden von dem Grundgedanken geleitet, daß die Binnenwirtschaft einen eigenen Entwicklungsbeitrag leisten muß. Dazu waren qualitative Strukturveränderungen nötig: Als erstes wurden im Herbst 1993 insgesamt 117 Berufe aus Dienstleistung und Kleingewerbe privatisiert.⁷) Zeitgleich begann in der Zucker- und Agrarindustrie die größte Landverteilung (80% der Anbaufläche) der Revolution und leitete den überfälligen Wandel in den monostrukturellen Leitsektoren ein. Die staatlichen Agrarbetriebe wurden fast vollständig in überschaubare Einheiten dezentralisiert und unbefristet an nicht-staatliche, selbstverwaltete Kooperativen (UBPC) verpachtet. Produktionsanreize sollen durch die Möglichkeit der Eigenversorgung und eine Verbesserung der individuellen Lebensverhältnisse geschaffen werden. Benötigte Arbeitsmittel sichern Staatskredite, deren Rückzahlungsmodalitäten eine Effizienzkontrolle garantieren. Im Oktober 1994 wurden schließlich auch Teile der staatlichen Monopole auf Vermarktung und Preise durch die Einführung freier Bauernmärkte aufgehoben. Dieses Modell der Sozialisierung staatlichen Eigentums ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt der kollektiven Produktionsweise, sondern auch unter dem der politischen Partizipation von außerordentlicher Bedeutung. Noch müssen im Konflikt zwischen kooperativen und zentralstaatlichen Interessen die neuen Gestaltungsspielräume ausgelotet werden. Aber wenn die Kooperativen ihren anvisierten Beitrag in der Zuckerproduktion und der Lebensmittelversorgung leisten, werden sich ihre Einflußmöglichkeiten entsprechend vergrößern. Ein Produktionsschub im Agrarsektor würde gezielt zur Importsubstitution führen und Devisen freisetzen. Neben einer sicheren Versorgungsbasis hätte das neue Wachstumspotential Signalwirkung. Schon jetzt hat sich nach der Freigabe der neuen Bauernmärkte die Versorgungslage entspannt.

Die Neuordnung des Staates im Frühjahr 1994 legte den Grundstein für weitere Schritte.⁸) Im Mai und August gleichen Jahres wurden im Parlament Reformpakete beschlossen, die in Kuba erstmals Geld- und Fiskalpolitik als Steuerungsinstrumente

einsetzten. Diese Anpassungsprogramme versuchten über Preiserhöhungen, Steuern und Subventionsstreichungen die Geldmenge zu verringern und das Staatshaushaltsdefizit abzubauen. Das Ergebnis war erfolgreich, der Effekt aber zwiespältig: Der kubanische Peso, noch vor kurzem milliardenfach wie Spielgeld zirkulierend, wurde größtenteils abgeschöpft. Die Schattenwirtschaft trocknete aus oder wurde durch die freien Märkte ans Licht gezerrt. Der US-Dollar - lange schon heimliche Leitwährung der Insel - stürzte ins Bodenlose; die Landeswährung erholt sich langsam und die Sanierung der Finanzen soll in diesem Jahr abgeschlossen werden. Aber die versteckte Inflation des Schwarzmarktes wurde dabei durch eine „offene“ Inflation der Marktpreise und Steuerbelastungen ersetzt. Diejenigen, die keine Nebeneinkünfte haben, fühlen sich von Verarmung bedroht. Betroffen sind besonders die Angestellten der staatlichen Gesundheits- und Erziehungssektoren, die Nebenbeschäftigungen nicht ausüben dürfen. Die Sanierungspolitik der Regierung erodiert einen weiteren Grundpfeiler des Systems. Und die Maßnahmen bleiben auch aus anderen Gründen umstritten: Die monetäre Erholung blieb vorerst ohne Produktionsschub. Märkte und Fiskalpolitik sind bisher nur neue Verteilungsformen. Und solange die Rolle des Geldes als passive Verrechnungseinheit nicht umgewandelt wird, wird die Geldpolitik auch in Zukunft keine Impulswirkung haben. Der neue Regierungskurs muß statt dessen auf steigende Ablehnung stoßen, wenn er mit faktischen Reallohnsenkungen die Handlungsspielräume der Bevölkerung weiter einengt und dies nicht mit einer Liberalisierung ökonomischer Gestaltungsmöglichkeiten kompensiert. Aus der stattgefundenen Polarisierung könnte eine explosive Mischung werden.

Allein mit den aktuellen technokratischen Lösungen ist eine ökonomische Erholung und die Vermeidung weiterer sozialer Konflikte also nicht zu erreichen. Das weiß man auch in Cuba, wo der Schrecken über die August-Unruhen und die Massenflucht noch tief sitzt. Neuere Veröffentlichungen scheuen sich nicht mehr, die bisherigen Maßnahmen als unzureichend zu kritisieren. Eine reforma general - eine grundsätzliche Reform wird eingefordert, die den begonne-

nen Strukturwandel intensiviert.⁹)

Solidarität auf den Punkt gebracht

Diesen Prozeß zu unterstützen ist solidarisch, nicht der von Franzbach vorgeschlagene Bezug auf ein unklares Subjekt namens Volk. Reformen, wie sie in Kuba jetzt auf der Tagesordnung stehen, scheiterten in anderen realsozialistischen Staaten. Dort stürzte die krisenbedingte Verschlechterung der Lebensbedingungen die Systeme ins Nichts. In Kuba führte eine noch schärfere ökonomische Krise aber nicht zur Legitimationskrise und deutet auf eine breite soziale und politische Akzeptanz für einen systemkonformen Strukturwandel hin. Damit hat die Regierung die Gelegenheit, die anderswo fehlgeschlagenen Reformversuche unter politisch günstigen Bedingungen zu wagen. In Kuba geht es längst nicht mehr um einen sozialistischen Glorienschein. Die Erhaltung schlichter sozialer Grundrechte und Besitzstände, sowie ein ausgeprägter Nationalismus, sprich Antiimperialismus, sind die Beweggründe, die Regierung und Regierte zusammenschweißen. Der eine kann den anderen nicht aufgeben, ohne alles zu verlieren.¹⁰) So erklärt sich auch die bisher ergebnislose Suche nach dem sozialen Akteur der Reformen, der sie in organisierter Gegenmacht zu den alten Strukturen formuliert und durchsetzt. Das ist kein neues Phänomen. Schon immer war es schwierig, in der Revolution die Kommunikationsformen zwischen Massen, Partei und Staat zu verorten. Es scheint eine Mischung aus Personifizierungen, Nicht-Institutionalisierung, demokratischer Traditionen und eigener Geschichtserfahrung zu geben, die im kubanischen Sozialismus neben Autoritarismus und Repression etwas mehr libertäre Basisdemokratie zugelassen hat.

Die Frage nach Kuba ist also nicht mehr die defensive Frage nach dem „Verteidigungswert“. Sie ist offensiv und lautet: „Was ist entwicklungs-fähig, was ist veränderungsbedürftig?“ Die Regierung hat erkannt, daß ein autozentrierter Entwicklungsweg nicht gangbar ist. In der ideologisierten Diskussion um eine Weltmarktintegration darf es nicht um „Ja“ oder

„Nein“ gehen, sondern um das „Wieviel“. Die Befürchtungen vor dem „Import des Kapitalismus“ durch zuviel Weltmarkt sind begründet, aber unzureichend. Im Vordergrund der Kritik muß die Demokratisierung der nationalen Investitionslenkung von Auslandskapital stehen, nicht die Investition selbst.

Außerdem müssen klare Alternativen zu ausländischen Direktinvestitionen vorgeschlagen werden. Die sind zur Zeit nur als eine veränderte Schuldenpolitik denkbar. Solidarität mit Kuba bedeutet deshalb die Einleitung einer exemplarischen aber nicht exklusiven Entschuldungskampagne. Zusätzlich muß der Strukturwandel in der Binnenwirtschaft unterstützt werden. Es hat sich gezeigt, daß das größte Entwicklungspotential der postsozialistischen Transformationsgesellschaften nicht in der Weltmarktintegration, sondern in der Erschließung der eigenen Binnenmärkte liegt. Hier kann langfristig ein kompensatorisches Korrektiv für die Weltmarktöffnung geschaffen werden, das ganz anderen Entwicklungstendenzen als denen des Kapitalismus folgt. Eine Entkoppelung der politischen Entscheidungsstrukturen von der ökonomischen Verfügungsgewalt bei einer gleichzeitigen Demokratisierung und Dezentralisierung beider Sphären ist gefragt. Die Landwirtschaftskooperativen sind der erste Schritt in diese Richtung. Soziale Erregenschaften und egalitäre Grundversorgung könnten auch bei zunehmenden Einkommensverteilungen erhalten bleiben, da eine primär kollektive Organisation der Eigentumsverhältnisse die Wahrung sozialer Interessen gewährleistet und verhindern kann, daß ökonomische Verfügungsgewalt in Politische umschlägt, wie wir es im Kapitalismus erleben. Ob sich ein reformiertes Kuba weiter sozialistisch nennen wird, sollte uns nicht kümmern. Das kann der berühmt-berüchtigt scharfe Witz der Kubaner am besten entscheiden. Sollte es Kuba gelingen, wirtschaftliche Effizienz mit sozialer Gerechtigkeit und kollektive Eigentumsverhältnisse mit politischer Mitbestimmung zu verknüpfen, würde es allen Strukturelementen des unterentwickelten Kapitalismus widersprechen. Die kubanische Monatszeitschrift *Bohemia* hat in ihrer letzten Oktoberausgabe so ein Kuba skizziert: „In dem Kraftakt

des Überleben entwickelt sich Kuba immer stärker zu einem dezentralisierten Wirtschaftsmodell mit einer aktiven Teilnahme verschiedener Eigentumsformen: Staatliches Eigentum, Gemischtes, Privates, Kooperatives, Persönliches. Das Modell einer Mischwirtschaft, wo die Zentralisierung ebenfalls nötig sein wird, um die Errungenschaften des Sozialismus, wie das Gesundheits- und das Bildungssystem, sowie die soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu bewahren und um eine kohärente, umfassende Entwicklungsstrategie zu sichern.“

Anmerkungen:

- 1) Noch 1989 exportiert Kuba zu 90% nur Rohstoffe, bei einem Zuckeranteil von 75%. 2/3 der Importe konzentrierten sich auf Brennstoffe (32%), Industriegüter (32%) und Lebensmittel (12%).
- 2) Die Importe fielen von 8,1 Mrd. US-Dollar 1989 auf rund 1,7 Mrd. im letzten Jahr. Bis Ende 1993 ist die industrielle Produktion um 80%, die Zuckerproduktion um 55% gesunken.
- 3) Die Insel produzierte 1989 nur 40% der benötigten Lebensmittel selbst, wichtige Komponenten der Volksernährung wurden durch Importe abgedeckt (50% der Kalorien, 57% der Proteine).
- 4) Hier wurde eine Großtat geleistet: Anerkannte Indikatoren belegen, daß die Gesundheitsversorgung, das Bildungssystem, sowie die Sozialversicherungen trotz Mängeln noch funktionieren. Eine Studie der UNICEF bescheinigte Kuba 1993 die höchste Lebensqualität Lateinamerikas!
- 5) Die Freigabe des Dollarbesitzes, die für viele den Wendepunkt darstellt, der auch in Kuba die Abkehr vom Sozialismus kennzeichnet und die Eskalationen vom letzten Herbst plausibel macht, war zu ihrem Zeitpunkt alternativlos. Hier wurde keine Maßnahme ausgewählt, sondern ein Überlebensmechanismus eingeschaltet.
- 6) Diese Differenzierung hat brisanten Charakter: Funktionsträger der Revolution (z.B. aus Partei, Militär, Sicherheitsapparat), die aufgrund politischer Bedingungen alle Verbindungen zum Ausland abbrechen, und die ehemals schwarze Unterschicht, aus der nur wenige emigrierten, weil die Revolution ihnen bessere Lebensbedingungen ermöglichte, haben kaum Kontakte zum Ausland. Der Beschluß diskriminiert zwei besonders regimetreue Gruppen.
- 7) Der Beschäftigungsanteil der Privatwirtschaft hat sich in einem Jahr mehr als verdreifacht. Dieses Entwicklungspotential einer gezielten Deregulierung könnte Vorläufer einer kleinindustriellen Gewerbefreiheit werden.
- 8) Am 22.4.1994 verabschiedete die Regierung ein Gesetzesdekret über die Reorga-

nisation der zentralen Staatsorgane, das eine Dezentralisierung des Staatsapparates einleitete. Von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet, wurden dabei auch die Institutionen für eine neue Wirtschaftspolitik geschaffen. Vgl. Granma, 22.4.94.

9) „Die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Wirtschaftsreform in der kubanischen Wirtschaft, die offene und dynamische Binnenmärkte einschließt, scheint bei der eigenen ökonomischen Entwicklung des Landes unter den neuen Bedingungen eine kohärente Notwendigkeit zu erhalten. D.h. ein grundsätzlicher Strukturwandel darf nicht als eine bloße Ausdehnung der ökonomischen Öffnung nach außen verstanden werden. Tatsächlich sind dies zwei unterschiedliche, wenn auch miteinander verknüpfte Prozesse.“ (Monreal/Rua, *Apertura y reforma de la economía cubana: las transformaciones institucionales*, in: Cuadernos de Nuestra America, Havanna, 1994, 176 f.)

10) Ein postrevolutionäres Kuba wäre vom Ende der nationalen Souveränität, der inneren Stabilität und einer Marginalisierung und Pauperisierung großer Bevölkerungsteile bei stagnierender Entwicklung gekennzeichnet, wie wir sie heute in Lateinamerika und besonders in der Karibik beobachten müssen.

Der Beitrag von H.J. Burchardt wurde zuerst veröffentlicht in DAS ARGUMENT 208/1995, sowie mit einigen Änderungen im Kassiber, Mai 95.

H.J. Burchardt hat zum Thema des obigen Artikels auch einen Vortrag ausgearbeitet, den er auf Anfrage vor Soligruppen und Interessierten gerne halten wird - „Die Zukunft Cubas: Mehr als eine Vision.“

Ergänzend dazu wird eine kommentierte Fotoausstellung mit ca. 70 Bildern angeboten.
Infos: H.J. Burchardt,
Heinkenstr. 3-5,
28195 Bremen, Tel. 0421-171772.

Film für Frauen/Lesben:

„Sagt den Frauen, daß wir weiterkämpfen!“

Frauenbefreiung und Sozialismus
eine noch immer aktuelle Auseinandersetzung
Cuba 1992 (Filmfertigstellung BRD 1994)

Als feministische, antiimperialistische Frauen/Lesbengruppe sind wir 1992 nach Cuba gereist. Cuba ist eines der wenigen Länder, die auch heute noch an sozialistischen Prinzipien festhalten.

Wir denken, daß der Sozialismus ein wichtiger Ansatz zur Befreiung der Völker von kolonialistischer Abhängigkeit, kapitalistischer und imperialistischer Ausbeutung war.

In Cuba wurden und werden - soweit das jetzt noch geht - alle mit dem Notwendigsten versorgt, die Lebensmittel an ausnahmslos alle gleich verteilt, Alle haben gleichberechtigt Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung. Kapitalistisches Privateigentum wurde abgeschafft, Arbeit wurde nicht mehr zum Profit einzelner Großgrund- und Fabrikbesitzer getan, sondern für die Organisierung einer kollektiv ausgerichteten Gesellschaft.

Durch die Zerstörung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder kann Cuba isoliert in der im-

perialistischen Weltwirtschaftsordnung seine sozialistischen Prinzipien nicht mehr vollständig aufrechterhalten.

Hinzu kommt, daß durch die aggressive Wirtschaftsblockade der USA Cuba systematisch ausgehungert wird und dadurch die Überzeugung der Cubanerinnen und Cubaner für das sozialistische System gebrochen werden soll.

Nach wie vor kämpfen Frauen und Männer in Befreiungsbewegungen in vielen Ländern für sozialistische Ziele, wenn auch inzwischen viel Kritik an bisherigen Grundsätzen des Sozialismus miteinbezogen wird.

Wir denken auch, aus unserer feministischen Position heraus, daß schon die Theorie des Sozialismus entscheidende Ansätze zu einer grundlegenden Befreiung von patriarchaler und rassistischer Herrschaft zum Beispiel nicht beinhaltet.

Die Praxis hat auch in Cuba gezeigt, daß durch das sozialistische Prinzip der Gleichstellung alleine, die tiefsit-

zenden patriarchalen und rassistischen Strukturen nicht beseitigt wurden.

Unser Anliegen ist es, die Widersprüche, die sich für uns daraus ergeben, durch den Film darzustellen: einerseits die Errungenschaften der Revolution, andererseits die Fehler und Grenzen des Sozialismus. ★

Der Film solle eine Grundlage für die Diskussion unter Frauen/Lesben sein; nicht nur darüber, inwieweit für uns Ansätze des Sozialismus noch als Befreiungsmodell gelten können, sondern auch über unsere feministische, internationalistische Politik und unser Solidaritätsverständnis zu Frauen, die in Befreiungsbewegungen, in autonomen Organisationen oder in Cuba auch für sozialistische Ziele kämpfen.

Wenn Ihr mit dem Film Veranstaltungen machen wollt, können Frauen von uns auch gerne für die Diskussion dazukommen. Der Film soll nur an Frauen/Lesbengruppen verliehen werden.

Es gibt den Film auf SVHS in besserer Qualität und auf VHS mit etwas schlechterer Tonqualität.

Er ist auszuleihen über:

Frauenhaus Gießen,
Liebigstr. 13,
35390 Gießen,
Tel.+Fax: 0641-73343.

„Septeto Nacional“

Die bekannte cubanische Gruppe „Septeto Nacional“ kommt Ende August in die Bundesrepublik. Sie treten auch auf dem UZ Pressefest in Dortmund vom 1. bis 3. September auf. Es besteht noch die Möglichkeit, sie für Auftritte zu engagieren zwischen dem 24. und 31.8., sowie zwischen 4. und 8. September.

Feste Konditionen:

1. Übernahme aller Reisekosten von und zu dem Veranstaltungsort.

2. Übernahme aller Verpflegungs- und Unterbringungskosten in der Zeit.
3. Ein Anteil an den Gesamtflugkosten.

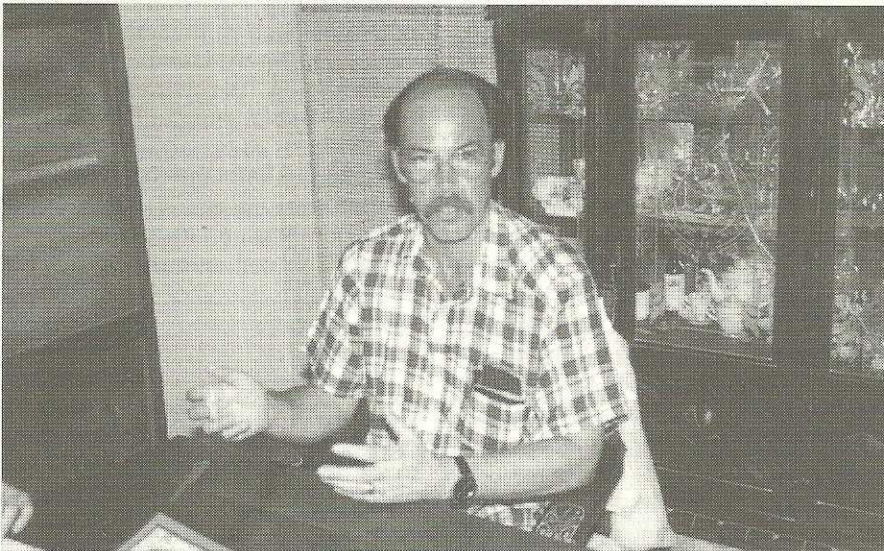
Weitere Informationen und Koordination über:

DKP-Parteivorstand,
Hoffnungstr. 18,
45127 Essen,
Tel.0201-22 51 48/49.

Kulturarbeit in der „Periodo especial“

Zwischen Kunst und Kommerz

Das Kulturinstitut Casa del Caribe in Santiago de Cuba gehört international zu den renommiertesten Zentren der Karibik-Forschung. Seit knapp zwei Jahren besteht zudem eine Partnerschaft mit dem Kölner Kulturhaus Lateinamerika. Die Arbeit von Casa del Caribe, sowie Kunst und Kultur in der gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Situation in Cuba waren Thema eines Gespräches mit Rafael Duharte, Direktor von Casa del Caribe.



Rafael Duarte, Direktor der Casa del Caribe, Santiago de Cuba: „Im Gegensatz zu den ehemaligen sozialistischen Ländern in Europa können sich Künstler auch kritisch mit gesellschaftlichen Tendenzen auseinandersetzen. Sie greifen Themen wie Tourismus, Korruption und Prostitution auf und liefern damit einen Diskussionsbeitrag.“

▼ Frage: Rafael Duharte, welche Rolle spielt die Casa del Caribe innerhalb der cubanischen Kultur?

▲ Duharte: Da Cuba lange Zeit eine spanische Kolonie gewesen ist, bestehen noch heute vergleichsweise enge Bindungen zu Spanien. Die Folge ist, daß man hier viel über die spanische Geschichte, aber beispielsweise kaum etwas über die Nachbarinsel Jamaica weiß. Mit der Gründung der Casa del Caribe vor 12 Jahren wurde diese Tradition gebrochen: Innerhalb unserer Forschungsprojekte widmen wir uns ganz dem karibischen Raum. Dabei handelt es sich um Themen wie Sklaverei, Religionen und religiöse

Riten oder auch andere karibische Länder.

▼ Aber Forschung ist nicht der einzige Aufgabenbereich der Casa del Caribe.

▲ Stimmt. Die Behörden in Havanna wollten, daß wir auch die karibische Kultur aktiv fördern. Unser wichtigstes Instrument dabei ist das jährliche mehrtägige Festival der karibischen Kultur, das von uns in Santiago de Cuba organisiert wird. Dabei steht jedesmal ein Land oder eine Ländergruppe der Karibik im Mittelpunkt. Vom 5. bis 9. Juli 1995 sind es die englischsprachigen Länder der Karibik. Unter an-

derem werden dazu Tanz- und Musikgruppen aus allen karibischen Ländern erwartet. Das Festival richtet sich aber auch gezielt an Cubaner, deren Vorfahren beispielsweise aus Haiti, Jamaica oder den Cayman-Inseln eingewandert sind. Diesen Gruppen soll damit signalisiert werden, daß auch sie eine Bereicherung der cubanischen Kultur sind.

Kampf gegen Kommerzialisierung

▼ Das Festival der karibischen Kultur ist also keine kommerzielle Veranstaltung für Touristen?

▲ Das Festival ist ein internationales Folklore-Fest. Allerdings wurden aus verständlichen wirtschaftlichen Gründen Konzessionen an den Tourismus gemacht, zum Beispiel bei der Festsetzung des Datums. Klar freuen wir uns über ausländische Gäste, die sich für die karibische Kultur interessieren. Wir wollen aber keine Inszenierung von Kultur für Touristen. Die Gefahr einer solchen Entwicklung besteht allerdings.

▼ Trotz der Wirtschaftskrise wirkt das kulturelle Leben in Santiago de Cuba auf den ersten Blick recht lebendig. Was sind die Gründe für diese Vielfalt?

▲ Vielfalt ist relativ. Das kulturelle Leben war in den 80er Jahren vielleicht zehnmal so groß. Auch die Qualität der internationalen Präsenz anlässlich von Veranstaltungen in Santiago de Cuba ist geringer geworden. Tatsache ist, daß die ökonomischen Schwierigkeiten auch das kulturelle Leben lähmen. Das liegt auch daran, daß fast jeder Künstler tagtäglich viel Zeit für die Lösung seiner Alltagsprobleme aufwenden muß. Die Folge ist in manchen Fällen eine Kommerzialisierung der Kultur. Man produziert und kopiert mitunter möglichst rasch das, was gut verkäuflich ist. Qualität tritt dabei in den Hintergrund.

▼ Cuba ist die Insel, die zum einen seit gut 50 Jahren unter der Wirtschaftsblockade der USA leidet und zum anderen noch immer an einer sozialistischen Verfassung festhält. Kann Kunst in einer solchen Situation überhaupt unpolitisch bleiben?

▲ Die Politisierung der Kultur in Cuba nimmt ab, ohne daß dies Anlaß für Konflikte ist. Diese Entwicklung hängt auch damit zusammen, daß sich der Staat aufgrund der gegenwärtigen Schwierigkeiten verstärkt auf seine Kernaufgaben, wie zum Beispiel auf das Finanzwesen konzentriert.

▼ Welche anderen Tendenzen lassen sich beobachten?

▲ Der Sieg der Revolution vor 36 Jahren stimulierte zunächst die Arbeit im Kollektiv. Heute nimmt der Individualismus zu. Die Werte ändern sich, der persönliche Erfolg gewinnt an Bedeutung. Es gibt aber auch Kräfte, die sich gegen die negativen Auswirkungen dieser Entsolidarisierung wenden. Positiv ist, daß Maler, Bildhauer, Musiker und Drehbuchautoren auch Themen wie Tourismus, Korruption und Prostitution in ihrer Arbeit aufgreifen und damit einen Diskussionsbeitrag liefern.

▼ Gibt es denn keinen offiziellen politischen Auftrag für Kunst und Kultur in Cuba?

▲ Es gibt natürlich auch „offizielle Kultur“. Aber andere Kultur oder Kunst ist eben auch erlaubt. Künstler können sich auch kritisch mit der gesellschaftlichen Situation in Cuba auseinandersetzen. Das ist einer der wesentlichen Unterschiede zu den ehemaligen europäischen Ostblockländern.

Ausländische Partner gesucht

▼ Zurück zur Casa del Caribe: Inwiefern beeinträchtigen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Arbeit dieses Kulturhauses?

▲ Erheblich beeinträchtigt sind beispielsweise unsere Forschungsarbeiten. Es gibt kaum Geld für Benzin oder Transportmöglichkeiten. Daher ist Feldforschung vor Ort kaum noch möglich. Auch unser Kurs- und Seminarprogramm ist minimiert. Die Veröffentlichung der Resultate unserer Arbeit in unserer hauseigenen Zeitschrift war zuletzt nur dank ausländischer Unterstützung möglich. Immer-

hin kostet allein der Druck der Zeitschrift rund 3.000 US-Dollar.

▼ Gibt es einen Ausweg aus dieser Situation?

▲ Wir suchen neue Kontakte, vor allem in Europa. Wir haben die Chance, aber auch die Notwendigkeit, uns zu öffnen. Es gibt auch Kontakte zu einem Unterstützerkreis in den USA. Diese Personen wollten uns bei einem Aufenthalt in Santiago de Cuba eine komplette Büro-Infrastruktur zur Verfügung stellen. Die Behörden der USA untersagten dies jedoch mit der Androhung, andernfalls bei der Rückreise die Einreise zu Verweigern.

Das Interview führte Bruno Reiferscheid.

Kölner CubafreundInnen unterstützen Kulturarbeit in Santiago de Cuba

Die Kölner Gruppe „Amistad Santiago de Cuba & Colonia“, eine Initiative zur Förderung einer Partnerschaft zwischen Santiago de Cuba und Köln, will ihre Hilfsmaßnahmen für die „Casa del Caribe“, ein Kulturinstitut in Santiago, im Jahr 1995 weiter verstärken. Dies ist das Ergebnis mehrtägiger Gespräche einer Kölner Delegation mit den PartnerInnen in Santiago de Cuba.

Bei dieser Gelegenheit wurden Sachspenden und Bargeld im Wert von rund 2.000 DM an die Leitung der Casa del Caribe übergeben. Ermöglicht wurde diese Unterstützung durch Einnahmen aus einem Benefizkonzert im vergangenen Dezember im Kölner Kunsthaus Rhenania. Neben ähnlichen Aktivitäten plant die Kölner Gruppe zur Zeit eine Sonderreise für alle Interessierten zum diesjährigen Festival der Karibik, vom 3. bis 9. Juli in Santiago de Cuba. Speziell für die deutsche Gruppe wird die „Casa del Caribe“ dann einen mehrtägigen Workshop organisieren. Themen: Musik, Tanz und Historie der Stadt.

Die TeilnehmerInnen unterstützen mit ihrem finanziellen Obulus die Arbeit der „Casa del Caribe“. Wir wollen ermöglichen, daß die cubanischen PartnerInnen durch ihre eigene Arbeit Devisen verdienen können und nicht auf Almosen angewiesen sind“, argumentiert ein Sprecher der Gruppe.

Das Kölner Kulturhaus Lateinamerika beteiligte sich ebenfalls an den Gesprächen mit Rafael Duharte, dem Direktor der „Casa del Caribe“, in Cuba und gab die Durchführung mehrerer Seminare in Köln und anderen Städten bekannt. Beide Kulturhäuser sind seit mehr als zwei Jahren offizielle Partnerinstitute. Die Gruppe „Amistad Santiago de Cuba & Colonia“ begrüßt und unterstützt diese Partnerschaft als Beginn einer engeren Zusammenarbeit beider Städte auch auf anderen Ebenen.

(Ansprechpartner: Bruno Reiferscheid, Eifelstr. 35, 50677 Köln, Tel. 0221-319337.)



Partnerschaft Köln - Santiago de Cuba wird ausgebaut!

Aber: Unterstützerguppe sucht weitere Mitsstreiter

Wir, die Kölner Gruppe „Amistad Santiago de Cuba y Colonia“, haben es uns zur Aufgabe gesetzt, eine Partnerschaft zwischen Köln und Santiago de Cuba zu fördern. Erster Ansatzpunkt unserer Arbeit ist die materielle Unterstützung der Casa del Caribe, einem Kulturinstitut in Santiago de

Wer wir sind:

Kuba ist nachwievor ein Symbol für eine gerechtere Gesellschaft in Ländern der sogenannten Dritten Welt, trotz des

Ernesto „Che“ Guevara, das bolivianische Tagebuch

Man muß die soziale Utopie neu denken

Der Film geht auf den Spuren von Che Guevara nach Bolivien, stellt auf dokumentarische Weise die Ereignisse von 1966 - 67 dar, indem er das Tagebuch des Che liest, diesem von seiner Ankunft in La Paz an bis in den Dschungel des Nacahuazu-Flusses Schritt für Schritt folgt. Erzählt werden die Landschaften der Guerilla und die Kämpfe mit der bolivianischen Armee, Bauern und Soldaten schildern als Augenzeugen ihre Eindrücke. Der Film rekonstruiert vor allem die letzten 20 Tage des Che und seiner Männer, die Einkesselung im Yuro-Tal durch die bolivianische Armee und seine Ermordung in der Dorfschule von Higuera.

Robert Diedrich.

▼ **Diedrich:** Sie sehen sich selbst als einen Erinnerungsarbeiter. War es schwierig, beim Verfilmen des Tagebuches, eine Erzählform zu finden, die für Sie geeignet erschien, an Che Guevara zu erinnern?

▲ **Dindo:** Ich mache seit 25 Jahren Filme, habe eine bestimmte Vision vom Dokumentarfilm, fast eine Philosophie. Der Film war relativ einfach zu machen, weil die Wahl des Gegenstandes, und die Art und Weise, wie ich an den Gegenstand heranging, durch meine Art Philosophie und die nötige Filmerfahrung zustande kam. Insofern war es für mich sehr leicht, sehr evident, aber ob das Projekt glücklich ist, das muß der Zuschauer beurteilen.

▼ **Hatten Sie diesen Film schon länger geplant?**

▲ Ja, ich hatte schon lange daran gedacht. Ich habe schon in der 68er Zeit an dieses Projekt gedacht, realisierte aber andere, die ich vordringlicher fand. Ich arbeite immer an mehreren Projekten gleichzeitig und überlege dann, welchen Film mache

ich als nächsten. Das ist eine Frage der Intuition, des Gefühls, auch meiner existentiellen Situation, auch der objektiven Aktualität. Ich hatte den Eindruck, jetzt nach dem Tod des Sozialismus ist eine Figur wie Che Guevara wieder aktuell. Das heißt, ich glaube, daß man die soziale Utopie neu denken muß. Und da kann ein Mann wie Che Guevara dabei helfen. Ich glaube Che Guevara ist einer der wenigen Leute in der Geschichte des Sozialismus, der seine Hände nicht beschmutzt hat und der dem Ideal der sozialen Revolution wirklich treu geblieben ist. An seinem Beispiel kann man sich zurückbesinnen, wofür die Linke ursprünglich einmal stand und woran sie gescheitert ist.

▼ **Wurden die Dreharbeiten in Bolivien von den zuständigen Behörden ohne Konflikte bewilligt?**

▲ Wir hatten zwar eine Bewilligung, die hatte aber nicht viel genützt. Wir wurden während der Dreharbeiten von der Armee verhaftet, die wissen wollte, was wir da tun, aber im großen und ganzen ist das problemlos abgelaufen. Der Che ist heute eine Figur, die in Bolivien allgemein akzeptiert ist. Er wird natürlich von den Linken, von den fortschrittlichen Leuten verehrt, ist aber auch bis in bürgerliche Kreise hinein und in der Armee sehr geachtet. Die Armee-Leute haben großen Respekt vor ihm, vor seinem Mut und dem Mut seiner Männer damals.

▼ **Wie bekamen Sie Kontakt zu den Soldaten, zu den Bauern, denen Che Guevara begegnet ist, wie zur Dorfschullehrerin von Higuera, die Guevaras letzte Stunden miterlebt hat?**

▲ Es war einfach, einige Leute fand ich am Drehort, die auch sofort bereit waren, vor der Kamera zu reden. Von der Lehrerin wußte ich den Namen, ich besuchte sie, sie lebt jetzt in Valle Grande, unweit von Higuera, dort wo der Che tot aufgebahrt war. Ich mußte lange mit ihr reden, um sie für ein Interview zu gewinnen. Heute ist ja Bolivien etwas, was man eine Demokratie nennt. Es gibt freie Wahlen, die man auch gewinnen kann, wenn man Millionen besitzt. Und das impliziert natürlich, die Leute haben jetzt weniger Angst zu reden als noch vor einigen Jahren, das heißt mein Film wäre vor 5 oder 6 Jahren wahrscheinlich noch nicht möglich gewesen.

Der Film von Richard Dindo soll ab September auch in der BRD gezeigt werden.

*Robert Diedrich sprach mit dem Regisseur;
Richard Dindo.*

Termine + Termine + Termine + Termine + Termine

Berlin: Start 20.7. '95, FSK-Kino, Segnitzdamm 2,
10969 Berlin, Tel.: 030- 61 42 262

Hamburg: 17.- 23.8. Kino 3001, Schanzenstraße 75-77,
20357 Hamburg, Tel.: 040-437 679

Begegnung mit Cuba

Initiative der FG-Gruppe Konstanz/Region Bodensee

Foto: B. Mahl, Caridad im Malcantone, in der ital. Schweiz



Auf Einladung der Konstanzer FG-Gruppe, die für die Bodensee-Region zuständig ist, kam unsere Freundin Caridad Miranda Martinez, die Direktorin der „Bohemia“, zu uns, im Anschluß an ihre Vorstellung der internationalen Ausgabe der Zeitschrift in Spanien. Monika und Bill Mahl begrüßten die profilierte Journalistin am Flughafen Köln-Bonn. In Köln nahm Caridad die Gelegenheit wahr, an der vor dem Dom aufgebauten „Klagemauer“ neben den Worten von Ernesto Cardenal ihre Wünsche nach Frieden und Beendigung der US-Blockade zu manifestieren. In Bonn galt ihr Besuch dem Neubau des Bundestages und dem neuen Museum der Geschichte. Nach einer Fahrt durch das Rheinland erfolgte in Straßburg unter Führung dortiger Freunde ein Besuch der europäischen Institutionen.

Der nachfolgende Bodenseeaufenthalt wurde zu einem Höhepunkt für die Bodensee-Freundschaftsgruppe. Im „Venezia“ in Meersburg läuft derzeit eine zweimonatige Fotoausstellung mit Aufnahmen aus Cuba von Bill Mahl, ergänzt durch neueste Fotos cubanischer Pressereporter, unter dem Titel „Begegnung mit Cuba“. Bei der Vernissage gab es intensive und interessante Diskussionen mit Caridad; die i.A. einigermaßen korrekte Berichterstattung wurde in gewohnter Weise mit einem Negativkommentar des „Südkuriers“ ergänzt.

Vorausgegangen war ein Empfang durch Bürgermeister Rudolf Landwehr, Meersburg, der als Präsident des Internationalen Bodensee-Verkehrsverbandes über die Struktur des Fremdenverkehrs am Bodensee berichtete, speziell mit Details, die auch für Cuba interessant sind. Bei einem

Besuch des Deutschen Zeitungsmuseums in Meersburg überraschte Dr. Welke mit seinen Exponaten und interessanten Ausführungen. Ein „freier Tag“ gab die Gelegenheit zum Besuch von Konstanz, der Insel Reichenau, von Stein am Rhein und dem Wasserfall von Schaffhausen. ★

In München kam es im Preysingarten zur Begegnung und zum herzlichen Wiedersehen mit einigen Mitgliedern des Bundesvorstandes und der Münchner Regionalgruppe der Freundschaftsgesellschaft, mit denen speziell die weitere solidarisch Zusammenarbeit und Unterstützung der „BOHEMIA“ besprochen wurde, insbesondere was die Verbreitung der neu erschienenen internationalen Ausgabe anbelangt.

Die Europatour zusammen mit Caridad fand ihre Fortsetzung mit einer Fahrt durch Österreich nach Italien und einem erlebnisreichen Kurzaufenthalt in Venedig. Beim anschließenden Tessin-Aufenthalt galt der Besuch den dort laufenden cubanischen Filmwochen. In Lugano traf Caridad mit den derzeit dort tätigen Mitarbeiterinnen des cubanischen Filminstituts zusammen.

Schönster Abschluß der Reise war der Besuch eines Cuba-Festes der IG-Metall in Friedrichshafen, zu dem sich eine Vielzahl von Cuba-Freunden eingefunden hatten, die vor allem für Projekte in Holguin besonders aktiv sind. Dabei kam es auch zu einem Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Norbert Zeller, SPD, der das Fest zusammen mit dem Friedrichshafener „comandante“ Gottfried Heil organisiert hatte.

Der Besuch von Caridad Miranda war ein wesentlicher Beitrag für den Ausbau der Freundschaft mit Cuba und gab Ansporn für noch mehr hilfreiche Solidarität.

Sí por Cuba! - Bill Mahl

Bohemia im Abo

Die internationale Ausgabe der Bohemia kann in kürze über die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba abonniert werden! (In spanischer Sprache.) Der Inhalt wird original aus der nationalen Ausgabe, die 14tägig erscheint, entnommen und in Cuba als internationale Monatsausgabe herausgegeben. Deren Finanzierung erfolgt über darin enthaltene Anzeigen und mit den erwarteten

Einnahmen soll zusätzlich die cubanische Ausgabe finanziell unterstützt werden. Abo-Vormerkungen bei der Geschäftsstelle der FG, Tel. 0221-2405120.

Einige Artikel aus der reichhaltigen 50seitigen Mai-Ausgabe: Ökonomie: Sin prisa, pero sin pausa. Jugend: Dilemas ante un fin de siglo. Geschichte: Martí en las sucesivas generaciones.

Bitte beachtet, daß wir die Bohemia auch weiterhin durch Spenden unterstützen!

Spendenkonto: BfG Bonn, Konto: 1.202.999.900, BLZ 580.101.11 Stichwort BOHEMIA.

Von der nächsten Ausgabe der Cuba Libre an, wird ein regelmäßig erscheinendes „Spendenbarometer“ über die Höhe dieser und anderer eingegangener Spenden informieren.

Erstes „Centro Felix Varela“ in Deutschland ★ gegründet

Nach Kuba, Bolivien und Belgien wurde im Februar 1995 in Rüsselsheim das weltweit vierte Felix Varela-Zentrum gegründet. Nachdem sich anlässlich der bundesweiten Solidaritätskarawane im letzten Jahr eine Gruppe von Leuten zusammengetan hatte, um die Aktion aktiv zu unterstützen, beschlossen wir, unsere Arbeit auch weiterhin mit konkreten Projekten fortzusetzen und unserem Verein den Namen „Centro Felix Varela“ zu geben. Der Name der Organisation geht zurück auf den kubanischen Priester Felix Varela, der im Unabhängigkeitskampf von 1868 eine große Rolle gespielt hatte und in die kubanischen Geschichtsbücher einging, als der, „der uns lehrte, mit eigenem Kopf zu denken“ (pensar como Cubanos).

Ein Arzt in La Higuera

Als im Jahre 1990 Juan Antonio Blanco Gil und Carlos Tablada Perez, Vorstandsmitglieder des Centro Felix Varela in Kuba, nach La Higuera reisten, das kleine Dorf in den bolivianischen Bergen, in dem Che Guevara 1967 ermordet wurde, waren sie entsetzt über die erbärmlichen Zustände, die sie dort vorfanden und gleichzeitig fasziniert, in welcher Weise die Dorfbewohner das Bild Che Guevara's verehrten. Sie versprachen den Menschen, sich in Kuba dafür einzusetzen, daß La Higuera einen Familienarzt nach kubanischem Vorbild bekommt und im April 1992 konnte das Projekt realisiert werden. Mit Unterstützung der Universität San Andrés (in La Paz) und des Verbandes bolivianischer Landarbeiter, machte sich

Carlos Medina auf die Reise nach La Higuera, um seine Tätigkeit als Familienarzt aufzunehmen. Auf Wunsch der Campesinos von La Higuera, die laut Carlos Medina seine Ankunft für ein Wunder hielten, da sie nicht einmal wußten, „daß das Wort Arzt auf spanisch existiert“, wurde die Praxis in der alten Schule eingerichtet, in der seinerzeit Che Guevara für immer zum Schweigen gebracht werden sollte. Doch für die Menschen in La Higuera ist Che Guevara seit der Ankunft Carlos Medina's lebendiger denn je. Mittlerweile konnte ein kleines Motorrad angeschafft werden, so daß auch die umliegenden Dörfer nun medizinisch betreut werden.

„Das Wichtigste, zumindest für mich als Arzt“, sagt Carlos Medina, „ist die moralische Verpflichtung für und mit dem Che. Die Campesinos sollen das Gefühl haben, daß Che

weiterarbeitet, durch die Präsenz eines Arztes und darüberhinaus möchte ich die Schule dazu nutzen, mit Ihnen über ihre Probleme zu sprechen, ihnen eine Perspektive aufzuzeigen. Ich habe beschlossen, hier zu bleiben und mein Bestes zu geben, in Erinnerung an den Mann, den wir alle kennen und nie vergessen werden.“

Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation in Kuba, gingen jedoch im September letzten Jahres die Gelder aus. Der Arzt konnte mehrere Monate nicht bezahlt werden, arbeitete dennoch weiter, aber das Projekt war in Gefahr. Wir haben nun, auf Wunsch unserer kubanischen Freunde beschlossen, dieses Projekt nicht sterben zu lassen, sondern von hier aus zu finanzieren. Durch zahlreiche kulturelle und informative Veranstaltungen, Spendenaktionen und die Kreativität unserer Mitglieder konnten wir bisher jeden Monat die DM 700,— aufbringen, die benötigt werden, um den „plan minimo“ zu erfüllen. Mit einer großen „Fiesta Cubana“ konnten wir sogar die rückständigen Beträge aufbringen und direkt nach Bolivien überweisen. Hierbei unterstützte uns solidarisch die kubanische Gruppe „Sonoc de las Tunas“, die die Hälfte ihrer Gage für den Familienarzt spendete.

La Higuera am 25. Todestag von Che Guevara

Im Oktober 1993 besuchte Simon Ramirez, Mitglied des Centro Felix Varela in Rüsselsheim, La Higuera und berichtete uns vom Geschehen vor Ort. Von Carlos Medina's unermüdlichem Einsatz, von den Aktivitäten des Centro Felix Varela in La Higuera, die mittlerweile ein Frauenzentrum und ein Drogenberatungszentrum aufgebaut haben, vom Leben der Menschen, etc.

In der Nacht zum 9. Oktober mußte er erleben, wie das bolivianische Militär in La Higuera einfiel, und die Statue Che Guevara's auf dem sternförmigen Platz im Zentrum zerstörte. An die gleiche Stelle setzten sie stattdessen eine Gedenktafel für die Soldaten, die im Kampf gegen die Rebellen ihr Leben lassen mußten. Als die Militärs wieder abgezogen waren, war es bereits Abend und das ganze Dorf kam zusammen, um über Nacht aus Lehm, Erde, Draht und was sonst noch zu

finden war, eine neue Büste zu errichten, die am Morgen des 9. Oktobers feierlich enthüllt wurde.

Weitere Projekte und Aktivitäten der Felix Varela - Gruppe in Rüsselsheim

Mit Unterstützung der Lateinamerika-Initiative in Karlsruhe sammeln wir im Rhein-Main-Gebiet, bisher sehr erfolgreich, Fahrräder für die UJC, und versuchen gleichzeitig über diese Schiene Informationsarbeit über Kuba zu leisten.

Wir haben außerdem geplant, in einiger Zeit ein Projekt mit Santa Clara zu starten, jedoch erst wenn die Finanzierung des Familienarztes in La Higuera gesichert ist. Zu diesem Zweck suchen wir auch Ärzte als „Praxispartner“, nicht zuletzt um das kubanische Gesundheitsmodell zu propagieren.

Weiterhin geht es uns um die Information und den kontinuierlichen Austausch mit den anderen Felix Varela Gruppen und solchen Gruppen und Einzelpersonen, die sich mit den Völkern des Südens solidarisieren. Wir sind grundsätzlich offen für alle Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, die sich mit unseren Zielen identifizieren, sich mit uns solidarisieren oder sich informieren wollen. In regelmäßigen Abständen finden Treffen statt, die nicht nur informativen oder organisatorischen Charakter haben, sondern auch kreativ und fröhlich sein sollen, ganz im Sinne des „Kampfes mit Zärtlichkeit und Freude.“

Jeder der mehr über das Centro Felix Varela erfahren möchte, an unseren Projekten oder Veranstaltungen interessiert ist, kann sich unter folgender Anschrift an uns wenden:

Centro Felix Varela e. V., c/o Barbara Muñoz, Querstr. 15, 64546 Mörfelden, Tel.: 06105/24263, Fax: 06105/277189.

Für unser Projekt in La Higuera sind wir dringend auf Spenden angewiesen! Eine Spendenbescheinigung schicken wir bei Angabe der vollen Adresse gerne zu.

Spendenkonto: „Felix Varela“:
000 1000 066, Kreissparkasse
Groß-Gerau, BLZ 508 525 53

Einberufung der 21. Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e.V. vom 3. - 5. November 1995

in der Jugendherberge Colynshof,
Maria-Theresia-Allee 260, 52047 Aachen, Tel.: 0241 - 71101
(laut Beschluß des Bundesvorstands der Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e.V. vom 29.4.1995)

Freitag, 3.11.94

Anreise ab 17.00 Uhr

Samstag, 4.11.94

Konstituierung der BDK

Begrüßung der Delegierten und Gäste durch die Vorsitzende, ggfs. Grußworte
Berichte des Vorstands

Kassenbericht

Bericht der Revisionskommission

* Fragen und Diskussion zu den Rechenschaftsberichten

* Fragen und Diskussionen zu den Kassen- und Finanzberichten

* Aussprache

* Entlastung des Vorstands, Personalia

* Arbeitsvorhaben, Solidaritätsprojekte - Aufgaben der FG

* Abends: Fiesta de la Solidaridad

Sonntag, 5.11.94

* Fortführung der Diskussion über die weitere Solidaritätsarbeit der FG

* Anträge an die Bundesdelegiertenkonferenz

* Diskussion und Verabschiedung eines Arbeitsplans

* Abschluß der BDK um 14.00 Uhr

Vorschlag zur Geschäftsordnung

1. Die Konferenz konstituiert sich mit

- a) der Wahl der Tagungsleitung, der Abstimmung über
- b) die Geschäftsordnung
- c) die Tagesordnung
- d) den Zeitplan

2. Stimmberechtigt sind alle ordentlichen Delegierten; Mitgliedern aus Orten ohne Regionalgruppe kann die BDK in offener Abstimmung das Delegiertenmandat erteilen.

3. Die Bundesdelegiertenkonferenz ist gemäß Par. 10 der gültigen Satzung beschlußfähig.

4. Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.

5. Anträge zu den Vorschlägen für die Tagesordnung, den Zeitplan und die Wahlordnung können nur von stimmberechtigten Delegierten gestellt und begründet werden. Die Redezeit hierfür beträgt 5 Minuten. Es kann nur ein/e Redner/in für einen Antrag und ein/e Redner/in dagegen sprechen. Der Konferenzleitung ist im

Rahmen einer 5minütigen Redezeit Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Danach gelangen die Anträge sofort zur Abstimmung. Die Eröffnung einer Redner/innenliste zu bestimmten Punkten ist möglich. Der/die Antragsteller/in hat am Schluß einer Debatte die Möglichkeit, abschließend im Rahmen der Redezeit Stellung zu beziehen.

★ 6. Geschäftsordnungsanträge zur Verfahrensfragen wie „Schluß der Debatte“ und

„Schluß der Redner/innenliste“ können nur von stimmberechtigten Delegierten gestellt und begründet werden. Es erfolgt Rede, Gegenrede und sofortige Abstimmung. Die

Begründung zu GO-Anträgen müssen sich auf den jeweiligen Verfahrensvorschlag beziehen.

7. Die Diskussion wird in Diskussionsblöcken durchgeführt, die aus dem Zeitplan ersichtlich sind. Die Redezeit im Rahmen dieser Diskussionen beträgt max. 5 Minuten.

Rederecht im Rahmen der Antrags- und Personaldebatte haben alle Delegierten und

Gastdelegierten. Die Konferenzleitung ist berechtigt, Gästen das Wort zu erteilen.

8. Die Redeliste wird jeweils zu Beginn eines Diskussionsblocks durch Aufforderung der

Konferenzleitung eröffnet. Wortmeldungen erfolgen per Handzeichen. Sie werden entsprechend ihrer Reihenfolge aufgerufen. Über Ausnahmen entscheidet die Konferenz

auf Antrag der Konferenzleitung

9. Die Konferenzleitung, die Berichterstatter/innen und die Antragsteller/innen haben

das Recht, im Rahmen der vereinbarten Redezeit Erklärungen abzugeben.

10. Initiativanträge können nur zur Beratung kommen, wenn sie der Konferenzleitung

schriftlich vorgelegt werden und von mindestens 15 stimmberechtigten Delegierten

unterschrieben sind. Antragsschluß ist Samstag, 4.11.1995, 18.00 Uhr.

11. Spätere Änderungen der Geschäftsordnung bedürfen einer 2/3-Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten.

Vorschlag

Wahlordnung für die 21. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e.V. vom 5. - 5.11.1995

Die Wahlen der Vorstandsmitglieder und der Revisor/innen der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. werden von einem in offener Abstimmung auf der Bundesdelegiertenkonferenz gewählten Wahlvorstand geleitet. Der Wahlvorstand besteht aus einem/einer Vorsitzenden und zwei Beisitzer/innen. Der Wahlvorstand kann Helfer/innen benennen.

Wahlberechtigt sind alle ordentlichen bzw. durch BDK-Abstimmung legitimierten Delegierten. Gewählt werden kann jedes Mitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Die Wahlen sind vereinsöffentlich. Die Wahlen des/der Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden - oder des Sprecher/innenkreises - und des Kassierers/der Kassiererinnen erfolgen in getrennten, freien und geheimen Wahlgängen.

Vor der Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder wird in offener Abstimmung deren Zahl bestimmt. Die weiteren Vorstandsmitglieder werden in einem freien und geheimen Wahlgang gewählt.

Die zwei Revisor/innen und zwei Ersatzrevisor/innen werden in einem freien und geheimen Wahlgang gewählt. Der alte Vorstand hat das Recht, einen Vorschlag für den zu wählenden Vorstand und die Revisionskommission vorzulegen und zu begründen. Darüberhinaus hat jede/r Delegierte Vorschlagsrecht, einschließlich des Rechts, sich selbst vorzuschlagen.

Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Für die Wahl des/der Vorsitzenden - oder des Sprecher/innenkreises - und des Kassierers/der Kassiererinnen ist die Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten Delegierten erforderlich. Kommt diese Mehrheit in zwei Wahlgängen nicht zustande, entscheidet im dritten Wahlgang die einfache Mehrheit. Bei Stimmengleichheit wird die Wahl wiederholt.

Achtung neue Adresse!

Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V.

Zülpicher Straße 7

50674 Köln

Telefon / FAX: 0221 24 05 120

E-Mail: FGKUBA@LINK-K.gun.de

Satzung

der Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e.V.

§1. Name und Sitz

Der Verein führt den Namen „Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Kuba“. Der Verein ist in das Vereinsregister eingetragen. Er führt den Namenszusatz „eingetragener Verein“ in der abgekürzten Form „e.V.“. Der Verein hat seinen Sitz in Köln.

§2. Zweck des Vereins

Zweck des Vereins ist es, die Freundschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kuba, zwischen den Völkern beider Staaten zu fördern und zu vertiefen. Deshalb bemüht sich der Verein, die Beziehungen zwischen beiden auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz verbessern zu helfen. Zu diesem Zweck wird der Verein Informationen über die und zwischen den beiden Staaten ermöglichen, die Beziehungen vor allem auf dem Gebiet von Kultur und Wirtschaft fördern. Insofern dient die Tätigkeit des Vereins auch den Interessen der staatsbürgerlichen Bildung. Unter dieser Prämisse wird angestrebt, ein weitgefächertes Bild von Kuba unter der Einbeziehung von innen- und außenpolitischen Aspekten zu verbreiten.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 23. Dezember 1990. Sämtliche Einnahmen des Vereins sind zur Erfüllung des Vereinszwecks zu verwenden. An Vereinsmitglieder dürfen keinerlei Gewinnanteile oder in ihrer Eigenschaft als Mitglieder sonstige Zuwendungen gezahlt werden. Niemand darf durch unverhältnismäßige Vergütungen begünstigt werden. Die Mitglieder dürfen bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder bei Aufhebung des Vereins nicht mehr als die eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sachbezüge zurückerhalten.

§3. Erwerb der Mitgliedschaft

Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werden, die den Vereinszweck anerkennt, wie er in der Satzung festgelegt ist, und sich für die Förderung des Vereins

und seiner Ziele einzusetzen bereit ist und einsetzt.

Die Mitgliedschaft entsteht durch Eintritt in den Verein. Die Beitrittserklärung ist schriftlich vorzulegen. über die Aufnahme entscheidet der Bundesvorstand. Eine Ablehnung eines Aufnahmeantrags ist in angemessener Zeit schriftlich zu begründen. Gegen die Ablehnung kann die/der Betroffene beim Bundesvorstand Einspruch einlegen. In diesem Fall beschließt die Bundesdelegiertenkonferenz endgültig.

Mitglieder des Vereins können auf lokaler Ebene nicht-rechtsfähige Orts- bzw. Regionalgruppen bilden. Sie wählen sich für die Planung und Organisation ihrer Tätigkeit im Sinne des Vereins einen Vorstand. Mehrere Gruppen am gleichen Ort sind nicht möglich. Die örtlichen bzw. regionalen Gliederungen werden durch den Bundesvorstand eingeteilt, sie müssen durch die Bundesdelegiertenkonferenz bestätigt werden. Zur Durchführung ihrer Aufgaben erhalten die Orts- bzw. Regionalgruppen einen von der Bundesdelegiertenkonferenz zu beschließenden Prozentanteil vom Beitragsaufkommen. Die Orts- bzw. Regionalvorstände sind hierfür dem Vereinsvorstand verantwortlich.

§ 4. Rechte und Pflichten der Mitglieder

Nach erfolgter Aufnahme erhält das Mitglied einen Mitgliedsausweis, der bei Beendigung an den Eigentümer (der Verein) zurückzugeben ist. Die Rechte ergeben sich aus der Satzung. Alle Rechte sind an die satzungsgemäße Beitragszahlung gebunden. Jede Änderung der Wohnadresse hat das Mitglied dem Bundesvorstand mitzuteilen.

§5. Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft im Verein endet:

- durch Austritt, der nur dann wirksam wird, wenn er spätestens 6 Wochen vor Quartalschluß durch schriftliche Kündigung dem Bundesvorstand erklärt ist,
- durch Ausschluß,
- durch Tod.

Die Mitgliedschaft kann durch den Bundesvorstand für beendet erklärt werden, wenn das Mitglied länger als 3 Monate mit seinem Beitrag im Rückstand ist und Stundung nicht beantragt hat.

Die Beitragspflicht für die Zeit bis zur Beendigung der Mitgliedschaft bleibt bestehen. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Rechte und Pflichten.

§6. Ausschluß von der Mitgliedschaft

Der Ausschluß eines Mitglieds kann erfolgen, wenn es

- die Mitgliedschaft durch unrichtige Angaben oder durch Verschweigen wichtiger, der Aufnahme entgegenstehender Tatsachen erlangt hat,
- sich Handlungen hat zuschulden kommen lassen, die eine grobe Schädigung des Vereins oder der Interessen der Mitglieder in sich schließen,
- die Satzung und die entsprechenden satzungsgemäßen Beschlüsse des Vereins mißachtet.

Über den Ausschluß eines Mitglieds entscheidet der Vorstand. Bei Ausschluß hat der Betroffene das Recht, schriftlich beim Vorstand Einspruch zu einzulegen. In diesem Fall beschließt die Bundesdelegiertenkonferenz endgültig. Bis zur Entscheidung durch die Bundesdelegiertenkonferenz ruhen sämtliche Rechte des ausgeschlossenen Mitglieds.

§7. Beiträge

Es ist ein Mitgliedsbeitrag zu leisten, dessen Höhe die Bundesdelegiertenkonferenz bestimmt. Darüberhinaus kann jedes Mitglied höhere Beiträge zahlen. Der Beitrag ist monatlich im Voraus zu zahlen. Er kann monatlich, viertel-, halb- oder jährlich gezahlt werden und wird in der Regel durch Lastschrift eingezogen. Gezahlte Beiträge werden durch Jahresquittungen bestätigt.

§8. Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§9. Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- a) die Mitgliederversammlung der Orts- bzw. Regionalgruppen,
- b) die Bundesdelegiertenkonferenz,
- c) der Vorstand des Vereins,
- d) die Revisionskommission.

Bei Wahlen und Beschlüssen bestimmen allein die Mitglieder unter Wahrung demokratischer Grundsätze. Wahlen werden in geheimer Abstimmung durchgeführt.

§10. Die Bundesdelegiertenkonferenz

Die Bundesdelegiertenkonferenz ist das höchste Organ des Vereins. Die Delegierten der Bundesdelegiertenkonferenz werden von den Mitgliedern in den lokalen Gruppen auf einer Mitgliederversammlung gewählt. Falls die Bundesdelegiertenkonferenz keinen Delegiertenschlüssel festlegt, wird dieser durch den Bundesvorstand bestimmt. Sie ist mindestens einmal jährlich unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen mit Bekanntgabe der Tagesordnung und Wahlordnung einzuberufen.

Sie ist ferner einzuberufen, wenn

- a) mindestens ein Drittel der Vereinsmitglieder dieses durch einen schriftlich begründeten Antrag beim Vorstand verlangen,
- b) mindestens die Hälfte der Bundesvorstandsmitglieder dieses verlangen.

In beiden Fällen muß die Einberufung spätestens 6 Wochen nach der Antragstellung erfolgen.

Anträge zur Bundesdelegiertenkonferenz können die lokalen Gruppen stellen. Initiativanträge sind möglich. Alles weitere regelt die Geschäftsordnung der Bundesdelegiertenkonferenz.

Mitglieder des Vereins können an der Bundesdelegiertenkonferenz mit beratender Stimme teilnehmen. Beschlußfähig ist jede ordnungsgemäß einberufene Bundesdelegiertenkonferenz.

Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Änderungen der Satzung bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Vierteln der anwesenden Delegierten. Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Bundesvorstand von sich

aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen allen Vereinsmitgliedern alsbald schriftlich mitgeteilt werden.

Die Bundesdelegiertenkonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung. Über die Beschlüsse der Bundesdelegiertenkonferenz ist ein Protokoll zu führen. Die Beschlüsse werden den Mitgliedern in geeigneter Form zuge stellt. Das Protokoll wird von dem/der Vorsitzenden der Versammlungsleitung der Bundesdelegiertenkonferenz durch Unterzeichnung beurkundet.

Zu den Aufgaben der Bundesdelegiertenkonferenz gehören insbesondere:

- a) den Geschäfts- und Kassenbericht des Bundesvorstands und der Revisionskommission entgegenzunehmen und den Vorstand zu entlasten,
- b) den Bundesvorstand und die Revisionskommission zu wählen,
- c) über Anträge zu beschließen,
- d) Änderungen der Satzung vorzunehmen.

§11. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand besteht aus:

- a) dem/dem Vorsitzenden,
- b) den stellvertretenden Vorsitzenden,
- c) dem/der Kassierer/in,
- d) den weiteren Vorstandsmitgliedern.

oder:

- a) den SprecherInnen,
- b) dem/der Kassierer/in,
- c) den weiteren Vorstandsmitgliedern.

Die Bundesdelegiertenkonferenz entscheidet:

* über die Zusammensetzung des Vorstands in der einen oder anderen Form;

* über die Anzahl der stellvertretenden Vorsitzenden bzw. die Anzahl der Sprecher/innen

* und über die Gesamtzahl der Vorstandsmitglieder.

Der Bundesvorstand wird von der Bundesdelegiertenkonferenz gewählt. Die Wahlen zur/zum Vorsitzenden bzw. zu den Sprecher/innen und zum/zur Kassierer/in sowie den weiteren Vorstandsmitgliedern erfolgen in getrennten Wahlgängen.

Dem Bundesvorstand obliegt insbesondere:

- 1) die Einhaltung der Satzung zu überwachen,

2) alle Aufgaben durchzuführen, die sich aus der Satzung und den Beschlüssen der Bundesdelegiertenkonferenz ergeben und die Geschäfte des Vereins in diesem Sinne zu führen.

5) Der Verein wird im Sinne des Par. 26 BGB durch je zwei Mitglieder des Bundesvorstandes gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

4) Der Bundesvorstand kann eine/n Geschäftsführer/in bestellen. Der Bundesvorstand ist diesem/dieser Person gegenüber weisungsbefugt; diese Person ist gegenüber dem Bundesvorstand rechenschaftspflichtig.

§12. Revisionskommission

Die Revisionskommission besteht aus zwei Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern, die von der Bundesdelegiertenkonferenz für zwei Jahre gewählt werden. Die Revisoren dürfen nicht Mitglieder des Vorstands oder Angestellte des Vereins sein.

Die Revisionskommission wählt eine/n Vorsitzende/n. Die Revisionskommission ist jederzeit zur Kontrolle berechtigt und hat mindestens zweimal im Jahr zu prüfen und die Jahresabrechnung des Vorstandes zu kontrollieren.

Über jede Revision ist ein Protokoll aufzunehmen, das dem Vorstand zuzuleiten ist. Die Revisionskommission gibt der Bundesdelegiertenkonferenz einen Bericht über ihre Arbeit.

§13. Auflösung

Der Verein kann durch Beschluß der Bundesdelegiertenkonferenz mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der erschienenen stimmberechtigten Delegierten aufgelöst werden. Bei Auflösung des Vereins soll sein Vermögen, soweit es die von den Mitgliedern eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinsamen Wert der von ihnen geleisteten Sacheinlagen übersteigt, der „Taller de la Solidaridad - Solidaritätswerkstatt e.V.“, Darmstadt, zur Verwendung im Sinne der Zielsetzung des Vereins übertragen werden.

Beschlossen am 16.10.1994

Eingetragen im VR des Amtsgerichts Köln, Nr. 9906

Aufruf zur Brigade José Martí

Liebe CubafreundInnen!

Vom 9. September bis zum 30. September 1995 wird die 21. Solidaritäts- und Arbeitsbrigade José Martí II, in der Nähe von Havanna stattfinden. Die Brigade „José Martí“ ist die Brigade, die aus den westeuropäischen Ländern für drei Wochen nach Kuba kommt, um ihre praktische solidarische Arbeit zum Ausdruck zu bringen. Es gibt auch andere Brigaden, wie die Venceremosbrigade aus den USA, die Sudenkreuzbrigade aus Australien, die „Benito Juárez“ Brigade aus Mexiko, die „Violeta Parra“ Brigade aus Chile, die Brigade aus den Amazonienländern, die skandinavische Brigade, u.a.

TeilnehmerInnen aus Österreich, der Schweiz, Griechenland Zypern, der Türkei und der BRD werden im

September die Gelegenheit haben, im Campamento Julio Antonio Mella zusammen mit kubanischen StudentInnen und LandarbeiterInnen zu arbeiten. Das Campamento ist in den vergangenen 20 Jahren von CubafreundInnen aus der ganzen Welt aufgebaut worden.

Die Brigade wird bei verschiedenen landwirtschaftliche Tätigkeiten zum Einsatz kommen. Eine Zielsetzung des kubanischen Projektes ist es, durch Besuche, Gespräche und Diskussionen einen Einblick in die kubanische Realität des Jahres 1995 zu bekommen.

Auf Grund der Verschärfung der unmenschlichen Blockade der US-Regierung gegen unser Volk und die kubanische Revolution hat die Brigade eine überaus große Bedeutung für unser Land. Sie beweist uns, daß Kuba nicht allein ist.

Das ICAP (Cubanisches Institut für Völkerfreundschaft) ruft alle Organisationen, die in dieser für Cuba so schwierigen Zeit mit uns solidarisch sind, dazu auf, in ihren Zusammenhängen zur Teilnahme an der Brigade José Martí zu mobilisieren. Für die Organisation in der BRD ist die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba zuständig. Nähere Informationen und Anmeldungen durch Wolfgang Peter, Tel. 07345/5352. ★

Mit solidarischen Grüßen

Deborah Azcuy
Departamento Europa
ICAP
November 1994

KUBA KURZ KUBA KURZ KUBA KURZ KUBA KURZ KUBA KURZ KUBA

Moskau.

Am 22./23. Mai weilte Roberto Robaina zu verschiedenen Gesprächen in Moskau. Der kubanische Außenminister hatte eine ausführliche Unterredung mit dem russischen Außenminister Andrej Kossiriew, außerdem

traf er zusammen mit dem Vizepremier und Außenwirtschaftsminister Oleg Davidov, mit VertreterInnen von Kultur und Wirtschaft, mit Unternehmern, sowie mit einigen Dutzend in Russland lebenden CubanerInnen.

Robaina wurde ebenfalls von maßgeblichen Vertretern der beiden Kam-

mern des russischen Parlaments empfangen. Er dankte dem Vorsitzenden der Staatsduma, Ivan Ribkin, für die Verurteilung der US-Blockade und der Helms-Burton Gesetzesvorlage zu deren Verschärfung, die das Parlament in einer Resolution verabschiedet hatte. Ribkin gab Robaina einen aktuellen Einblick in die Situation in Rußland angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen.

Robaina übermittelte Ribkin auch eine Einladung des kubanischen Parlamentspräsidenten, Ricardo Alarcon, an Ribkin zu einem Besuch in Cuba, die dieser noch vor dem nächsten Herbst anzunehmen versprach.

Anschließend traf Robaina mit dem Präsidenten des Staatsrates, Vladimir Schumeiko, zu einem umfassenden Informationsaustausch über die Situation in beiden Staaten zusammen. Schumeiko bekräftigte die Achtung vor dem Prinzip der Souveränität jedes Landes, das Recht, über seinen eigenen Weg zu bestimmen und wies in diesem Zusammenhang die Absicht der

Jal Ich will die

Gramma

INTERNACIONAL

**DEUTSCH-
SPRACHIG**

für 1 Jahr als Einzelabonnement für 24 DM

für 1/2 Jahr als Einzelabonnement für 12 DM

als Kontingent in Höhe von ___ Exemplaren monatlich*

einmalig ___ Exemplare der aktuellen Ausgabe zum Preis von je 2,50 DM + Porto

meine Anschrift:

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:

* Die Bezugsbedingungen für Mehrfachbezieher und Wiederverkäufer lauten wie folgt:

bis 50 Stück Rabatt 25%	EK-Einzelpreis:DM 1,88
bis 150 Stück Rabatt 30%	EK-Einzelpreis:DM 1,75
bis 300 Stück Rabatt 35%	EK-Einzelpreis:DM 1,63
über 300 Stück Rabatt 40%	EK-Einzelpreis:DM 1,50

Ich bezahle gg. Rechnung per Bankeinzug

Geldinstitut:

BLZ:

Konto:

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum. Dies erkenne ich durch meine zweite Unterschrift an.

2. Unterschrift:

KURZ KUBA KURZ KUBA KURZ KUBA KURZ KUBA KURZ KUBA

USA zurück, ihre „Spielregeln gleichermaßen dem riesigen Russland, wie auch kleinen Ländern wie Cuba aufzuzwingen.“



José Martí.

In zahlreichen Ländern wurde des 100. Todestages des cubanischen Nationalhelden José Martí am 19. Mai gedacht:

Vietnam: In Hanoi fand eine Tagung statt, in deren Rahmen vietnamesische Wissenschaftler unterschiedliche Aspekte von Leben und Werk José Martí darstellten. Die cubanische Botschafterin Tania Maceira bekräftigte die Gültigkeit der Gedanken Martí bis heute. Es wurde die Herausgabe von José Martí's „Das goldene Zeitalter“ in vietnamesischer Sprache 1996 bekanntgegeben.

Panama: Im Porras-Park wurde eine Veranstaltung durchgeführt, an der fünf Minister, Staatssekretäre, sowie Gewerkschaftssekretäre teilnahmen.

Uruguay: In ähnlicher Form wurde José Martí gedacht im Rahmen einer Feierstunde der Senatoren- und Abgeordneten-Kammer.

Paraguay: Im Kulturzentrum Manzana de la Rivera wurde die Bewunderung für den großen Lehrer José Martí zum Ausdruck gebracht mit der Vorlage einer Zusammenstellung des Schriftwechsels zwischen ihm und

Freunden in Paraguay und durch die Gestaltung eines Wandbildes über sein Leben und Werk.

Afrika: In Ghana gedachte der SchriftstellerInnen- und KünstlerInnen-Verband vor allem des politischen und antiimperialistischen Werkes anlässlich einer Abendveranstaltung, an der Persönlichkeiten des kulturellen und politischen Lebens in Ghana teilnahmen.

Die Universität von Zambia gedachte der Ereignisse von Dos Ríos, wo José Martí im Kampf fiel, in einer Feierstunde, an der auch die cubanische Botschaft mitwirkte.

Die diplomatische Vertretung Cubas in Namibia empfing den Besuch des namibischen Verteidigungsministers, Philemon Malima, der Worte der Bewunderung für den cubanischen Nationalhelden übermittelte.

In Uganda wiederum wurde der Dokumentarfilm „Soldat des Lichtes“ zu Ehren des Verfassers der „Einfachen Verse“ im Rahmen einer Veranstaltung gezeigt.

Spanien: In Madrid nahmen hunderte von FreundInnen der cubanischen Revolution im Casa de Campo an der Abschlusveranstaltung der Aktionstage zur Unterstützung Cubas teil, die in diesem Monat über das landesweite Koordinationskreis der Cuba-Solidarität organisiert worden waren. Die cubanische Botschafterin, Rosario Navas, dankte den dutzenden

von Organisationen, die innerhalb des Koordinationskreises eine beständige Aktivität zur Unterstützung des Kampfes des cubanischen Volkes entwickeln und die diesen Monat dem 100. Todestag von José Martí gewidmet haben.

In Sevilla und anderen spanischen Städten gab es weitere Veranstaltungen, die von Freundschaftsgesellschaften organisiert worden waren und die große Beachtung in der lokalen Presse fanden.

Bulgarien: Auch in Sofia versammelten sich Freundschaftsgruppen mit Cuba, die Bürgermeisterin und weitere Persönlichkeiten des politischen Lebens bei einem Standbild des cubanischen Nationalhelden in einem Park in der Hauptstadt, um an sein Werk zu erinnern.

Österreich: Der Konferenzsaal des österreichischen Gewerkschaftszentrums war voll besetzt bei einem Gedenktakt anlässlich des 19. Mai, der Unterstützung und Solidarität für das cubanische Volk zum Ausdruck brachte.

Lettland: Im Sitz des Schriftstellerverbandes wurde ein literarischer Abend durchgeführt.

Jugoslawien: Serbische Persönlichkeiten gedachten José Martí's in Belgrad, wie auch in anderen Städten.

Rumänien: In Bukarest fanden Veranstaltungen mit verschiedenen VertreternInnen und Freundschaftsgesellschaften statt.

Absender/in:

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Telefon:

Granma
INTERNACIONAL

... die Zeitung aus Cuba ✓

... Cuba aus erster Hand ✓

... gegen die anti-cubanische Meinungsmache ✓

... Infos aus Lateinamerika ✓

... jeden Monat neu ✓

ein Muß für jede Cuba-Freundin
und jeden Cuba-Freund!!



VVCO GmbH

Granma

Postfach 66

D-12414 BERLIN

**CUBA
LIBRE**

Im folgenden dokumentieren wir einen in der 'Frankfurter Rundschau' am 8.4.95 veröffentlichten Text eines Briefes (Auszüge) von Subcomandante Marcos, der sich auf eine zunächst spanische inzwischen internationale Initiative von Intellektuellen, Künstlern und Schriftstellern bezieht, die von der mexikanischen Regierung „eine politische Lösung für den Konflikt in Chiapas“ gefordert hatten. Die Interpunktion sowie sämtliche kursiven, in Klammern oder in Anführung gesetzten Stellen sind aus dem Original übernommen.

Die versprochene Blume

Der Subcomandante Marcos dankt den europäischen Intellektuellen

An die Männer und Frauen, die in verschiedenen Sprachen und auf verschiedenen Wegen an eine menschlichere Zukunft glauben und dafür kämpfen, sie heute noch zu verwirklichen.

Brüder (und Schwestern):

Auf diesem Planeten mit dem Namen Erde und auf dem Kontinent, der der amerikanische genannt wird, gibt es ein Land, das aussieht, als habe jemand im Osten ein großes Stück herausgebissen, und das im Westen einen Arm in den Pazifischen Ozean stützt, damit die Wirbelstürme es nicht zu weit von seiner Geschichte entfernen. Dieses Land ist bei Einheimischen und Ausländern unter dem Namen Mexico bekannt. Seine Geschichte ist ein langer Kampf zwischen dem Wunsch, es selbst zu sein, und dem fremden Begehren, es unter eine andere Fahne zu zwingen. Dieses Land gehört uns.

Wir wandelten schon auf ihm - damals sprach unser Blut noch aus unseren Vorfahren -, als es noch nicht diesen Namen trug. Doch bald schon, in diesem seit jeher andauernden Kampf zwischen Sein und Nichtsein, zwischen Bleiben und Fliehen, zwischen Gestern und Morgen, kam es unseren Vätern, in denen sich nunmehr zwei Blutströme vereinigten, in den Sinn, daß dieses Stückchen Land und Wasser und Himmel und Traum,

das wir besaßen, weil es ein Geschenk unserer Vorfahren war, Mexico hieß. Und da waren wir mit anderen zu anderen geworden, und da war die Geschichte abgeschlossen, die uns zu anderen gemacht hatte; denn wir, die wir nun so geboren wurden, hatten jetzt einen Namen. Und wir nannten uns Mexicaner, und man nannte uns so. Die Geschichte ging weiter, mit Stürzen und Schmerzen. Wir wurden zwischen Blut und Pulverdampf geboren, zwischen Blut und Pulverdampf wuchsen wir auf. Immer wieder kam die Macht aus den fernen Ländern und wollte uns das Morgen rauben. Deshalb heißt es im Kriegsgesang, der uns vereint, „Doch wenn ein fremder Feind versucht, mit seiner Sohle Deinen Boden zu entweichen, dann bedenke, liebstes Vaterland, daß der Himmel dir mit jedem Sohn einen Soldaten gab.“ Deshalb haben wir gestern gekämpft. Mit Fahnen und anderen Sprachen kam der Fremde, um uns zu erorbern. Er kam und ging.

Wir blieben weiter Mexicaner, weil wir uns mit einem anderen Namen nicht wohl gefühlt hätten und wir auch nicht unter einer anderen Fahne gehen wollten, als der, auf deren zu den Seiten mit grün und rot gesäumtem weißen Grund ein Adler eine Schlange verschlingt. So lebten wir. Wir, die ersten Bewohner dieses Landes, die Eingeborenen, wurden in einer Ecke vergessen, und der Rest begann so groß zu werden und stark, und wir hatten nur unsere Geschichte zu verteidigen, und an sie klammernten wir uns, um nicht zu sterben. Dann aber kam dieser Teil der Geschichte, der wie ein Witz erscheint, denn ein einziges Land, das Land des Geldes, erhob sich über alle Fahnen.

...

Und nun seht, wie die Dinge liegen: Damit sie uns sehen, haben wir unser Gesicht verhüllt; damit sie uns mit Namen nennen konnten, haben wir den Namen verweigert; wir setzen auf die Gegenwart, um Zukunft zu haben; und um zu leben ... sterben wir. Und dann kamen die Flugzeuge und die Hubschrauber und die Panzer und die Bomben und die Kugeln und der Tod, und wir sind in unsere Berge zurückgegangen, und bis dorthin hat uns der Tod verfolgt, und viele Leute von überall her sagten „Sprecht!“, und die Mächtigen sagten „Laßt sie sprechen“, und wir sagten „Also gut, laßt uns sprechen“, und wir haben gespro-

chen und ihnen gesagt, was wir wollten, und sie verstanden nicht viel, und wir haben noch einmal gesagt, daß wir Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit wollen, und sie taten so, als verstünden sie es nicht und haben in ihrem makroökonomischen Plänen und allen ihren Neoliberalismusaufzeichnungen nachgeschaut und fanden diese Worte nirgendwo und sagten „Wir verstehen nicht“ und boten uns eine schönere Ecke im Museum der Geschichte an und eine längere Frist für unseren Tod und eine Kette aus Gold, um unsere Würde festzubinden. Und damit sie verstanden, was wir wollten, begannen wir auf unserem Land das zu tun, was wir wollten. Wir haben uns mit Zustimmung der Mehrheit organisiert und haben gezeigt, was es heißt, in Demokratie, in Freiheit und Gerechtigkeit zu leben, und so ist es geschehen. Ein Jahr lang regierte in den Bergen im Südosten Mexicos das Gesetz der Zapatisten, und Ihr werdet es nicht gleich wissen und ich nicht gleich erzählen, aber die Zapatisten sind wir. Das heißt: Wir, die wir kein Gesicht haben, keinen Namen, keine Vergangenheit, wir sind zum größten Teil Eingeborene, doch in letzter Zeit schließen sich uns mehr Brüder aus anderen Gegenden und anderen Rassen an. Wir sind alle Mexicaner. Als wir dieses Gebiet regiert haben, senkten wir die Alkoholismusrate auf Null, denn unsere Frauen waren es, die zornig wurden und sagten, daß Trinken die Männer nur dazu bringt, ihre Frauen und Kinder zu schlagen und schlimme Dinge zu tun, und sie befahlen dann, es gibt keinen Alkohol mehr. Und es gab keinen Alkohol mehr, und wir haben den Alkohol nicht mehr in unser Gebiet durchgelassen, und das kam den Frauen und Kindern zugute, das Nachsehen hatten jedoch die Händler und die Regierung. Und mit Hilfe der Ausländer und Mexicaner, die sich „Nichtregierungsorganisationen“ nennen, wurden Gesundheitskampagnen durchgeführt und die Lebenserwartung der Zivilbevölkerung erhöht, wenn auch unsere Lebenserwartung, die der Kämpfenden, herabgesetzt wird, weil wir die Regierung herausgefordert haben.

Und die Frau, oder vielmehr die Frauen, sahen, daß die Gesetze befolgt wurden, die sie den Männern auferlegt hatten. Ein Drittel unserer

Kampftruppen sind Frauen, sie sind sehr tapfer und natürlich auch bewaffnet, und sie haben uns davon „überzeugt“, ohne Gesetze einzuhalten, und sie nehmen auch an der zivilen und militärischen Leitung unseres Kampfes teil, und wir haben nichts gesagt - was sollten wir auch sagen?

Und es wurde auch das Abschlagen von Bäumen verboten, und es wurde die Jagd auf wilde Tiere verboten, obwohl sie der Regierung gehörten, und es wurden der Anbau, der Konsum und der Handel mit Drogen verboten, und diese Verbote wurden eingehalten. Und die Sterblichkeitsrate bei den Kindern wurde ganz klein, so klein wie Kinder sind. Und die zapatistischen Gesetze wurden auf alle angewandt, gleichgültig welchen gesellschaftlichen Stand oder welche Einkommen jemand hatte. Und alle größeren oder „strategischen“ Entscheidungen für unseren Kampf wurden nach einer Methode getroffen, die „Referendum“ oder „Plebiszit“ genannt wird.

Und wir haben der Prostitution ein Ende bereitet, und die Arbeitslosigkeit verschwand ebenso wie die Bettelei. Und die Kinder lernten Süßigkeiten und Spielzeug kennen.

Und wir haben viele Fehler gemacht.

Wir haben auch etwas gemacht, wozu keine Regierung der Welt, welcher politischen Richtung sie auch angehört, ehrlich fähig ist, und das ist, die eigenen Fehler zu erkennen und Maßnahmen zu ergreifen, um sie wieder gutzumachen. Und das taten wir gerade, oder vielmehr wir lernten es, als die Panzer und die Hubschrauber und die vielen tausend Soldaten kamen und sagten, sie kämen, um die nationale Souveränität zu verteidigen, und wir sagten ihnen, daß sie diese in den USA und nicht in Chiapas mißachteten, weil die nationale Souveränität nicht verteidigt wird, indem man die rebellische Würde der Eingeborenen aus Chiapas niedermacht.

Und sie hörten uns nicht zu, weil der Lärm ihrer Kriegsmaschinen sie taub gemacht hatte, und die Regierung hatte sie geschickt, und für die Regierung ist der Verrat die Treppe, auf der man zur Macht aufsteigt, und für uns ist Loyalität Gleichheit, die

wir für alle ersehnen. Und die Legalität der Regierung kam auf Bajonetten daher, und unsere Legalität lag im Konsens und dem Verstand, und wir wollen überzeugen, aber die Regierung will siegen, und wir sagten, daß ein Gesetz, das auf den Gebrauch von Waffen zurückgreifen muß, um von einem ganzen Volk eingehalten zu werden, nicht Gesetz genannt werden kann und es allein Willkür ist, auch wenn man es noch so sehr mit legalistischen Kleidern schmückt, und daß derjenige, der ein Gesetz ausspricht, das von Waffengewalt begleitet wird, ein Diktator ist, auch wenn er sagt, die Mehrheit habe ihn gewählt.

Und sie haben uns von unserem Land gejagt. Und mit den Kriegspanzern kamen ihre Regierungsgesetze, und das Gesetz der Zapatisten galt nicht mehr. Und hinter den Kriegspanzern der Regierung kamen die Prostitution, der Alkohol, das Rauben, die Drogen, die Zerstörung, die Krankheit, die Armut. Und es kamen Leute von der Regierung und sagten, die Legalität in Chiapas ist wiederhergestellt, und sie kamen in kugelsicheren Westen und mit Kriegspanzern, und sie blieben nur wenige Minuten und sie waren es leid, ihre Reden vor Hähnchen und Hühnern und Schweinen und Hunden und Kühen und Pferden und einer Katze zu halten, die sich verlaufen hatte.

So hat es die Regierung gemacht, und wahrscheinlich wißt Ihr es bereits, weil viele Journalisten es mit eigenen Augen gesehen und das Gesehene veröffentlicht haben. Das ist die Legalität, die heute in unserem Land das Sagen hat. Und so war der Krieg um „Legalität“ und „nationale Souveränität“, den die Regierung gegen die Eingeborenen von Chiapas geführt hat. Gegen die anderen Mexicaner führt die Regierung auch Krieg, aber anstatt Panzer und Flugzeuge zu schicken, hat sie ihnen ein Wirtschaftsprogramm auferlegt, das auch sie töten wird, nur langsamer...

... Unser Gesetz hat Bücher, Arzneien, Lachen und Süßigkeiten blühen lassen. Ihr Gesetz, das der Mächtigen, kam ohne jedes Argument, nur mit Gewalt und zerstörte Bibliotheken, Kliniken und Krankenhäuser, brachte Traurigkeit und Bitternis über unser Volk. Und wir glauben, daß eine Legalität, die das Wissen, die Gesundheit und die Freude zerstört, eine zu kleine Legalität für erwachsene Männer

und Frauen ist und daß unser Gesetz besser ist, unendlich viel besser als das Gesetz dieser Herren, die, vom Ausland bestimmt, sagen, daß sie uns regieren.

Und was wir Euch sagen wollten, Euch allen, ist unser Dank. Und wenn wir eine Blume hätten, dann würden wir sie Euch schenken, und da wir nicht genug Blumen für jeden von Euch haben, muß eine Blume reichen, die Ihr untereinander teilt und von der jeder ein kleines Stückchen behält, und wenn Ihr alt seid, dann erzählt Euren Kindern und den Jugendlichen in Eurem Land: „Ich habe Ende des 20. Jahrhunderts für Mexico gekämpft, und seitdem bin ich und stehe ich an ihrer Seite, und ich weiß nur, daß sie wollten, was alle Menschen wollen, die nicht vergessen haben, daß sie Menschen sind, und das ist Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit, und wenn ich ihr Gesicht auch nicht kannte, so kannte ich ihr Herz, und das war genau wie unseres.“

Und, wenn Mexico frei ist, was nicht heißen soll glücklich und vollkommen, sondern frei oder vielmehr, wenn es seinen Weg, seine Fehler und seinen Erfolg frei wählen kann, dann wird ein Stück von Euch, das was auf der Höhe der Brust liegt und das trotz aller politischen Widersprüche oder eben gerade deswegen, ein bißchen nach links gerückt ist, Mexico sein, und diese sechs Buchstaben werden dann Würde bedeuten, und dann wird die Blume für alle da sein, oder sie wird nicht sein.

... Aus den Bergen Mexicos.

HINWEIS:

Wer sich mit den Aufständischen von Chiapas solidarisch erklären und gegen den schmutzigen Krieg der Militärs gegen die Zapatistas protestieren will, wende sich in entsprechender Weise an:

Botschaft der Republik Mexico,
Adenauerallee 100,
53113 Bonn,
Tel.: 0228 - 21.80.42 - 46,
Fax: 0228 - 21.11.13

Auf nach Kuba!

Mit dieser Aufforderung ist das Reiseprogramm 1995 der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. in diesem Frühjahr erschienen. Obwohl für die Urlaubsplanung in diesem Jahr schon recht spät, war die Resonanz erstaunlich hoch, die Nachfrage und Buchungserfolge so gut, daß schon die dritte Prospektauflage nachgedruckt werden mußte. Gute Gründe gibt es dafür: nach dem Motto "Alter Wein in neuen Schläuchen" hat die Freundschaftsgesellschaft ein ausgereiftes, sozial-politisch gut strukturiertes Programm erarbeitet, welches mit frischem Wind organisiert und durchgeführt wird.

Die Brise heißt Service und weht zum Einstieg gleich in Havanna, wenn Karin Wechselberger - Repräsentantin der Freundschaftsgesellschaft - in der BRD etlichen durch ihr politisches Engagement vertraut und seit drei Jahren in Kuba lebend, dem Neuankommeling mit viel praktischer Information, Aufklärung, Rat und Hilfe zur Verfügung steht.

Das Kubanische Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) ist der Partner der Freundschaftsgesellschaft vor Ort. Neben ausgewählten Inhalten, politischer Betreuung, dem Kennenlernen landesspezifischer Sehenswürdigkeiten abseits von Touristenpfaden liegt dem ICAP die Begegnung von Reisenden und KubanerInnen am Herzen. So haben die Programmreisen fast schon Studienreisecharakter, was die bisherigen Rundreisenden als erstes Feedback voller Begeisterung zurückgaben.

Eine Reise beginnt bei der Planung und auch da hat die Freundschaftsgesellschaft zwei Dinge vereint: Roswitha Porps, aktives Mitglied der lokalen Gruppe Aachen der FG und Kubaspezialistin auf dem Reisesektor mit 10jähriger Erfahrung im Organisieren verschiedenster Kubareisevarianten. Seien es preisgünstige Flüge, einfache Unterkünfte oder die Ausarbeitung von Gruppenreisen - es werden stets nützliche Tips zur Vorbereitung gegeben, darauf hingewiesen, was unseren kubanischen Freunden aktuell fehlt - mit der Mitnahme von Material - und Geldspenden kann konkrete Solidarität mit Kuba praktiziert werden.

Die FG weiß um die Dringlichkeit und Notwendigkeit des qualitativen Tourismus für Kuba und wird spätestens im Oktober mit einem erweiterten, auch in Richtung Kultur (Musik, Tanz, Festivals, Kalenderereignisse) vielseitigem Programm erscheinen. Schon jetzt gibt es ein kombiniertes Programm Sprache/Tanz an der Universität Havanna und ein Special für Individualisten ganzjährig - für Reisende, die zwar viel kennenlernen, dies aber nicht unbedingt in einer Gruppe machen wollen bzw. die keinen passenden Rundreisetermin finden konnten.

Mit neuem Selbstbewußtsein werden die Reisen der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Akzente setzen und die Aufforderung des optimistischen Teams heißt:
Auf nach Kuba!

CUBA-REISEN

FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BRD-KUBA e.V.

ABChe Spanischlernen auf Kuba Spanisch lernen - Kuba kennenlernen. 2- bzw. 4wöchige Sprachkurse an der Universität Havanna

Mit Begleitprogramm, Besuch sozialer, politischer und kultureller Einrichtungen. Wohnen in Gästehäusern der Uni in der Stadt (Strandnähe).

Termine ganzjährig
Flug, Unterbringung, HP, EZ,
inkl. Einschreibgebühren
ab DM 2.398.-

Kuba zum Kennenlernen Havanna - Pinar del Rio - Playa del Este 1 Woche Programmreise - eine Woche Badeferien

Für alle, die Kuba erleben wollen, die die Menschen kennenlernen und das Land sehen möchten - die wundervolle Landschaft und einmaligen Sandstrände. Eine Reise, die Information, Einblick in die kubanische Gesellschaft und Erholung verbindet.

Aus dem Reiseprogramm: u. a. Besuch einer Tabak- oder Rumfabrik, einer Schule und eines Kindergartens, einer Agrarkooperative, Besichtigung von Pinar del Rio, Treffen mit VertreterInnen des Frauenverbandes, des Poder Popular, Wanderung zum Wasserfall von Soroa...

Termine: 15. 7., 5. 8., 16. 9., 30. 9.,
16. 10., 18. 11., 25. 11., 23. 12.
DM 2.050.-

Flug, Programm, 13 Übernachtungen, HP,
Transfer, sämtliche Ausflüge

Kuba aktuell Havanna - Cienfuegos - Trinidad 2 Wochen Rundreise

Treffen, Besuche, Gespräche mit Menschen aus unterschiedlichen Bereichen sollen - aus kubanischer Sicht - einen Einblick in die kubanische Realität des Jahres 1995 vermitteln.

Aus dem Reiseprogramm: u. a. Besuch einer Fabrik - Gespräche mit ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen und VertreterInnen des Frauenverbandes, Besuch einer Finca, Diskussion mit Mitgliedern des UJC (Kommunistischer Jugendverband), Besuch des Instituts für Bio- und Gentechnik, Stadtbesichtigung von Cienfuegos, Fahrt durch eine der schönsten Landschaftsabschnitte Kubas nach Trinidad, Spaziergang durch Trinidad, Besuch einer Zuckerfabrik, eines Kinderkrankenhauses...

Termine: 2. 9., 16. 10.
DM 2.295.-

Flug, Programm, 13 Übernachtungen, HP,
Transfers

Der kubanische Osten Santiago de Cuba - Sierra Maestra - Bayamo - Havanna 2 Wochen Rundreise

Eine Reise nach Santiago de Cuba, der "Wiege der Revolution", in die Sierra Maestra, von wo aus die Guerrilleros um Fidel Castro und Che Guevara ihren über 3jährigen bewaffneten Kampf gegen die Diktatur Batistas aufnahmen. Geschichte und Gegenwart Kubas in der Region, wo die Revolution ihren Anfang nahm.

Aus dem Reiseprogramm: u. a. Besichtigung der Stadt Bayamo, Gespräch mit ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen einer Fabrik, Schiffsfahrt zu einem Cayo, Treffen mit Fischern, Wanderung zur Kommandantur Fidel Castros, Fahrt in die Sierra Maestra, Badeausflug, Besichtigung Santiago de Cubas - u. a. Moncada-Kaserne, Granjita Siboney, Besuch einer Schule - Gespräch mit den Schülern, Besuch der Catedra Humboldt, Ausflug zum Strand, Treffen mit Studenten...

Termine: 29. 7., 16. 9., 16. 10., 18. 11.,
Zusatz-Reise 23. 12.

DM 2.350.-

Flug, Programm, 13 Übernachtungen, HP,
teilw. VP, Transfers

Auf den Spuren Che's der Osten Kubas 3 Wochen Rundreise

Das Denken und Handeln Che Guevaras hat die kubanische Revolution nachhaltig geprägt. Bei dieser Reise wird der kubanische Abschnitt im Leben des Internationalisten Che nachgezeichnet, an historischen Stätten und mit Menschen, die mit ihm kämpften und lebten - und in deren Handeln er weiterlebt.

Aus dem Programm: u. a. Treffen mit Companero(a)s, die mit Che zusammen waren, Fahrt nach Playa los Colorados, Fahrt in die Sierra Maestra zum 1. Frontabschnitt der Rebellenarmee, Besichtigung von Santa Clara, Treffen mit Studenten, Treffen mit Menschen, die am Guerillakrieg teilgenommen haben, Besuch von Playa Giron (Schweinebucht), Besuch der Schule "Tamara Bunke", des FMC (Kubanischer Frauenverband), Besuch bei Granma Internacional, Redaktion der internationalen Ausgabe der kubanischen Zeitung, Treffen mit Che's Tochter, Besichtigung der Schulstadt "Ciudad Libertad"

Termin: 2. 9.
DM 2.598.-

Flug, Programm, 20 Übernachtungen, HP,
teilw. VP, Transfers

G 7911F

Postvertriebsstück

Gebühr bezahlt

Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V.
Zülpicher Straße 7
50674 Köln

CUBA-REISEN

Information und Buchung bei:
Roswitha Porps - Vacancia
Telefon 0241 / 406435

FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BRD-KUBA e.V.

Solidarität und Begegnung für junge Erwachsene

2 Wochen Programm und Erholung

Diese Reise legt den Schwerpunkt auf den Austausch mit Studenten und Jugendverbänden und dem Kennenlernen der Situation und der politischen Realität von Kubas jungen Menschen. Es gibt genügend Spielraum für Freizeit und eigene Aktivitäten.

Aus dem Programm: Besichtigung von Havanna und dem Revolutionsmuseum, Gesprächsrunde mit VertreterInnen der KP Kubas und dem UJC, Treffen mit Mitgliedern des Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR), Besuch einer Fabrik und Diskussion mit ArbeiterInnen, Besichtigung einer Genossenschaft, Besuch eines/r Familienarztes/ärztin, Gespräch mit Studenten der FEU, Musik und Tanz, Unterbringung in Häusern am Strand

Termine: 29. 7., 16. 9.

DM 1690.-

Flug, Programm, 13 Übernachtungen, HP, Transfers

Internationale Solidaritätsbrigade José Martí

Solidaritätsarbeit - mit der Brigade José Martí nach Kuba

Praktische, konkrete Solidarität durch Arbeit in der Landwirtschaft, der Versuch, durch Vorträge, Treffen und Besuche einen Einblick in die derzeitige Situation Kubas zu erhalten, gemeinsames Arbeiten und Leben mit ca. 100 Personen aus verschiedenen westeuropäischen Ländern - das sind die Zielsetzungen des kubanischen Projektes Brigade José Martí.

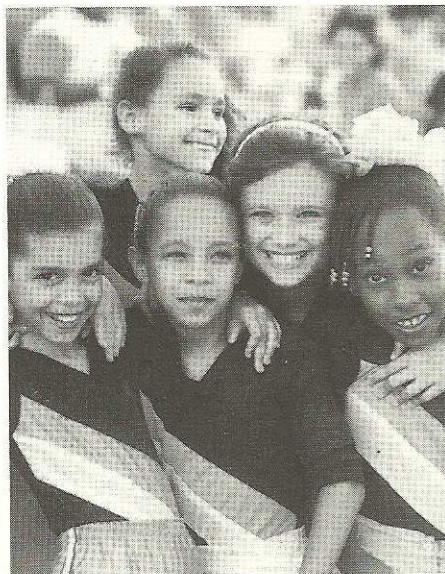
Termin: 9.-30. 9.

DM 1.900.- für Arbeitende

DM 1.750.- für Schüler, Studenten und Arbeitslose
Flug, Transfer zum Campamento, Vollverpflegung, Unterbringung im Campamento (kleine, einfache Häuser mit 6-8 Schlafplätzen, Programm, Info-Materialien

Interessenten der Brigade wenden sich bitte direkt an

Wolfgang Peter, Telefon 07345/5352



FG Special Paket für Individualisten

1 Woche Stadthotel Havanna, 1 Woche Playa del Este (Strandferien)

Für Menschen, die Kuba individuell kennenlernen möchten und das Gespräch und den Meinungsaustausch mit KubanerInnen suchen und außerhalb unserer Rundreisetermine reisen möchten.

Drei begleitete Besuche nach individuellem Wunsch aus folgenden Möglichkeiten: Politik - Gesellschaft - Gesundheitswesen oder Kultur. Persönliche Begleitung durch unsere kompetente Reisebetreuerin und Übersetzerin

Termine ganzjährig

ab DM 1995.-

Flug, 6 Übernachtungen mit Frühstück
Havanna, 7 Übernachtungen, HP Playa del Este

Spanischlernen und kubanische Tänze

oder

Spanischlernen und Studium der afrokubanischen Kultur

3 Wochen Kombinationsangebot

Die Kurse finden an der Universität von Havanna statt.
80 Stunden Unterricht (Sprache/Tanz bzw. Sprache/Studium), mit fachkundiger Reisebetreuung

Termine ganzjährig

DM 2695.-

Flug, Übernachtungen im Hotel in Havanna, HP
inkl. Einschreibgebühren
mit Rahmenprogramm

FG-Reisedienst

Für Gruppen, Initiativen, Komitees, Gewerkschaften, Jugendverbände u. a. erstellen wir in Zusammenarbeit mit unserem Partner in Kuba, dem ICAP, ein eigenes Reiseprogramm. Alle angebotenen Programmreisen können für Gruppen mit der notwendigen TeilnehmerInnenzahl auch zu anderen Terminen organisiert werden.

Für Individualreisende

- preiswerte Flüge
- Unterkünfte in der Stadt
auf dem Land
am Strand
- unsere örtliche Reisebetreuung
- bei Bedarf Mietwagenvermittlung

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.

Weitere Informationen und Buchungen bei:

**Roswitha Porps - Vacancia, Südstraße 27, 52064 Aachen,
Telefon 0241 / 406435**

Unser ausführliches Reiseprogramm 1995 (bitte DM 3,- in Briefmarken beilegen) ist erhältlich bei der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Zülpicher Straße 7, 50674 Köln, Telefon 0221/2405120